



# Landtag von Baden-Württemberg

6. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. Juni 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 9:37 Uhr

Schluss: 16:02 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	125	Abg. Scheuermann CDU . . . . .	141
Erweiterung der Tagesordnung . . . . .	125	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	143
Erledigterklärung des Antrags auf Dringlicherklärung des Antrags Drucksache 13/28. . . . .	125	Minister Müller . . . . .	145
		Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	150
		Beschluss . . . . .	150
1. Aktuelle Debatte – <b>Gesundheitspolitik der Bundesregierung am Scheideweg – Kassendefizite und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in Baden-Württemberg und verstärken die konjunkturellen Risiken</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	125		
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	125		
Abg. Ursula Haußmann SPD . . . . .	126, 131		
Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	128, 132		
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . .	129, 134		
Abg. Hoffmann CDU . . . . .	130		
Minister Dr. Repnik . . . . .	135		
2. a) Antrag der Fraktion der SPD – <b>Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken</b> – Drucksache 13/15		3. Aktuelle Debatte – <b>Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg durch unzureichende politische Weichenstellungen der Bundesregierung</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	152
b) Antrag der Fraktion GRÜNE – <b>Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zur Novelle der Verpackungsverordnung</b> – Drucksache 13/16		Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	152, 158
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO . . . . .	137	Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	153, 164
Abg. Dr. Caroli SPD . . . . .	137, 144	Abg. Schmiedel SPD . . . . .	154, 163, 167
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	139	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	156, 165
		Minister Dr. Döring . . . . .	159, 166
		4. Aktuelle Debatte – <b>Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE. . . . .	168
		Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	168, 174
		Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . .	169, 175
		Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	170, 176
		Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	172, 177
		Minister Dr. Frankenberg . . . . .	173
		Staatsrat Dr. Beyreuther . . . . .	178

<p>5. <b>Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu den Anträgen der Landesregierung vom 18. und 26. Juni 2001 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 13/12, 13/29, 13/30 . . . . . 180</p> <p>Beschluss . . . . . 180</p> <p>Abg. Bebber SPD (zur Abstimmung) . . . . . 180</p> <p>Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Abstimmung) . . 180</p> <p>Abg. Mack CDU . . . . . 180</p> <p>6. <b>Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlamentes</b> . . . . . 180</p> <p>7. <b>Wahl der Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG</b> . . . . . 180</p> <p>8. <b>Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG</b> . . . . . 181</p> <p>9. <b>Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information</b> . . . . . 181</p> <p>10. <b>Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat</b> . . . . . 181</p> <p>11. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 13/24</p> <p>11.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – <b>Hochwasserschutz am südlichen Oberrhein</b> . . . . . 151</p> <p>Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . . 151</p> <p>Staatssekretär Mappus . . . . . 151, 152</p> <p>Abg. Dr. Caroli SPD . . . . . 151</p>	<p>11.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Laufendes Planfeststellungsverfahren B 31 im Bereich der Stadt Titi-see-Neustadt und Fortsetzungsbereich</b> . . . . 152</p> <p>Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . . 152</p> <p>Staatssekretär Mappus . . . . . 152</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 181</p> <p>Anlage 1 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlamentes . . . . . 182</p> <p>Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG . . . . 195</p> <p>Anlage 3 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG . . . 196</p> <p>Anlage 4 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information . . . . . 197</p> <p>Anlage 5 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat . . . . . 198</p>
---	--

## Protokoll

über die 6. Sitzung vom 28. Juni 2001

Beginn: 9:37 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Käppeler und Kübler erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Finanzminister Stratthaus.

Meine Damen und Herren, aufgrund einer Absprache mit den Fraktionen hat der Ständige Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung die Anträge der Landesregierung vom 18. und 26. Juni dieses Jahres – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen –, Drucksachen 13/12 und 13/29, beraten. Ich bitte um Zustimmung, die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu den beiden Anträgen als neuen Punkt 5 in die Tagesordnung aufzunehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie dem zustimmen und eine Abstimmung hierüber nicht erforderlich ist. – Das Haus hat damit der Ergänzung der Tagesordnung durch einen neuen Punkt 5 zugestimmt.

Jetzt ist noch der Antrag auf Dringlicherklärung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/28, gestellt. Ich gehe davon aus, dass sich der Antrag auf Dringlicherklärung aufgrund der gestrigen Beratung im Ständigen Ausschuss und weil wir das Thema heute Nachmittag behandeln werden, erledigt hat, sodass wir jetzt in die Tagesordnung eintreten können. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe damit **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Gesundheitspolitik der Bundesregierung am Scheideweg – Kassendefizite und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in Baden-Württemberg und verstärken die konjunkturellen Risiken – beantragt von der Fraktion der CDU**

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer, worauf die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung hinweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer beim Thema Gesundheitsreform nicht jeden Tag die Zeitungen verfolgt, befindet sich – auch wenn er das nur einen Tag versäumt – bereits auf uraltem Stand. Die rot-grüne Bundesregierung präsentiert uns bei diesem Thema jeden Tag etwas anderes, heute das Gegenteil von gestern, morgen die Konzepte von vorgestern.

(Abg. Bebber SPD: Das wäre dann von Seehofer! Seehofer-Konzept!)

Und was kommt übermorgen? Meine Damen und Herren, ich bin besonders darauf gespannt, was Sie von der SPD dazu nachher ausführen. Denn Sie haben natürlich ein großes Problem darin, heute überhaupt sagen zu können, was in Zukunft kommen soll.

Wer so Politik macht, meine Damen und Herren, dem brennt der Kittel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Gesundheitspolitik ist zugegebenermaßen ein schwieriges Politikfeld, aber eine so geringe Halbwertszeit der Entscheidungen wie bei der rot-grünen Bundesregierung hatten wir noch nie: Beschlüsse werden ausgesetzt, die Umsetzung wird nicht vollzogen. Wir wissen heute nicht, was morgen kommt.

Gerade in den letzten Tagen haben wir eine dramatische Beschleunigung der Ereignisse erfahren. Wir befinden uns in einem sich selbst verstärkenden Abschwung, in einer dramatischen Wirtschaftslage. Und was tut die Bundesregierung? Sie tut überhaupt nichts, sie präsentiert uns eine tiefe Ratlosigkeit, Lügen, falsche Versprechungen und vor allem Untätigkeit.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Die „Stuttgarter Nachrichten“ von heute formulieren das so: „Die Zeitbombe explodiert früher als erwartet.“ Die rote Gesundheitsministerin ist nach der grünen ebenfalls gescheitert, und zwar mit ihrem Kurs des Abwartens und des Zuwartens.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Seehofer!)

Vor zwei Tagen hat die AOK Baden-Württemberg angekündigt, die Beiträge um 0,7 Prozentpunkte zu erhöhen. Das bedeutet, 3 Millionen Baden-Württemberger bezahlen mehr. Das bedeutet, 220 000 baden-württembergische Arbeitgeber bezahlen mehr. Wir haben die 40 % Lohnnebenkosten entgegen den Versprechungen der Bundesregie-

(Dr. Inge Gräßle)

rung längst erreicht, und es spielt keine Rolle, ob die Rentenbeiträge an der Tankstelle oder über den Lohnzettel gezahlt werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Ankündigung der AOK Baden-Württemberg haben wir einen neuen Tiefschlag für die baden-württembergische Wirtschaft und für die Arbeitnehmer zu verzeichnen. Was bedeutet diese Ankündigung der AOK für den baden-württembergischen Arbeitnehmer? Nehmen wir als Beispiel einen verheirateten Facharbeiter mit zwei Kindern und 5 000 DM Monatslohn. Plus 0,7 Prozentpunkte heißt 210 DM mehr im Jahr. Eine Inflationsrate von 3,5 % bedeutet ein zusätzliches Lohnminus von 2 100 DM.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und die Steuern?)

Zusammen mit der Erhöhung der Lohnnebenkosten durch höhere Krankenkassenbeiträge bedeutet dies: Rund 2 300 DM fehlen diesem Arbeitnehmer, das heißt ein knappes halbes Monatsgehalt. Da weiß ich nicht, wie Sie angesichts dieser Entwicklung stolz sein können auf die Kindergelderhöhung von 30 DM. Was das für die Tarifverhandlungen bedeuten muss, das wissen wir alle.

Welche Ursachen müssen wir verzeichnen? AOK-Chef Sing, keiner unserer Parteigänger, sagt: „Der Kostentreiber ist die Politik“, und zwar die Bundespolitik, weil es am nötigen Reformwillen fehlt. Ich weiß, dass Sie versuchen werden, das rot-grüne Desaster in der Gesundheitspolitik auf den 16 Jahren Helmut Kohl und den von ihm geführten Bundesregierungen abzuladen. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir 1998 das Krankenversicherungswesen mit einem Überschuss von 2 Milliarden DM an Sie übergeben haben. Heute haben wir die Situation, dass die Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung die notwendigen Behandlungen aufgrund Geldmangels nicht mehr erhalten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Zweiklassenmedizin!)

Wenn Sie heute in die Zeitungen schauen – und das rate ich jedem, der sich mit der Gesundheitsreform beschäftigt, dringend –, finden Sie darin die Ankündigung radikaler Reformen, aber für die Zeit nach der Bundestagswahl. Da möchte ich Sie schon auffordern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, uns offen zu legen, was Sie denn vorhaben, den Menschen in Baden-Württemberg zu sagen, womit sie im Gesundheitswesen rechnen müssen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal Ihr Konzept! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie eigentlich außer Rummotzen?)

Was haben Sie im Gesundheitswesen vor? Was bedeutet das für die Leistungsempfänger?

(Abg. Bebber SPD: Haben Sie die Seehofer-Lösung?)

Was bedeutet das für die Beitragszahler?

Wenn Sie sich ein bisschen auskennen – und davon gehe ich aus –, wissen Sie, dass die so genannten unverbindli-

chen Papiere immer die gefährlichsten sind, weil sich da einige Leute trauen, ein bisschen weiter zu denken.

(Abg. Bebber SPD: Ich sage nur: Seehofer!)

Bitte sagen Sie uns, was auf uns zukommt, und sagen Sie es vor allem vor der Bundestagswahl, weil die Menschen das wissen müssen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt sagen Sie mal was!)

Die Menschen müssen wissen, was auf sie zukommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir werden im Land Baden-Württemberg die Interessen der Menschen verteidigen und nach Karlsruhe gehen, um gegen den Risikostrukturausgleich zu klagen.

(Abg. Döpper CDU zur SPD: Ihr wärt froh, wenn ihr einen Seehofer hättet!)

Wir fordern Sie auf, den Risikostrukturausgleich in die politischen Reformen des Gesundheitswesens mit aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang kann ich die Aussage des DGB Baden-Württemberg nicht verstehen. Er wirft uns „Prozesshanserei“ vor und nimmt lieber eine grenzenlose Ungerechtigkeit gegenüber den eigenen Mitgliedern und Arbeitnehmern in Kauf, anstatt mit uns daranzugehen, das Gesundheitswesen gerechter zu gestalten

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie denn? Erzählen Sie mal!)

und endlich die Reformen durchzuführen, die notwendig sind.

(Zurufe von der SPD)

– Sie haben doch auf Bundesebene die Mehrheit, tun aber nichts.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie zwingen diesem Land Reformunlust und Stillstand auf.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Zeigen Sie, was Sie unter einem leistungsfähigen Gesundheitssystem verstehen! Wir brennen darauf, Ihre Vorstellungen zu hören.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand ist glücklich über steigende Beiträge zur Krankenversicherung – überhaupt niemand!

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

(Ursula Haußmann)

Beitragsstabilität ist für uns ein ganz zentrales Ziel,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

das die SPD-geführte Bundesregierung im Gegensatz zu ihrer Vorgängerregierung auch erreicht hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Die Zahlen sprechen für sich.

(Zurufe von der CDU)

In der Zeit von 1991 bis 1998 ist der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung von 12,3 auf 13,64 % gestiegen. Wer hat da in Bonn regiert?

(Beifall des Abg. Schmiedel SPD – Zurufe von der CDU)

Heute liegt dieser Beitragssatz bei 13,54 %.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

1998 hat die neue Bundesregierung als eine Erblast der Kohl-Regierung bei der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge ein Rekordniveau von über 42 % hinnehmen müssen. Wir haben diese Belastungen innerhalb von nur drei Jahren um 1,3 Prozentpunkte abgesenkt,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

nicht zuletzt durch die Ökosteuer, deren ersatzlose Streichung Sie immer wieder gebetsmühlenartig fordern, ohne zu sagen, dass bei einer Streichung die Lohnnebenkosten sofort wieder steigen würden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Döpfer CDU: Linke Tasche rein, rechte Tasche raus!)

Wenn es nun im Krankenkassenbereich zu Beitragssatzsteigerungen kommt, besteht natürlich gesundheitspolitischer Handlungsbedarf.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Aber ich sage Ihnen auch eines: Wir haben allerdings keinen Bedarf an Schnellschüssen, und wir haben überhaupt keinen Bedarf

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

an drastischen Leistungskürzungen

(Abg. Döpfer CDU: Aha!)

und Zuzahlungserhöhungen für die Versicherten,

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jawohl! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Was habt ihr denn gemacht?)

wie sie die CDU vorschlägt, Frau Gräßle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sind wirklich die Letzten, die sich hier aufspielen sollten. Von Ihnen lassen wir uns nicht sagen, was Beitragsstabilität ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Jetzt kommen Sie doch mal zur Sache!)

Ganz aktuell: Herr Teufel lässt die Muskeln spielen; er will klagen. Wie heuchlerisch der Ministerpräsident mit diesem Thema umgeht, belegt ein Zitat aus der „Südwest Presse“ vom 12. Februar 1998 – ich kann es Ihnen nicht ersparen –

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

– ja, passen Sie nur auf; das müssen Sie sich anhören –

Gesundheit: Kohl gegen regionale Krankenversicherung – Schlappe für Erwin Teufel.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Oje! In welcher Zeit leben Sie eigentlich?)

Milliarden für Ostkassen: Im Streit um die Regionalisierung der Krankenversicherung hat die Landesregierung in Stuttgart eine Niederlage erlitten. Die Bundesregierung lehnte es ab, auch nach dem Jahr 2002 diese Strukturreform zu beginnen.

Ich frage mich: Wo war denn damals der Mut des Herrn Teufel? Warum hat er nicht schon damals geklagt, sondern will das erst jetzt tun?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Damals hat sich Herr Teufel um einen Konflikt mit der Bundespolitik gedrückt. Von einer Klage war keine Rede. Erst als die CDU nicht mehr im Bund regiert hat, hat er endlich sein Kämpferherz entdeckt.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Ich frage mich: Wo sind denn Ihre Alternativen? Die Union hat im letzten Jahr ein sozialpolitisches Grundsatzpapier vorgelegt, das drastische Einschnitte in den Leistungskatalog der Krankenkassen zulasten der kranken Menschen zur Folge hat. Sie wollen, dass die Krankenkassen keine Fahrtkosten mehr bezahlen, Sie wollen Leistungen für Zahnersatz für Jüngere streichen, Sie wollen Leistungen im Zusammenhang der Krankenversicherung mit Mutterschaft, Schwangerschaft und Erziehungsurlaub streichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was wollen Sie denn? – Abg. Hauk CDU: Sie sind doch an der Regierung! Was wollen denn Sie? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich habe zweimal fünf Minuten; ich werde Sie noch aufklären. Beruhigen Sie sich!

Ihr einziges Konzept zur Lösung der Finanzprobleme im Gesundheitswesen lautet doch nur – und das hat die Vergangenheit auch bewiesen –: Der Kranke soll die Zeche zahlen.

(Ursula Haußmann)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind die reinste Nebelkerze aus Aalen!)

Das war die Gesundheitspolitik der Kohl-Regierung, und Sie haben sie mitgetragen.

Noch ein Beispiel: Die Kohl-Regierung wollte bei der Beitragssatzanhebung der Kassen automatisch die Zuzahlungen erhöhen – das haben Sie per Gesetz geregelt;

(Abg. Dr. Birk CDU: Ist Ihnen bekannt, dass Herr Kohl nicht mehr regiert?)

diesen Unfug hat erst die SPD-geführte Bundesregierung wieder aus dem Gesetz gestrichen –,

(Abg. Göschel SPD: Gott sei Dank!)

und eine Beitragssatzerhöhung um 0,7 Prozentpunkte, wie sie jetzt die AOK Baden-Württemberg beschließen musste, hätte dazu geführt, dass die Kosten für kleinere Packungsgrößen bei Arzneimitteln statt wie bisher 8 jetzt 15 DM betragen hätten. So sah Ihre Gesundheitspolitik aus.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Dr. Inge Gräßle CDU)

Wie war es denn? Sie waren es, der jegliche Strukturreform im Bundesrat blockiert hat, und jetzt stehen Sie auf und lassen vollmundig die Forderung nach Strukturreformen ab. Bisher haben Sie sich im Bundesrat immer verweigert.

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, zu sehen, wie sich Frau Haußmann für die SPD angesichts auf breiter Front steigender Beitragssätze der Krankenkassen – die, die jetzt noch nicht dabei sind, werden demnächst kommen; sie haben es bereits angekündigt – hier hinstellt und sagt, die SPD-geführte Bundesregierung hätte erfolgreiche Gesundheitspolitik und vor allem eine erfolgreiche Stabilisierung der Beitragssätze betrieben. Wo sind wir denn?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Frau Haußmann und liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün – –

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sie sind befangen, haben wir gerade festgestellt! – Weitere Zurufe von der SPD – Heiterkeit bei der SPD)

– Warum bin ich befangen?

(Zurufe von der SPD, u. a.: Nutznießer! – Zuruf: Bitte weiter fortfahren!)

Die Strategie, die Ihr „Basta-Kanzler“ und seine Gesundheitsministerin derzeit betreiben – lächeln, beschwichtigen,

Beruhigungspillen und Placebos verteilen –, scheidert erkennbar aufgrund der realen Fakten, und das Thema Gesundheitsreform, das Sie im Gegensatz zur Rentenreform noch einmal verschieben zu können geglaubt haben, beherrscht heute die Schlagzeilen auch unserer Zeitungen in Baden-Württemberg – heute titeln die „Stuttgarter Nachrichten“: „Wirbel um Zweiklassenmedizin“ –, interessanterweise weil die Diskussion über die Frage, wie wir zu strukturellen Veränderungen im Gesundheitswesen kommen können, im Moment bei I h n e n geführt wird.

Wenn Sie immer mit der Altlast daherkommen, dann muss man einfach sagen – Kollegin Gräßle hat es schon gesagt –: Die Regierung Kohl mit den Liberalen hat Ihnen einen Überschuss bei den Krankenkassen übergeben, und Sie haben die Gesundheitsreform von Seehofer, die maßgeblich von den Liberalen mitbestimmt war, zurückgenommen, und zwar ohne Not.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie müssen jetzt aufpassen, dass Ihnen in der Gesundheitspolitik nicht dasselbe passiert wie bei der Rentenreform.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Da hat ein Kanzler vor der Bundestagswahl den Leuten die Rückkehr zur Nettolohnanpassung – „Wir müssen überhaupt nichts ändern“ – versprochen, und nachher hat sich das als Rentenlüge herausgestellt. Dabei hat er sich ertappen lassen und sich dann wort- und tränenreich bei jedem einzelnen Rentner entschuldigt. Passen Sie bitte auf, Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, dass Sie nicht in eine Gesundheitslüge hineintappen. Es reicht eben nicht aus, in einem Zickzackkurs immer wieder einmal irgendwelche Papiere zu lancieren. Auch Sie haben als treue Parteisoldaten hier in den Debatten diesen falschen Kurs der planwirtschaftlichen Steuerung durch Budgetierung natürlich immer unterstützt. Passen Sie auf, dass Sie sich nicht plötzlich um 180 Grad drehen müssen und nachher Probleme haben, der Bevölkerung zu erklären, warum Sie Ihren Kurs der planwirtschaftlichen Steuerung, der Begrenzung der Kosten, der fantasielosen Budgetierungspolitik verlassen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben in der Rentenpolitik Gott sei Dank wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung getan mit einer Reduzierung des solidarisch finanzierten Niveaus auf eine Grundsicherung. Genau das haben Sie bei der Rentenpolitik gemacht und dann eine übrigens nicht paritätisch finanzierte, sondern allein vom Versicherten zu tragende private Zusatzversorgung durchgesetzt. Das loben wir ja, auch wenn es nicht weit genug geht.

Wenn ich nun sehe, wie die Bundesregierung dieses Ergebnis inzwischen imagemäßig verkauft, indem sie großformatige Anzeigen schaltet: „Freuen Sie sich auf die Riester-Rente“, dann muss ich sagen: Kompliment; wir, die alte Koalition, haben es möglicherweise nicht in dem Maße geschafft, den Menschen zu vermitteln,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

(Dr. Noll)

dass wir ihnen nichts nehmen, sondern ihnen mehr Wahlfreiheit geben, ihnen mehr Eigenverantwortung in die Hand geben und auch zutrauen.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt, was haben Sie auf der Pfanne?)

Genau dieses Rezept, dass wir den Menschen wieder mehr Eigenverantwortung geben, dass wir mehr Wahlmöglichkeiten schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Sie in der Rentenversicherung

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

nach langen Wehen mitgemacht haben, wird auch im Gesundheitswesen die Lösung der strukturellen Probleme in diesem Bereich sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sollten das, was alle Experten uns als den richtigen Weg anraten, nicht im Streit, sondern gemeinsam hinzukriegen versuchen, damit wir die Bevölkerung mitnehmen und sie nicht das Gefühl hat, man nehme ihr etwas weg, sondern erkennt, dass wir dieses System stabilisieren, indem wir allen Beteiligten ein Stück mehr Freiheit geben. Deshalb rufe ich uns alle dazu auf, an diesem Konzept miteinander zu arbeiten.

In der zweiten Runde dazu mehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren schon seit Jahren die Probleme in unserem Gesundheitswesen. Schon mancher Minister und manche Ministerin hat auf dem Weg zu der Lösung der Probleme unter dem Druck der verschiedenen Interessen- und Lobbyistenvereinigungen kapituliert. Ich meine damit nicht nur Andrea Fischer, wie Sie mir vielleicht unterstellen mögen, sondern mir fällt da vielmehr ein ganz anderer Name ein, nämlich der Name des früheren Bundesgesundheitsministers und jetzigen CDU-Oppositionsführers in der Gesundheitspolitik, Horst Seehofer, der schon 1996 mit seiner Positivliste gescheitert ist und der in den Folgejahren auch daran gescheitert ist, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen einzudämmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich stelle diese Bemerkung ganz bewusst an den Anfang meiner Ausführungen, um zu zeigen, dass in der Gesundheitspolitik weder Überheblichkeit noch vollmundige Beserwisserei am Platz ist. Das sage ich gerade auch an die Adresse der CDU. Die CDU tut immer so, als ob sie die Konzepte hätte. Ich sehe kein schlüssiges Konzept, weder auf Bundesebene noch auf Landesebene.

(Abg. Hauk CDU: Schlimmer ist ja, dass Ihnen das fehlt!)

Auf Bundesebene agitiert die CDU genauso, wie sie bei der Rentenreform auch agitiert hat:

(Abg. Schmiedel SPD: Kopflos!)

Sie macht tagespolitische Opposition und fordert immer genau das Gegenteil von dem, was gerade vorgeschlagen wird. Das ist CDU-Konzeptionslosigkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hauk CDU: Das ist aber nicht wahr! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war ein Blattschuss!)

Aber auch die Landesregierung hat im Prinzip kein schlüssiges Konzept zur Eindämmung der Kostenexplosion vorzuweisen, sieht man einmal davon ab, dass sie den Risikostrukturausgleich für ungerecht hält und dagegen klagen will. Was habe ich heute gelernt? Dass der Risikostrukturausgleich pervers ist. „Pervers“ wäre mir da nicht eingefallen, sondern der Risikostrukturausgleich ist vorrangig ein Instrument, um Ungerechtigkeiten unter den Krankenkassen auszugleichen und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Der Risikostrukturausgleich stellt heute, nachdem wir eine wettbewerbsorientierte Krankenkassenpolitik haben, die Basis der Solidarität dar. Wir stehen nach wie vor für ein solidarisches Gesundheitswesen.

(Beifall bei den Grünen)

Unser Herr Sozialminister hat keine Gelegenheit ausgelassen, um gegen die Positivliste und gegen die Arznei- und Heilmittelbudgets zu wettern.

(Abg. Bebber SPD: Er ist nachdenklich geworden!)

Sie wollten die Budgetierung abschaffen und haben dazu eine Bundesratsinitiative eingebracht. Interessanterweise haben Sie genau das vorgeschlagen, was Frau Ministerin Schmidt in Berlin jetzt realisiert, um der Ärzteschaft ein Stück weit entgegenzukommen, nämlich die Abschaffung der Arznei- und Heilmittelbudgets und die Einführung einer modifizierten Form von budgetablösenden Richtgrößen.

Ich meine, im Nachhinein scheint es sich vielleicht in der Tat als Fehler herauszustellen. Allein die Ankündigung der Abschaffung der so genannten Kollektivhaftung hat die Ausgaben unkontrolliert in die Höhe schnellen lassen.

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Im März waren es bereits zusätzlich 9,5 %, und im April lag die Ausgabenerhöhung bei verschiedenen Kassen schon bei 15 %. Eine Kasse in Mecklenburg-Vorpommern hat sogar einen Anstieg von 18 % zu verzeichnen. Der Kommentar eines Vertreters dieser Kasse gegenüber der Presse spricht für mich Bände: Die Region hat bereits die höchsten Ausgaben, und dies ist überhaupt nicht zu vermitteln, denn die Leute in dieser Region sind ja nicht kränker als die Bevölkerung anderswo.

Hier bestätigt sich für mich das, was uns viele Fachleute schon im Vorfeld immer gesagt haben: Wer den Pharmamarkt dem freien Spiel der Kräfte überlässt, erhöht zwar

(Brigitte Lösch)

die Gewinne der Arzneimittelhersteller, sorgt aber nicht für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade das ist es doch, was uns allen, die wir in der Gesundheitspolitik engagiert sind, eigentlich das Wichtigste sein sollte. Ein stärkeres Kosten- und Qualitätsbewusstsein ist notwendiger denn je, auch wenn man sich einmal die europäischen und internationalen Studien anschaut, die uns vorhalten, dass wir immens hohe Ausgaben haben, bei der Versorgungslage aber nur mittelmäßig sind.

Wir Grünen hatten ganz konkrete Zielvorgaben und Vorstellungen, wie wir das Gesundheitssystem reformieren sollten. Das sind zwei Punkte: erstens die Kostenexplosion durch Reduzierung vermeidbarer Kosten zu stoppen und zweitens für das ausgegebene Geld mehr Qualität zu erzielen. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Das kann nicht heißen: „Mehr Geld ins System und weiter so!“, und es kann meines Erachtens auch nicht ein Einstieg in ein anderes System, ein Systemwechsel zu einem System von Grund- und Wahlleistungen sein,

(Zuruf von der CDU: Was heißt das jetzt?)

wie es zumindest Herr Sozialminister Repnik anscheinend favorisiert und wie es auch das Thema der heutigen Diskussion suggeriert: „Gesundheitspolitik am Scheideweg“.

Wir sind sehr gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren. Wir sind auch sehr gerne bereit, mit Ihnen über Überflüssiges und Unwirtschaftliches im Gesundheitswesen zu diskutieren. Aber wir sagen nach wie vor: Wir wollen keinen Systemwechsel. Wir sind gegen einen Einstieg in Grund- und Wahlleistungen und halten an unserem solidarischen Gesundheitswesen fest.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

**Abg. Hoffmann** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst will ich auf Frau Haußmanns Ausführungen eingehen.

Frau Haußmann, Sie haben gesagt, Sie wollten eine Beitragssatzstabilität erreichen, und haben Zahlen über Beitragssatzprozentpunkte angeführt, die nicht aus der aktuellen Diskussion stammen. Zurzeit haben wir einen Beitragssatz von 12,9 %. Wie auch Herr Sing von der AOK richtig bemerkt hat, wird der allgemeine Beitragsbedarfssatz dank der jetzigen Nichtaktivität der Bundesregierung auf über 14 % ansteigen. Sie sagen gleichzeitig, Sie hätten die Beitragssätze schon in einer bestimmten Situation übernommen. Wir hatten die deutsche Einheit. Wir haben die deutsche Einheit auch im Gesundheitswesen finanziert. Das wissen Sie ganz genau. Als wir die Verantwortung für das Gesundheitswesen an Sie übergeben haben, gab es da ein Plus von 2,2 Milliarden DM; das ist bereits mehrmals gesagt worden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie haben es geschafft, in drei Jahren 2,2 Milliarden DM auszugeben. In der Zwischenzeit gab es keine neue Einheit mit irgendeinem anderen Staat. Wir haben kein Konzept von Ihnen gehört. Sie haben nicht gesagt, was Sie vorhaben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sage ich Ihnen gleich!  
– Zuruf von der SPD: Wo ist denn Ihr Konzept?)

Jetzt etwas zu den Inhalten. Wir haben gestern eine neue Gesetzesvorlage der Bundesregierung gesehen. Wir wollen ja hier über Baden-Württemberg sprechen. Wir sind hier im baden-württembergischen Landtag und nicht im Bundestag. Was bedeutet dieser Gesetzentwurf für Baden-Württemberg? Es gibt zwei zentrale Dinge in Ihrem Gesetzentwurf, über die wir durchaus einmal reden können.

Der eine Punkt ist die Einführung eines Risikopools für Krankheitskosten ab 40 000 DM, was bedeutet, dass eine Region wie Baden-Württemberg, die in den letzten Jahren in der Gesundheitspolitik sehr kostengünstig gewirtschaftet und verhandelt hat, verschlechtert dasteht gegenüber Regionen, wo die Preise höher sind und wo die Verhandlungsergebnisse nicht so gut sind.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Das heißt, Baden-Württemberg hat durch die Einführung dieses Risikopools schon wieder einen erheblichen Nachteil zu erwarten. Das trifft nicht die Bundesregierung, sondern das trifft dann die einzelnen Beitragszahler hier bei uns.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Zweite, was Sie einführen, ist die Konzentration auf die Volkskrankheiten wie zum Beispiel Diabetes. Hier sollen Sonderprogramme laufen. Dem Grunde nach ist das ein richtiger Weg. Dabei haben Sie aber zwei große Problemfelder übersehen. Die Sache hat zwei bedeutsame Strickfehler auch für Baden-Württemberg. Wir bekommen einen neuen Finanztransfer unterhalb des Risikostrukturausgleichs für diese Maßnahmen, und die ganzen Angebote können erst 2003 beginnen. Der Risikostrukturausgleich, den Sie korrigieren, wird seine Wirkung erst 2006 entfalten. Jetzt frage ich Sie: Was haben die Kassen, die Patienten und die Beitragszahler in Baden-Württemberg davon, wenn sich Ihre Konzepte erst so spät in der Zukunft auswirken? Jetzt werden die Beiträge erhöht, jetzt werden die Lohnnebenkosten erhöht, und jetzt fallen bei den Familien die ersten sieben Monate der Kindergeldnachzahlungen weg. Das ist Fakt im Moment.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Kiefl CDU: Jawohl! So ist es!)

Sie haben Seehofer angesprochen. Seehofer hatte eine Gesundheitsreform gemacht, die Sie im Januar 1999 außer Kraft gesetzt haben.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Dort waren strukturelle Maßnahmen enthalten. Sie haben dann – eine Bemerkung an Frau Lösch – durch Frau Fi-

(Hoffmann)

scher, die einmal Gesundheitsministerin war, eine Regelung eingeführt, die auch schon chronisch Kranke beachten sollte. Diese Regelung – das können Sie in § 140 des Sozialgesetzbuchs V, integrierte Versorgung, nachlesen – sah die Verzahnung von ambulant und stationär vor. Was ist passiert? Diese Regelung, 1999 in Kraft getreten, ist so schlecht ausgearbeitet und so undurchsichtig, dass bis heute, 2001, nicht ein einziger Vertrag nach der integrierten Versorgung abgeschlossen worden ist.

(Abg. Kiefl CDU: Hört, hört!)

Ich befürchte, dass genau das gleiche Schicksal diese neuen Strukturvorschläge für Ihre jetzt geplanten Volkskrankheitsbekämpfungsmaßnahmen ereilen wird, weil die Gesetzesvorlage schon wieder überreguliert. Wir brauchen nicht eine Regulierung im Detail; wir brauchen eine größere Liberalität im Gesundheitswesen. Wir müssen mehr Möglichkeiten haben, individuellere Verträge zu schließen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Hauk CDU: Mehr Freiheit!)

Was Sie vorhin vergessen haben zu sagen, ist: Der Risikostrukturausgleich wird nicht beklagt um des Beklagens willen, sondern es geht um die ungerechte Behandlung der einzelnen Länder untereinander.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Frau Haußmann, Sie haben vorhin alte Zitate gebracht. Ich möchte Ihnen ein neues entgegenhalten, und zwar von der Innungskrankenkasse Baden-Württemberg, eine Presseerklärung des Verwaltungsrats, die folgende drei Bemerkungen enthält:

Erstens: Die Selbstverwaltung der Innungskrankenkasse ist es leid, auch in Zukunft politische Fehlentscheidungen auszubaden.

Zweite Bemerkung: Der gesetzlichen Krankenversicherung droht der finanzielle Kollaps. Die Innungskrankenkasse alleine zahlt rund 44 Millionen DM in den Risikostrukturausgleich.

Die dritte Bemerkung finde ich sehr beachtlich: Die Innungskrankenkasse Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, „wahrheitsgemäß zu verkünden, dass die Beiträge auch in den nächsten Jahren steigen werden.“

Das ist ein ganz aktuelles Zitat, nämlich aus einer heutigen Presseerklärung des Verwaltungsrats.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine letzte Bemerkung: Man sagt, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wer eine Gesundheitsreform aus bundeswahlkampfaktischen Gründen verschiebt, den bestraft leider nicht das Leben. Die verantwortlichen Politiker werden gar nicht bestraft. Bestraft werden die Kranken, die Leistungserbringer und die Beitragszahler auch hier in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

(Abg. Sieber CDU: Jetzt wirds schwer! – Unruhe)

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal etwas Grundsätzliches zum Risikostrukturausgleich. Da stimmen wir grundsätzlich mit Ihnen überein und unterstützen Sie auch

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der CDU)

bei der regionalen Komponente. Hier muss wirklich etwas zugunsten der Kassen in Baden-Württemberg getan werden.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich habe aber nach der gestrigen Aussprache über die Regierungserklärung den Eindruck, dass Sie diesen Risikostrukturausgleich grundsätzlich infrage stellen. Genau da habe ich meine Probleme,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Hinhören!)

weil ich meine, dass mit diesem Thema RSA – Risikostrukturausgleich – sehr sensibel umgegangen werden muss.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Es ist nämlich keinesfalls so, Herr Haas, dass im Risikostrukturausgleich nur Gelder aus Baden-Württemberg abfließen würden. Die AOK hat allein im ersten Halbjahr 2000 im Rahmen dieses Risikostrukturausgleichs Einnahmen in Höhe von 419 Millionen DM erhalten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und Ausgaben von 720 Millionen DM!)

Ich will schon darauf aufmerksam machen: Es ist auch etwas zurückgeflossen. Das darf man nie vergessen. Deshalb muss sensibel mit diesem Thema umgegangen werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber kein Überschuss! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE zur CDU: Stoppt doch mal den Haas, das ist nervig!)

Wir müssen alle darauf achten, dass die baden-württembergischen Kassen am Ende nicht schlechter dastehen als bisher.

Die Abschaffung des Budgets wurde angesprochen. Herr Noll, da wundere ich mich. Sie sind doch immer der große Reiter mit der Fahne für die Privatisierung und für die Freiheit im Gesundheitsmarkt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie mal, was Sie wollen!)

und jetzt manteln Sie sich hier auf. Budgets und Kollektivhaftung sind Maßnahmen, die nicht von der SPD, sondern von Herrn Seehofer erfunden wurden,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt gehts aber los!)

(Ursula Haußmann)

und wir müssen jetzt feststellen, dass sie nicht den erhofften Erfolg gebracht haben. So weit sind wir jetzt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Leidtragenden des Streits um die so genannten Budgetobergrenzen, die Kollektivhaftung, die Anpassung etc. waren ja zunehmend die Patientinnen und Patienten, die um ihre Rezepte kämpfen mussten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aha!)

Jeder von uns kennt doch die Klagen aus seinem Wahlkreis. Konflikte dürfen nicht auf dem Rücken der Kranken ausgetragen werden, denn genau diese brauchen die Sicherheit und die Hilfe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die sollen auch nicht über ihre Beiträge geschröpft werden!)

Deshalb bringt uns Ihre fruchtlose Diskussion hier überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Budgets nicht einfach abgeschafft, sondern wir setzen darauf. Es ist uns ganz wichtig, dass Ärzte und Krankenkassen zukünftig nach dem Grundsatz „Vorfahrt für die Selbstverwaltung“ durch konkrete Zielvorgaben mit Frühwarnsystem die Arzneimittelausgaben steuern.

Aus der Erfahrung mit diesem Arznei- und Heilmittelbudget kann man etwas lernen: Wir können dem dynamischen, konkreten Handeln vieler Ärztinnen und Ärzte letztlich nicht mit starren, abstrakten Instrumenten wie den Budgets begegnen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

– Also! Warum heulten Sie dann vorhin über die Beitragserhöhung?

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir können dem nur durch neue Steuerungsinstrumente Rechnung tragen,

(Abg. Hauk CDU: Wo?)

und das tun wir momentan in Berlin. Wir entlassen aber die Ärztinnen und Ärzte dabei nicht aus ihrer Verantwortung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was heißt das jetzt? –  
Abg. Hauk CDU: Was heißt das?)

Gerade sie haben im Arzneimittelsektor eine Schlüsselstellung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was heißt das konkret?)

– Das sage ich Ihnen gerade. Hören Sie zu! – Sie müssen sich gemeinsam mit den Krankenkassen nicht nur auf Ausgabenvolumen und Richtgrößen einigen, sondern auch auf Versorgung und Wirtschaftlichkeitsziele.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! Das geht alles über eine Belastung des Patienten!)

Das ist nämlich genau der Faktor, bei dem die Politik in diesem Bereich nicht alles regeln kann – Stichworte: Generika, Reimporte oder teure Analogpräparate. Nur so ist auf Dauer sicherzustellen, dass die Patientinnen und Patienten an wirklichen Innovationen in der Arzneimitteltherapie teilhaben können.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch nur ein kleiner Teil! – Abg. Alfred Haas CDU: Placebo!)

Wenn Sie uns endlich einmal konkrete Vorschläge bringen, dann bleiben wir weiterhin gern mit Ihnen in der Diskussion. Bis jetzt habe ich von der CDU im Bund und im Land noch keine konkreten Lösungsvorschläge dazu gehört,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie sind doch an der Regierung! Das gibts doch nicht! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

wie wir das Problem gemeinsam angehen können. Außer Schreien nichts gewesen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Blenke CDU: Oje, oje! – Abg. Alfred Haas CDU: Genauso schwach wie der Drexler! – Abg. Kiefl CDU: War das alles?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Birzele SPD: Der spricht jetzt für die Wiedereinführung der Budgetierung!)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines muss doch einmal festgehalten werden, und da zitiere ich noch einmal Herrn Sing – er ist auch unverdächtig, ein Mitglied einer der bürgerlich-liberalen Parteien zu sein –, der ganz klar gesagt hat: Hier in Baden-Württemberg haben wir ein sehr diszipliniertes Verhalten sowohl der Leistungserbringer, wie man heute so schön sagt – Ärzte, Zahnärzte –, als auch der Patienten.

Diese angekündigte bzw. beschlossene Beitragssatzsteigerung geht ausschließlich auf Ihr Konto, weil Ihr Finanzminister seinen Bundeshaushalt zulasten des Gesundheitswesens entlastet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein ganz wichtiger Punkt – das ist hier noch nicht gesagt worden – war die Senkung der Zuschüsse des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. Das war eine Entscheidung, die dem System eine Menge Geld, über 4 Milliarden DM, entzogen hat.

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie eigentlich zur Selbstkritik fähig?)

Weitere Entscheidungen kamen hinzu, die nicht aufgrund einer Leistungs- oder Kostenexplosion im Ausgabenbereich notwendig waren, sondern weil Sie, um Ihren Finanzminister als den großen Sparmeister vorzeigen zu können, zulasten des Gesundheitswesens Änderungen beschlossen haben.

(Dr. Noll)

Es ist interessant, dass man bei der Rentenversicherung – man muss das einfach immer vergleichen – bereit ist, die so genannten versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren, was wir immer gefordert haben, dass man aber keineswegs bereit ist, im Gesundheitswesen das Gleiche zu tun. Dabei sind im Gesundheitswesen die Grundprobleme exakt die gleichen; denn wegen der demographischen Entwicklung gibt es mehr ältere Menschen, die auch mehr Leistungen abfordern müssen.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: 16 Jahre FDP!)

Ich weiß schon, warum Sie im Rentensystem inzwischen mit Hilfe Ihrer falschen Ökosteuern überfinanzieren.

(Abg. Zeller SPD: So ein Quatsch!)

Sie tun das, weil jeder im folgenden Monat in seinem Geldbeutel merken würde, wenn bei den Beiträgen zur Rentenversicherung nichts getan würde. Sie glauben aber, im Gesundheitswesen würden es die Menschen nicht merken, wenn Sie dem System Geld entziehen. Aber die Rationierung, die Leistungsverweigerung wird zwangsläufig deutlich, wenn Sie Geld entziehen. Aber Sie glauben, dass merken die Menschen nicht.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Und jetzt sage ich Ihnen, weil Sie immer so auf meinen Beruf anspielen: Sie werden den Druck derer – und das sind zahlenmäßig sehr viel mehr als die Zahnärzte –, die tagtäglich in Praxen als Helferinnen arbeiten, die in den Krankenhäusern als Pflegerinnen und Pfleger arbeiten, nicht aushalten. Die haben das Scheitern des Budgetierungskurses vorausgesehen und auch gefordert, weil Sie nämlich auf deren Rücken sparen und damit auf dem Rücken der Patienten.

(Zuruf von der CDU)

Frau Haußmann, es wäre ein völliges Missverständnis, wenn Sie meiner Rede entnommen hätten, ich sei weiterhin für eine Budgetierung.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das hat Ihnen niemand unterstellt!)

Ich habe nur gesagt: Wenn man – und das ist genau der Zickzackkurs Ihrer Frau Schmidt – die Budgetierung abschafft, dann muss man Alternativkonzepte, und zwar zeitnah, vorlegen und entwickeln.

(Abg. Bebbler SPD: Sie argumentieren zickzack! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Beim Zickzack müssen Sie sich doch auskennen!)

Das ist genau das Problem, dass sich die Patienten und die Leistungserbringer im Moment überhaupt nicht sicher sein können, was in Zukunft auf sie zukommt.

Jetzt zu den Grünen. Auch dazu muss ich noch ein Wort sagen.

(Zuruf von den Grünen: Bitte schön!)

Sie haben betont – übrigens Kompliment für Ihre Jungferrede, sie war sehr gut –,

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

dass Sie im Gesundheitswesen am Solidarsystem festhalten wollen. Wer nicht? Auch wir wollen im Grund- und im Kernbereich an der solidarischen Finanzierung festhalten.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Das ist doch keine Frage. Aber wir sollten uns doch einmal alternative Steuerungsinstrumente überlegen, weil die Budgetierung, die ein zentrales Element Ihrer so genannten Gesundheitsreform war, inzwischen von Ihnen selber nicht mehr als der Königsweg gesehen wird. Wir müssen deshalb alternative Lösungen andenken.

Wir werden, wie ich meine, in Zukunft auch sehr viel mehr vom Patienten her denken müssen. Er ist der Souverän, er steuert letztlich durch sein eigenes Verhalten. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit er das überhaupt tun kann. Das kann er im Moment nicht, weil ihm, überreguliert von oben, vorgeschrieben wird, was er zu erwarten hat und was nicht.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich will Ihnen eine Hilfestellung geben, Frau Haußmann.

(Lachen bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Von Ihnen? – Abg. Alfred Haas CDU: Das nützt nichts!)

Wenn Ihre Konzepte an die Öffentlichkeit kommen werden, wenn Sie auch über eine Definition eines Kernbereichs nachdenken werden und das als Zweiklassenmedizin diffamiert werden wird – das können Sie selber ja dann nicht mehr –, dann wird das auf Sie zurückschlagen. Jetzt will ich Ihnen eines sagen: Alle die Systeme, die auf planwirtschaftlicher Steuerung basieren, wie es im Extremfall zum Beispiel in England ist und wie es bei uns angesichts der Budgetierung droht,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

führen zu einem tatsächlichen Zweiklassensystem, nämlich dazu, dass derjenige, der es sich nicht leisten kann, der im System bleiben muss, Leistungen nicht mehr bekommt, auf Wartelisten gesetzt wird und lebenswichtige Operationen möglicherweise überhaupt nicht mehr erlebt, während der, der es sich leisten kann, ins Ausland geht und sich dort operieren lässt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Genau das ist das Zweiklassensystem, in das wir derzeit marschieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich bitte Sie herzlich, darüber noch einmal nachzudenken, weil ich glaube: Sie werden um diese Diskussion nicht herumkommen, und Sie werden es den Menschen draußen vor der Bundestagswahl ganz klar sagen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Löscher.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer es im Gesundheitswesen allen und insbesondere den unterschiedlichen Interessengruppen recht machen will, macht es keinem recht,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das ist ziemlich leichtfertig!)

am allerwenigsten den Patientinnen und Patienten. Ich spreche hier nicht als Lobbyistin für die Ärzte, und ich stehe hier auch nicht als Lobbyistin für die Apotheker,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

sondern als Lobbyistin für die, um die es eigentlich gehen sollte, nämlich für die Patientinnen und Patienten.

(Abg. Kurz CDU: Und Beitragszahler!)

Der Kollege von der CDU hat vorhin gefragt, was denn eigentlich Fakt sei. Fakt ist im Moment Folgendes: Es gibt ein neues Gesetz. Ziel des neuen Gesetzes ist es, die Kollektivhaftung aufzuheben und die Arzneimittelbudgets durch Ausgabevolumen und Richtgrößen zu ersetzen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hatten wir schon!)

Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Landesverbände der Krankenkassen müssen sich künftig über das Ausgabevolumen selber einigen. Das heißt für mich: Wenn sich die Organe der Selbstverwaltung nicht einigen, muss man sich überlegen, wie man den Ausgabenanstieg begrenzen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Dann kommt für mich sogar wieder das Budget ins Spiel.

Wir haben uns dagegen gewehrt, dass ein einheitlicher Krankenkassenmindestbeitrag festgeschrieben wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sicher ist es richtig, dass unterschiedliche Mitgliederstrukturen zwischen den Kassen ausgeglichen werden müssen. Aber für uns ist der Risikostrukturausgleich, der zurzeit auch reformiert wird, das bessere Mittel.

Zum Risikostrukturausgleich: Vorhin ist gesagt worden, dass der Risikostrukturausgleich einen Ausgleich zwischen den Ländern darstellt.

(Zuruf von der CDU: Zwischen den Kassen!)

Das ist natürlich richtig. Zum einen geht es um den Ausgleich zwischen den Ländern; aber es geht natürlich auch um den Ausgleich zwischen den Kassen im gleichen Bundesland. Wir sprechen also nicht vom Länderfinanzausgleich und von Landesmitteln, sondern es geht um den Ausgleich der unterschiedlichen Risiken der verschiedenen Kassen. Wir wollen keinen Krieg der Kassen, und wir wollen keine Kassen der Gesunden und keine Kassen der Kranken.

Der Risikostrukturausgleich ist 1994 eingeführt worden, um nach der Einführung der freien Kassenwahl einen kassenübergreifenden Ausgleich für schlechte Risiken zu

schaffen. Grundidee ist es also, die Folgen der ungleichmäßigen Verteilung der Versicherten nach Einkommen, nach Alter, nach Geschlecht und nach Familiengröße auszugleichen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das Risiko wird nicht erfasst!)

Diesen Grundgedanken finde ich nach wie vor sehr solidarisch und sehr richtig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Aber das darf nicht zu Ungerechtigkeiten führen!)

Jetzt zu Ihnen: Ich habe ja vorhin gesagt, dass ich Konzepte vermisste, aber nach wie vor habe ich noch kein schlüssiges Konzept gehört. Sie wettern gegen alles und wollen alles abschaffen; aber Sie sagen nicht, was Sie wollen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Wollen Sie einen Systemwechsel? Wollen Sie einen Anstieg bei den Grund- und Wahlleistungen? Kollege Noll, dann müssen Sie auch einmal sagen, was das bedeutet. Denn das bedeutet dann nicht mehr ein Solidarsystem,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Doch!)

sondern das heißt dann, dass sich die, die es sich leisten können, besser versorgen können als die Einkommenschwachen,

(Abg. Döpfer CDU: Die kriegen sowieso alles!)

die diese Leistungen nicht mehr bekommen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Döpfer CDU: Das ist doch ein Mumpitz!)

Genau das heißt das, und das muss man auch einmal klar formulieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Seehofer ist heute, glaube ich, nach Sing der meistgenannte Name. Seehofer spricht sich in einem Interview – –

(Abg. Döpfer CDU: Sie wären froh, wenn Sie jemanden so Standfesten hätten! – Abg. Hauk CDU: Wir sollten einmal über Schmidt und nicht nur über Seehofer reden! Fischer wäre auch noch interessant!)

– Ich zitiere Horst Seehofer gerne und spiele Ihnen jetzt einen Ball zu. Andrea Fischer ist auch sehr interessant; aber im Augenblick ist für mich Horst Seehofer interessanter, weil er sich in einem Interview für ein freiheitliches und sozial geordnetes Gesundheitssystem ausspricht, also nicht für „Freiheit oder Sozialismus“, sondern für ein freiheitliches und sozial geordnetes Gesundheitssystem.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist etwas ganz Neues!)

Ich frage Sie: Was heißt denn das konkret?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja dann!)

(Brigitte Lösch)

Außerdem spricht er sich für eine Reform des Risikostrukturausgleichs und nicht für eine Abschaffung aus. Da sehe ich zum ersten Mal die Basis für konstruktive Gespräche. Ich sehe die Gesundheitspolitik nicht am Scheideweg und fordere Sie auf, an dem konstruktiven Gespräch teilzunehmen.

Wir wollen an der solidarischen Krankenversicherung festhalten.

(Zuruf von der CDU: Was heißt das?)

Wir stellen nicht nur die Einnahmeseite auf den Prüfstand, sondern wir sind auch bereit, über die Ausgabenpolitik zu reden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist der entscheidende Punkt!)

Ich habe es vorhin schon gesagt: Wir sind gerne bereit, über Überflüssiges und Unwirtschaftliches im Gesundheitssystem zu reden, wenn dabei Qualität und Wirtschaftlichkeit stimmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nennen Sie einmal zwei Beispiele!)

Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsverbesserungen sind die zentralen Forderungen für die Reformen im Gesundheitswesen. Im Mittelpunkt aller Interessen stehen dabei die Versicherten und die Patientinnen und Patienten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Sozialminister Dr. Repnik.

**Sozialminister Dr. Repnik:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß jetzt eigentlich gar nicht, ob ich hier reden darf, weil ich ja auch befangen bin. Dann scheint man ja nicht mehr reden zu dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Machen wir eine Auszeit! Das besprechen wir jetzt einmal!)

Ich bin Mitglied der gesetzlichen Krankenkasse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin deshalb befangen. Ich bin zuständig für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg und in Sorge um die Steigerung der Beitragssätze – nicht nur im Gesundheitswesen. Das ist natürlich für jeden, auch für einen Arbeitsminister, ein ganz wichtiges Thema, wenn wir das auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten sehen.

Ich bin ein Lobbyist – das sage ich in aller Offenheit – für die „Gesundheitsanbieter“, für die Arbeitgeber, für die Arbeitnehmer in Baden-Württemberg, aber auch für die Patienten. Man vergisst immer, wenn man im Gesundheitssystem über die Patienten spricht: Die Patienten sind die Betroffenen.

Wir wollen nun einmal ganz kurz eine Replik laufen lassen. Wir sind im Jahr 2001, Frau Haußmann, nicht im Jahr 1998.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Jetzt haben Sie den Mut, sich hier hinzustellen und zu sagen: „von 1990 bis 1998 um 1,6 % gestiegen“.

(Abg. Döpfer CDU: Das schaffen die in drei Jahren!)

Aber innerhalb von zwei Jahren musste die AOK Baden-Württemberg und mussten andere Kassen von 13,0 auf 14,2, also um 1,2 Prozentpunkte, erhöhen. Das haben Sie innerhalb von zwei Jahren geschafft.

Dann haben Sie gesagt, die CDU und Seehofer seien an der ganzen Geschichte schuld.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Er hat die Grundlage geschaffen!)

Seehofer hat mit seinem letzten Reformvorhaben ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Krankenkassen Überschüsse hatten und die Beiträge stabil waren.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Patienten haben danach die Leistungen bekommen, die sie bekommen mussten – bei niedrigem Beitragssatz.

Dann kamen Sie und haben im Prinzip nichts anderes getan, als Wahlversprechen einzulösen. Sie haben gesagt: „Wir machen ein neues Gesetz.“ Sie haben die moderaten Zuzahlungen teilweise zurückgefahren und dem System 1 Milliarde DM entzogen. Herr Eichel hat im Sparpaket durch die Absenkung bei der Arbeitslosenhilfe weitere 1,2 Milliarden DM entzogen. Sie haben neue Leistungen in das Gesetz hineingebracht – insgesamt 6 bis 7 Milliarden DM mehr. Und gleichzeitig wollen Sie niedrigere Beiträge!

Dann stellt sich Frau Fischer noch hin – so hat es damals geheißen – und sagt: „Die Qualität wird besser, die Beiträge sinken oder bleiben zumindest gleich.“ Sie hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das im Bundesrat, Frau Haußmann, 1999 mit 16 : 0 Stimmen gescheitert ist.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Also nicht nur CDU- und CSU-regierte Länder haben diesem Gesetz widersprochen, sondern auch die SPD-regierten Länder. 16 : 0! Dann wurde gerade noch zumindest ein Rumpfgesetz gerettet, weil Frau Fischer den Ostkassen im Prinzip über den Risikostrukturausgleich ein Bonbon gegeben hat. Deshalb hat der Bundesrat wenigstens einem Rumpfgesetz zustimmt.

Jetzt sind wir beim Risikostrukturausgleich. Wir in Baden-Württemberg haben immer gesagt, auch im Jahr 1998 – Und Herr Kollege nicht Hoffmann, nein, mein früherer Kollege Vetter, mein Amtsvorgänger, hat 1998 deswegen noch nicht geklagt, weil klar war, dass Seehofer im Gesundheits-Reformgesetz gesagt hat – das stand auch im Gesetz –, man überprüfe jetzt, inwieweit man in manchen Dingen regionalisieren kann, um regionale Unterschiede und Wirtschaftlichkeit nicht zu bestrafen, sondern zu belohnen. Auch diese Überprüfung wurde dann von Ihnen gestrichen.

(Minister Dr. Repnik)

Jetzt kam eben der Punkt, wo wir sagen: Das bringt das Fass zum Überlaufen. Durch die Angleichung der Rechtsgebiete Ost und West zahlen wir jetzt, im Jahr 2001, und zwar im Saldo – natürlich bekommt die AOK als Nehmerkasse auch etwas –, 2,2 Milliarden DM, mit steigender Tendenz. Vor dieser Reform waren es noch 1,6 Milliarden DM.

Das heißt, wir, die Beitragszahler Baden-Württembergs, die Arbeitnehmer – die müssen Sie auch ein bisschen vertreten, aber jetzt wissen wir auch, warum die uns gewählt haben und nicht die SPD –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf der  
Abg. Ursula Haußmann SPD)

und die Arbeitgeber, zahlen in Baden-Württemberg 2,2 Milliarden DM in andere Länder. Es kommt zu der absurden Situation, dass die AOK Baden-Württemberg, die nachweislich in der ganzen Republik am günstigsten arbeitet – ich kann Zahlen nennen;

(Abg. Bebber SPD: Herr Minister, in dem Punkt  
sind wir uns doch einig!)

wir haben in Baden-Württemberg überhaupt die günstigsten Gesundheitskosten –, einen Beitragssatz von 14,2 % hat – die IKKs werden nachziehen –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vollkommen einig!)

– also! – und gleichzeitig die AOK Sachsen den Beitrag von 14,2 auf 13,4 % absenken kann.

Schon vor zwei Jahren hat der Kollege Geisler aus Sachsen zu mir gesagt: „Wir bräuchten das Geld eigentlich gar nicht, diese Überkompensation ist nicht notwendig.“ Das gilt für Sachsen, für andere nicht.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Frau Haußmann, wenn Sie sagen: „Dann helfen wir mit“, kann ich nur entgegnen: Wir wissen doch, was die SPD Baden-Württemberg in Berlin bewerkstelligen kann: null, null und nochmals null. Es hat keinen Wert, wenn Sie hier sagen: „Wir helfen mit“, weil in Berlin offensichtlich niemand auf Sie hört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Die melden sich  
gar nicht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber auf  
Sie auch nicht!)

Wir müssen auch ein bisschen nach vorne blicken. Ich bin schon überrascht, wenn sowohl Sie von der SPD als auch Sie von den Grünen sich hier hinstellen und sagen: „Jetzt sagt doch endlich, was ihr wollt“, und der Eindruck erweckt wird, wir hätten keine Konzepte. Frau Haußmann, ich gestehe Ihnen eines zu: Sie sind neue Sozialsprecherin der SPD. Aber Sie waren schon früher im Sozialausschuss und haben in den letzten fünf Jahren mit Sicherheit nicht nur die Debatten, die wir geführt haben, und zwar mit Leidenschaft, verfolgt, sondern auch Papiere gelesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das habe ich ja vorhin aufgezählt!)

Hier wurde schon wiederholt deutlich gesagt, und zwar von mir und vom Kollegen Noll, was wir eigentlich wollen.

(Abg. Bebber SPD: Das waren die alten Vorschläge!)

Aber wenn ich dann aus diesem Kreis einen Zwischenruf höre: „Wir werden uns hüten, vor der nächsten Bundestagswahl etwas zu sagen, wir werden unsere Karten nicht offen legen“, dann zeigt sich doch – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat das gesagt?)

– Der Zwischenruf kam von Herrn Abg. Capezzuto. Ich habe ihn gehört.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das kann ja jeder behaupten, wenn Herr Capezzuto nicht da ist!)

– Er ist jetzt nicht da. „Das würde euch so passen“, hat er gesagt.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Carla Bregenzer SPD: Frechheit siegt!)

– Also, Freunde. Dann drehe ich es ein bisschen um.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Also war es doch nicht wahr?)

– Nein, nein. Sie können ihn ja nachher selber fragen.

Sowohl Sie von der SPD als auch Sie von den Grünen hatten jetzt jeweils zehn Minuten Zeit, zu sagen, wie ein solches System aussehen kann. Aber Sie haben nicht einen Satz dazu gesagt. Ich sage: Wir haben fünf nach zwölf und nicht fünf vor zwölf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Die Regierung in Berlin, zwei Jahre lang mit Frau Fischer, die übrigens sehr freundlich im Gespräch, aber geradezu beratungsresistent war – –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir, die CDU/CSU-Gesundheitsminister, haben Frau Fischer im Bundesrat angeboten, an einem System mitzuarbeiten, das zukunftsweisend ist.

(Abg. Bebber SPD: Sie reden jetzt in erster Linie von sich selber!)

Sie hat dieses Angebot abgelehnt in der Hoffnung: Das machen wir alles, das schaffen wir auch ohne euch.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Jetzt regieren Sie, und Sie sind jetzt dran, Vorschläge zu unterbreiten.

Ich sage Ihnen, was ich Ihnen in den letzten Jahren schon immer wieder gesagt habe und was auch Seehofer sagt:

(Minister Dr. Repnik)

Wir brauchen ein Gesundheitsreformgesetz, das auch in Zukunft trägt.

(Abg. Bebbler SPD: Volles Programm!)

Ich habe von Geheimpapieren aus dem Kanzleramt gelesen, wonach wir, wenn wir nichts tun, im Jahr 2040 31 % Gesundheitskosten haben. Es ist doch klar, dass wir, wenn wir immer weniger Arbeitnehmer haben, die Beiträge bezahlen, und immer mehr Rentner bekommen, schauen müssen, wie wir auf Dauer genügend Geld ins System bekommen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Deswegen müssen wir, Frau Haußmann, jetzt endlich darangehen zu fragen: Was muss auf Dauer über die solidarische Krankenkasse abgesichert sein und was nicht? Welche versicherungsfremden Leistungen gehören da hinein, und was muss über Steuern bezahlt werden?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Herr Noll hat es schon angesprochen.

Wir müssen auch die Frage beantworten: Was ist eine Grundleistung, und was ist eine Wahlleistung? Wir müssen das definieren. Davor haben Sie Angst; ich weiß das. Sie hatten ja schon Angst vor ein paar Mark Zuzahlung mehr und haben den Patienten gesagt: „Wir machen alles billiger und besser.“

Wir müssen vor allem auch mehr marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Elemente für die Krankenkassen schaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Wie gesagt: Es ist jetzt nicht meine Aufgabe, für Sie Vorschläge zu machen; sie liegen auf dem Tisch. Frau Fischer legen sie schriftlich vor. Frau Schmidt handelt nicht. Sie wurde berufen, quasi als Placebo oder Tranquilizer für die Anbieter gesundheitlicher Leistungen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie hat nichts anderes zu tun. Sie hat den Auftrag – von Schröder, nehme ich an, vom Kanzler –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

zu erfüllen nach dem Motto „Rette doch, beruhige sie ein bisschen,“

(Abg. Döpfer CDU: Lächle!)

– lächle –, „mach gut Wetter und versuche, die Gesundheitsreform über die nächste Wahl hinüberzuretten. Denn wenn wir sie anpacken, müssen wir den Menschen ehrlich sagen, was auf sie zukommt.“

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Dazu hat diese Bundesregierung den Mut schlichtweg nicht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der SPD – Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken – Drucksache 13/15**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung der baden-württembergischen Landesregierung zur Novelle der Verpackungsverordnung – Drucksache 13/16**

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 Gescho**

Ferner liegt zur Änderung der Verpackungsverordnung der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/33, vor.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge jeweils fünf Minuten und für die Aussprache über die Buchstaben a und b fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Dosen-Walter“!)

**Abg. Dr. Caroli** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was tut eine Landesregierung, die sich in der Öffentlichkeit gern als Sachwalter des Heimatgefühls im Ländle darstellt, beim Thema Dosenpfand?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Gute Frage!)

Ich möchte diese Frage für die Landesregierung beantworten:

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da wird die Heimat „eingedost“!)

Sie setzt alles daran – jenseits aller Umweltaspekte und Ökonomie –, das zu erhalten, was unsere Kultur in Baden-Württemberg besonders prägt, nämlich die große Vielfalt kleiner Brauereien – 169 sind es – und die unterschiedlichen Traditionen unseres Landes, Bier zu produzieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Was tun Herr Teufel und Umweltminister Müller? Ohne Not

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

begeben sie sich in den Würgegriff von Großhandelsfirmen und Großabfüllern und der gesamten Einwegindustrie, die sich noch dazu weitgehend außerhalb unserer Landesgrenzen befindet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, als vor zehn Jahren die Verpackungsverordnung eingeführt worden ist, haben baden-württembergische mittelständische Betriebe in erheblichem

(Dr. Caroli)

Maß in den Aufbau modernster Mehrwegsysteme investiert. Dafür verdienen sie einen Vertrauensschutz und die volle Unterstützung der Landespolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch CDU-Landespolitiker hat deswegen zu Recht das Unbehagen über die vorherrschende Meinung in der CDU gepackt. Wir stimmen einem Kollegen von der CDU-Fraktion dieses Hauses ausdrücklich zu, der erklärt hat,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

er halte Tendenzen für fatal, die freiwillige Selbstbeschränkung der Unternehmen weiter zu fördern, obwohl wir wüssten, dass sie nicht zustande gekommen sei und auch in Zukunft nicht greifen werde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Guter Mann! – Abg. Birzele SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Respekt Ihnen, Herr Seimetz,

(Abg. Seimetz CDU: Vielen Dank!)

aber auch Ihnen, Herr Kurz, für das Bemühen um eine differenziert andere Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, einer aber hat den größten Vogel abgeschossen, und das ist der neue Landwirtschaftsminister, Herr Stächele.

(Oh-Rufe von der SPD)

Er wurde nämlich nach seiner Haltung zum Dosenpfand gefragt, und da hat er Folgendes erklärt – das möchte ich doch mal zitieren –:

Ich denke,

(Abg. Bebbler SPD: Oi!)

unsere umweltgerecht und regional produzierenden Brauer und Winzer haben ein bisschen Schutz vor der Internationalisierung verdient.

(Beifall bei der SPD)

Dabei

– und jetzt Stächele weiter –

steht nicht einmal nur der Schutz der Betriebe im Vordergrund, sondern der Schutz der Umwelt,

(Beifall des Abg. Göschel SPD – Abg. Göschel SPD: Jawohl!)

weil Mehrweg Ressourcen schont, und es geht auch um den Erhalt vieler Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hauk CDU: Alles in Ordnung! – Abg. Seimetz CDU: Alles okay!)

Daraufhin hat ihn der Redakteur zu Recht gefragt: „Das heißt, Herr Stächele, Sie stimmen im Landtag heute für das Dosenpfand?“

Und jetzt kommt die Antwort Stächele:

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich auf einen Kompromiss verständigt.

(Lachen bei SPD – Abg. Hauk CDU: Ihr Schluss ist falsch! Das Dosenpfand allein ist nicht der seligmachende Weg!)

Also, wenn das kein Eiertanz ist.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns heute darauf verständigen, dass Schluss sein muss mit der Vermüllung unserer Landschaft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir können doch nicht im Ernst eine Lösung befürworten, die darauf hinausläuft, dass im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung eine Viertelmilliarde ausgegeben wird, um Dosen und Einwegflaschen einzusammeln. Es macht doch viel mehr Sinn, einen Müll, der mit hohem Ressourcen- und umweltschädlichem Energieeinsatz entstehen würde, gar nicht entstehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Akzeptanz für eine Pfandlösung ist in der Bevölkerung und auch in der Wirtschaft sehr hoch. Den verschiedenen Umfragen zufolge stimmen 67 bis 74 % der Verbraucherinnen und Verbraucher einer Pfandlösung zu, natürlich auch deswegen, weil sie wissen, dass sie das Pfand zurückbekommen.

Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind eh dafür, weil durch dieses System der Wettbewerb bei Brauereien und Mineralwasserbrunnen, bei Abfüllern, beim Handel und in der Entsorgungsbranche gestärkt wird.

Also, wenn das nicht genau auf die Bedürfnisse in Baden-Württemberg zugeschnitten ist, dann weiß ich wirklich nicht mehr weiter.

(Beifall bei der SPD)

Vertreter von CDU und FDP/DVP bezweifeln nun die ökologische Lenkungswirkung des Pfandes. Hören Sie, was eine unparteiische Studie des Umweltbundesamts dazu sagt – Zitat –:

Bei Abwägung aller Faktoren erscheint ein positiver Lenkungseffekt wahrscheinlich, ein kontraproduktiver Effekt unwahrscheinlich. Zusätzlich werden durch ein Pfand Qualität und Menge der verwerteten Materialien erhöht und insbesondere die Landschaftsverchandlung durch herumliegende Flaschen und Dosen weitgehend beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Aussagen und Einschätzungen lassen erwarten, dass über 50 % der Käufer von Einwegverpackungen nach Einführung des Pfandes wieder

(Dr. Caroli)

verstärkt zu Mehrwegverpackungen greifen werden. Viele kleine Läden würden Einwegverpackungen aussortieren.

Jetzt frage ich die, die als Blockierer im Bundesrat auftreten wollen: Was geschieht denn, wenn die Novelle der Verpackungsverordnung nicht in Kraft treten kann?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Dann kommt „Töpfer“!)

Die Antwort ist ganz einfach: Dann tritt altes, schon 1991 beschlossenes CDU-FDP-Recht in Kraft, wonach wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Mehrwegquoten für Verpackungen des einen Getränks Pfand und für Verpackungen eines anderen Getränks kein Pfand erhoben wird.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jawohl!)

Erklären Sie dann einmal einem Bürger, warum er für eine Bierdose Pfand, für die Coladose aber nichts zu bezahlen hat.

Übrigens trifft es dann auch die Weingärtner und Winzer; denn auch das steht im CDU-FDP-Gesetz von damals. Auch sie wären dann die Leidtragenden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE zu Minister Stächele: Willi, dann brauchst du nicht mehr nach Oberkirch zu kommen!)

Das Dosenpfand ist also nicht, wie gern behauptet wird, eine rot-grüne Erfindung, sondern es war in den Novellen zur Verpackungsverordnung der Kohl-Regierung längst festgeschrieben. Da Sie, meine Damen und Herren von der CDU, geschlossen hinter Angela Merkel stehen, wie ich annehme, will ich Sie mit einem Zitat aus dem Gesetzentwurf Merkel vom November 1996 erfreuen. In der Gesetzesbegründung heißt es:

An dem bisherigen Instrument der Pfandpflicht im Falle des Unterschreitens des Mehrwegbestandes von 1991 wird festgehalten. Zusätzlich wird ein Anreiz zur Erhöhung der Mehrweganteile in einzelnen Getränkebereichen geschaffen.

Ich möchte meinen: klare Worte.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt mal Hand aufs Herz: Haben die Bayern nicht recht getan, als sie per Abstimmung im Landtag festgelegt haben, dass es schöner ist, Bier aus dem Glas zu trinken als aus der Dose?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen: Sehr gut!)

Dass Herr Stoiber hinterher davon nichts mehr wissen wollte, ist ein ganz anderes Kapitel.

Meine Damen und Herren, wir müssen aufhören, Problemabfälle erst zu produzieren und dann wieder aufzusammeln, wie es Ihr Vorschlag beinhaltet.

(Beifall bei der SPD)

Setzen wir stattdessen auf Vermeidung. Schaffen wir Anreize, ökologisch vorteilhafte Verpackungen herzustellen.

Bei dieser Zielsetzung führt am Pfand auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen kein Weg vorbei.

Im Namen der SPD-Landtagsfraktion fordere ich die Landesregierung auf, dem im Bundesrat liegenden Entwurf zur Novellierung der Verpackungsverordnung zuzustimmen. Ich appelliere an den Landtag, im Interesse unserer baden-württembergischen mittelständischen Unternehmen und im Interesse der Umwelt den heute vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Die ganzen Bierbrauer würden klatschen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vom Kollegen Caroli wurde schon angesprochen: Was wir heute zunächst diskutieren, ist die Verpackungsverordnung von 1991. Schon damals suchte man nach Instrumenten, um den Mehrweganteil zu stabilisieren. Wir hatten das Problem, dass damals der so genannte grüne Punkt eingeführt wurde. Der Kollege Vetter hat damals gesagt: Das ist eine Mogelpackung, die wir nicht akzeptieren können; da steht zwar „grün“ drauf, aber es ist nicht grün. Jetzt haben wir, damals zugesagt, eine freiwillige Verpflichtung der Wirtschaft: 72 % Mehrweganteil. Dies wurde 1998 von Frau Merkel bestätigt. Das heißt, die geltende Rechtslage wird angewandt, auf verschiedene Getränke verteilt, wenn 72 % Mehrweganteil unterschritten werden. Deshalb, denke ich, war es richtig, dass Bundesumweltminister Jürgen Trittin gesagt hat: Es ist unsinnig, dass wir auf Coladosen kein Pfand haben, auf Bierdosen ein Pfand und auf Mineralwasserdosen auch; das können wir nicht vermitteln; das ist für die Einzelhändler schlecht zu handhaben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt auch!)

Deswegen kommt es jetzt zu einer Novellierung.

Vom Kollegen Caroli wurde auch erwähnt: Viele mittelständische Betriebe haben aufgrund der 1998 bestätigten Rechtslage Milliarden in den Mehrweg investiert. Deswegen muss hier die Politik zuverlässig bleiben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt auch!)

Die Realität, Kollege Pfister, ist: Die Mehrwegquote ist im freien Fall.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber nicht bei Wein!)

2000 hatten wir – das zeigen die ersten Berechnungen – nur noch 66 %; Grund genug, endlich zu handeln.

Was passiert, wenn wir nicht gegensteuern? Schauen Sie nach Österreich. Innerhalb von drei Jahren ist dort die Mehrwegquote um 14 % gesunken. In Belgien haben wir noch 20 % Mehrweganteil. Also überall dort, wo nichts getan wird, geht es gerade weiter mit dieser Entwicklung.

Die Vorteile des Pfandsystems liegen nun einmal auf der Hand. Sie alle wissen: Für die großen Brauereien und Ein-

(Walter)

zelhandelsketten ist die Dose ein Kampfinstrument, um andere Wettbewerber kaputtzumachen. Das wird seit Jahren praktiziert. Dosenbier wird beispielsweise unter dem Gestehungspreis verkauft. Fragen Sie doch einmal einen Bierbrauer. Für 49 Pfennig können Sie kein Bier herstellen und es dann noch im Laden verkaufen. Das ist schlichtweg unmöglich. Das wird ein Pfand verhindern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein zweiter Punkt: Der Verbraucher kauft eine Dose, weil es bequemer ist. Er kann sie ja irgendwo wegwerfen oder, wenn er etwas gesitteter ist, zum Müll geben. Was bedeutet es aber, wenn das Pfand kommt? Der Convenience-Vorteil ist weg, die Ex-und-Hopp-Mentalität, die bisher mit der Dose gefördert wurde, wird wieder umgekehrt. Auch das ist ein Punkt, der für das Dosenpfand spricht. Außerdem – Herr Kollege Dr. Caroli hat es erwähnt – wird die zunehmende Verschandelung der Landschaft und unserer Städte gestoppt, weil die Leute die Dosen nicht mehr wegwerfen, wenn sie dafür ihr Pfand zurückbekommen.

Es zeigt sich einfach: Ein Pfand stabilisiert den Mehrweganteil. Von der FDP/DVP kommt jetzt immer das Argument, das Pfand werde das Gegenteil bewirken. Als Herr Kollege Töpfer Ende der Achtzigerjahre auf die PET-Flasche ein Pfand eingeführt hat, ist der Anteil der PET-Flaschen in sich zusammengebrochen. Wir hatten nur noch 5 % bzw. 4 % in den Folgejahren. Das zeigt: Es hat sich in der Praxis der Bundesrepublik schon erwiesen, dass ein Pfand auf ein Einweggebinde den Mehrweganteil nach vorn bringt.

Nachdem ich gestern die Krokodilstränen gesehen habe, die der Herr Ministerpräsident wegen des Mittelstands vergossen hat,

(Lachen des Abg. Oelmayer GRÜNE)

kann ich nur sagen: Das ist pure Heuchelei, wenn man dann heute hingeht und einen solchen Antrag vorlegt, der gerade den Mittelstand schädigt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist ein Antrag zur Unterstützung der großen Handelsketten und der großen Brauereien, die wir immer ertragen müssen, wenn wir eigentlich Fußball schauen wollen und stattdessen Bierwerbung sehen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie sind nicht glaubwürdig. Ich sage Ihnen: Wer aus parteistrategischen und -taktischen Gründen meint, er müsse die von Trittin geplante Novellierung verhindern, der handelt nicht im Interesse dieses Landes. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie zu!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will noch etwas näher auf den hier vorliegenden Vorschlag eingehen, der im Wesentlichen dem entspricht, was Herr Kollege Müller vorgelegt hat. Wenn es nach ihm gin-

ge, sollen zukünftig freiwillige Verpflichtungen – – Dazu muss man sagen: Seit zehn Jahren haben wir die freiwillige Verpflichtung, und sie hat nichts genutzt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber ohne Sanktionen!  
Es geht um die Sanktionen!)

Wie man dann auf die Idee kommen kann, wieder eine freiwillige Verpflichtung zu fordern, das geht mir nun wirklich nicht in den Kopf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber das ist ja ein Unterschied!)

– Ja, natürlich, die Sanktionen. Lassen Sie mich einmal ausreden, Herr Kollege.

Wir haben jetzt eigentlich 72 % vorgeschrieben, die Realität sind aber 66 %. Was bedeutet jetzt also der Vorschlag? Das Umweltbundesamt und das Umweltministerium haben das einmal ausgerechnet. Der Vorschlag von Herrn Müller bedeutet bei diesem Status quo ein weiteres Absenken der Mehrwegquote auf 63 %.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Ich kann nur sagen: Ein solcher Vorschlag eines Umweltministers ist doch abenteuerlich! Von einem Umweltminister kann ich doch erwarten, dass er sich hinstellt und für die Belange der Umwelt einsetzt – aber nicht das Gegenteil fordert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Man braucht auch kein Prophet zu sein: Diejenigen, die damals gesagt haben: „Gut, machen wir halt einen grünen Punkt, aber dann wollen wir mindestens 72 % Mehrweganteil“, sind genau diejenigen, die heute 63 % fordern. Dieselben, Leute wie Herr Müller, werden in drei Jahren, wenn die Einweg- und Dosenlobby wieder kommt, sagen: „Dann machen wir das halt wieder nicht zur Pflicht, sondern senken die Quote nochmals ab.“ Irgendwann sind wir bei 50 oder noch weniger Prozent.

Ich kann nur sagen: Wenn jetzt das Pfand abgelehnt wird, ist das ein Zeichen für einen Dammbbruch und wird der Industrie sagen: „Macht weiter so! Wir werden euch niemals irgendetwas in den Weg legen.“ Deswegen kann ich Ihnen nur sagen, Herr Minister: Ihr Vorschlag ist für mich ein Zeichen, dass Sie für dieses Amt eine Fehlbesetzung sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Na, jetzt aber!)

– Ja, das ist so. Wer ist denn so naiv, zu glauben, dass sich die Einweglobby mit 63 % zufrieden gibt? Das ist doch auch in anderen Ländern nicht der Fall. Warum sollte es gerade bei uns so sein? Herr Minister, Sie könnten einmal Nachhilfe beim Kollegen Vetter nehmen.

(Abg. Drexler SPD: Bei Töpfer auch!)

Er hat 1992, als er noch Minister war, Mehrwegquoten von 100 % bei Bier und von 100 % bei Mineralwasser gefordert. Das waren noch Ziele, die man sich als Umweltminis-

(Walter)

ter setzen konnte. Sie kommen mit 63 %. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt möchte ich noch einen Punkt zu Ihrer persönlichen Integrität ansprechen. Sie gelten als jemand, der hier wirklich solide arbeitet, und die Leute können sich auf Ihr Wort verlassen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Also doch keine Fehlbesetzung!)

– Ja, das galt seither. Umweltpolitisch ist das wieder eine andere Diskussion.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja, ja!)

Am 25. Oktober 2000 haben Sie bei der Umweltministerkonferenz den Plänen von Trittin ebenfalls zugestimmt. Da frage ich mich: Was ist eigentlich seither passiert, dass Sie Ihre Position um 180 Grad gedreht haben?

(Abg. Drexler SPD: Eingeknickt!)

Das kann doch nur der Druck der Fundamentalopposition gegen Berlin sein, wie sie von Herrn Teufel immer betrieben wird. Aber Sachgründe können dafür nun wahrlich nicht ausschlaggebend sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich frage mich auch, vor wem Sie da einknicken. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz tun dies vor der Dosenlobby, die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, Herr Clement, vor Metro und vor Aldi usw. Dazu muss man sagen, Herr Kollege Drexler: Wenn die Herren Beck und Clement mitgestimmt hätten, könnten wir uns die heutige Debatte sparen. Das ist ja das Traurige daran. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

(Abg. Drexler SPD: Die werden immer für andere verhaftet!)

Aber ich frage mich: Herr Müller, vor wem sind Sie eigentlich eingeknickt? Hier haben wir doch diese Lobby gar nicht. Im Gegenteil, der Mittelstand läuft Sturm gegen Ihre Pläne. Der unterstützt Trittin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Welcher Mittelstand? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Der baden-württembergische!)

– Sie haben wahrscheinlich keinen Kontakt zum Mittelstand.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau so ist es!)

Das kann ich mir gut vorstellen. – Wie sieht es mit dem Kontakt zur Bevölkerung aus? 75 % der Bevölkerung sagen, sie wollten dieses Dosenpfand. Die Menschen haben es satt, die Müllberge in den Städten und in der Landschaft zu sehen, die durch Dosen verursacht wurden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dann kommt ein Vorschlag der Industrie: Wir geben den Kommunen 250 Millionen DM, damit sie den Müll wegräumen können. So etwas ist ja nun wirklich pure Verschwendung von Volksvermögen und für mich nicht mehr nachvollziehbar.

Der Kollege Caroli hat schon darauf hingewiesen, was das beispielsweise für die Winzer bedeuten würde. Die müssten dann auch italienische und französische Einwegflaschen mitnehmen. Wenn die FDP das Pfand verhindert, werden wir sicher einmal einen Sonderzug mit leeren Dosen zum Kollegen Drautz nach Heilbronn organisieren. Das muss er uns dann schön bezahlen.

Deshalb, meine Damen und Herren, stimmen Sie im Interesse der Brauereien, der Winzer, der Einzelhändler in Baden-Württemberg später bei der namentlichen Abstimmung unserem Antrag zu. Sie tun damit etwas für die Umwelt und für unsere mittelständische Wirtschaft. Ich hoffe, Sie lassen sie nicht im Stich.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt wird es aber schwierig! – Abg. Oettinger CDU: Jetzt wird aufgeräumt!)

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Damit von vornherein klar ist, wie wir abstimmen: Wir lehnen Ihre Anträge ab, und die Koalition stimmt dem Antrag Drucksache 13/33, den sie selber gestellt hat, zu.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja sensationell! – Abg. Drexler SPD: Das ist ja nicht zu fassen!)

Davor bewahrt Sie auch nicht eine namentliche Abstimmung.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja das Schlimme!)

Meine Damen und Herren, Dosenpfand – ja oder nein? Oder ein wenig genauer: Was machen wir mit ökologisch unvorteilhaften Getränkeverpackungen?

(Abg. Haller SPD: Abschaffen!)

Darum geht es.

Ich möchte zunächst sagen, dass für mich bei jeder Lösung zwei Grundsätze eingehalten werden müssen.

Erster Grundsatz: Die Produktverantwortung, die der Hintergrund der Verpackungsverordnung ist, muss bei jeder Lösung bestehen bleiben. Wer Verpackung erzeugt, hat für diese Verpackung die Verantwortung von der Wiege bis zur Bahre.

Der zweite Grundsatz, der ebenfalls eingehalten werden muss, heißt: Es darf zum Schluss nicht zu einer Bevorteilung von Einwegverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen kommen.

(Scheuermann)

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Ausgangspunkt ist die Verpackungsverordnung. Dass der in der Verpackungsverordnung festgelegte Mehrweganteil von 72 % unterschritten ist, darüber sind wir uns alle einig. Jetzt muss etwas passieren. Wir sind uns auch einig, dass eines nicht passieren darf: Es darf nicht wieder zu den Sanktionen der Verpackungsverordnung von 1991 kommen.

(Abg. Drexler SPD: Warum?)

Da hat Herr Caroli Recht, weil der Bevölkerung nicht vermittelbar ist, dass nur ein Teil von Einwegverpackungen mit Pfand belegt wird

(Abg. Drexler SPD: Sehr schön! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig!)

und ein anderer Teil nicht.

(Abg. Drexler SPD: Deswegen nehmen wir alle!)

Nun, meine Damen und Herren, ist doch die Grundfrage: Mit welchen Instrumenten schütze ich Mehrweg?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nur darum geht es! – Abg. Drexler SPD: Aber nicht dadurch, dass ich den Mehrweganteil reduziere!)

Herr Caroli hat ein Zitat des Umweltbundesamts gebracht, wie man Mehrweg schützen kann. Meine Redezeit würde bei weitem nicht ausreichen, wenn ich Ihnen Zitate brächte, die belegen, dass man mit dem Dosenpfand Mehrweg nicht schützen kann.

(Abg. Drexler SPD: Wer sagt das?)

– Das kann ich Ihnen nachher sagen.

(Abg. Drexler SPD: Die Verpackungsindustrie!)

Dass es hier keine überwiegend einheitliche Meinung gibt, ist doch der Grund für diese Debatte. Das ist der Grund, warum sich der Bundesrat so schwer tut, zu einer Mehrheitsentscheidung zu kommen. Darüber hinaus sind doch im Bundesrat nicht nur CDU-regierte Länder für die eine Lösung und von SPD und Grünen regierte Länder für die andere.

(Abg. Drexler SPD: Interesse!)

– Herr Drexler, Nordrhein-Westfalen ist das Zünglein an der Waage dafür, wie es ausgeht.

(Abg. Drexler SPD: Großabfüller! Aldi und Großabfüller!)

Nordrhein-Westfalen – ich sage es noch einmal – ist das Zünglein an der Waage dafür, wie es ausgeht. Unser Antrag heißt: Stellt sich Nordrhein-Westfalen auf die Seite der B-Länder, dann bekommen die B-Länder eben eine Mehrheit mithilfe von Nordrhein-Westfalen. Lehnt Nordrhein-Westfalen das Konzept der B-Länder ab, dann ist die Koalition für die Annahme des Trittin-Entwurfs. Das ist der dritte Punkt unseres Antrags.

(Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, nun ist es doch legal und legitim, dass sich jemand, der zur rot-grünen Regierung in Opposition steht, überlegt, was er zu einem Vorschlag der rot-grünen Bundesregierung sagt.

(Abg. Walter GRÜNE: Aha! – Abg. Drexler SPD: Positiv!)

Das ist doch zunächst einmal legal und legitim. Zu dem Konzept der B-Länder kann man ja auch noch zwei oder drei positive Anmerkungen machen. Man kann zum Beispiel sagen, dass es auf jeden Fall eine Form von Reaktion auf die Unterschreitung der Mehrwegquote von 72 % ist. Ich kann außerdem sagen, dass ein großer Teil der Wirtschaft hinter diesem Vorschlag steht.

(Abg. Drexler SPD: Welchem Vorschlag? – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Darauf komme ich gleich noch zurück. – Aber auch da kann ich nicht sagen, mit einer Trennungslinie in der Wirtschaft könnte ich lupenrein zwischen Guten und Bösen unterteilen, was das Dosenpfand betrifft.

Ich sage aber genauso laut und deutlich: Der Vorschlag der B-Länder hat natürlich auch eine ganze Menge Kritik verdient. Ich persönlich sage: Ich sehe nicht ein, dass jemand, der 72 % unterschreitet, als Belohnung dafür noch eine niedrigere Mehrwegquote festgelegt bekommt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha! Guter Mann! – Abg. Drexler SPD: Aber die Konsequenz!)

– Die Konsequenz ist Ziffer 3 unseres Antrags. Das bedeutet, wir bitten die Landesregierung, dem Trittin-Vorschlag zuzustimmen,

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

wenn das Konzept der B-Länder keine Mehrheit hat.

(Abg. Drexler SPD: Aber gegen das sind Sie doch!)

Ich sage es noch einmal: Nordrhein-Westfalen ist das Zünglein an der Waage dafür,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

wie diese Geschichte ausgeht.

Nun sage ich ganz offen und ehrlich, dass ein großer Teil der CDU-Fraktion große Sympathie für das Dosenpfand hat. Sonst wäre der Antrag gar nicht zustande gekommen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich brauche jetzt gar nicht mehr erzählen, warum; denn das hat mein Kollege Caroli in seiner Rede schon getan.

(Scheuermann)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

– Das ist doch klar. Er hat gesagt, was für das Dosenpfand spricht.

Ich habe es schon einmal gesagt: Wir werden unserem Antrag zustimmen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Nun, Herr Drexler und Herr Salomon, liegt es an denen, denen Sie näher stehen als wir,

(Abg. Drexler SPD: Nein! Sie stehen näher als wir! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ein Gerücht!)

wie diese Auseinandersetzung ausgeht und mit welchen Sanktionen wir die Unterschreitung der Mehrwegquote belegen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie kenne ich, aber den Clement kenne ich gar nicht!)

– Aber schauen wir jetzt einmal, wie stark Frau Höhn im Kabinett von Nordrhein-Westfalen ist oder ob es da so zugeht wie so oft bei den Grünen, dass sie sagen: „Wir hätten gern, aber wir konnten nicht.“ Ich weiß es nicht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Phalanx und die Schlachtordnung sind ganz einfach: Von Nordrhein-Westfalen hängt es ab, wie diese zugegebenermaßen sehr interessante und auch sehr wichtige Frage letztlich ausgeht. Wir sind darin einig, dass eines nicht passieren darf: Es darf nicht sein, dass die Folgerungen der Verpackungsverordnung ohne Änderung eintreten,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha! Sehr gut!)

was ja offensichtlich das letzte Druck- und Drohmittel des Umweltministers ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Göschel SPD: Warum setzen Sie nur auf die Grünen?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die 1991 in die Verpackungsverordnung aufgenommene Pfanddrohung bei zu geringer Mengenquote war damals richtig und Stand der Erkenntnis. Ich gebe ganz ehrlich zu: Wenn Sie mich vor drei Monaten gefragt hätten, dann hätte ich auch für das Dosenpfand plädiert, und zwar einfach aus dem Bauch heraus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Inzwischen bin ich aber für dieses Sachgebiet zuständig

(Heiterkeit)

und habe einmal meinen Verstand bemüht und die faktischen Zusammenhänge eruiert.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Und jetzt sagen Sie das einfach aus dem Kopf heraus!)

Ich habe ganz klar festgestellt, dass sich die Welt in diesen zehn Jahren bedeutend verändert hat und wir, bevor wir eine solche Regelung umsetzen, schon überlegen müssen, ob die Lösung überhaupt sachgerecht ist.

Zwei Annahmen sind es vor allem, die laut Umfragen auch bei einer Mehrheit der Bevölkerung zum Ja für das Einwegpfand führen: der Umweltaspekt und das Mittelstandsargument.

Beim Thema Umwelt hat Herr Kollege Dr. Caroli das, was diskutiert wird, schon richtig mit „Vermüllung der Landschaft“ beschrieben. Aber überlegen Sie einmal: Dass die Mehrwegflasche mit einem Pfand belegt ist, zeigt ihren Wert, das heißt, sie ist wert, zurückgegeben zu werden, weil sie umweltmäßig vorteilhaft ist. Ist denn dann in Zukunft die etwas teurere Dose wirklich noch mehr wert, oder ist es in Zukunft billiger, Flaschen wegzwerfen anstatt Dosen, weil darauf ja mehr Pfand ist? Die Gefahr, dass das Zwangspfand nur die Zusammensetzung des herumliegenden Mülls verändert, ist groß. Den Mehrwegumlauf wird ein Dosenpfand nicht stärken; denn schon heute können Sie feststellen – gehen Sie einmal über Schulhöfe, gehen Sie an Tankstellen –, dass Pfandflaschen und Dosen herumliegen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Dosen machen einen Anteil von 6 % am gesamten Müll in der Umwelt aus. Aber wenn man Flaschen wegwirft, gibt es auch noch Scherben. Amelie Lux ist nicht deshalb bei der „Kieler Woche“ ausgeschieden, weil sie vom Fahrrad gefallen ist, sondern weil sie dabei in eine Scherbe gestürzt ist und sich die Hand aufgeschnitten hat. Wenn keine Flasche weggeworfen worden wäre, hätte es keine Scherben gegeben.

(Anhaltende Unruhe)

Eines ist ganz klar – da sind wir uns einig –, aber das ist bedauerlich: Das Umweltbewusstsein ist in unserer Bevölkerung und insbesondere bei der Jugend drastisch gesunken. Deshalb gibt es nur eines: Wir müssen das Angebot der Industrie annehmen und diese 250 Millionen DM

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– und wenn die Mehrwegquoten unterschritten werden, gibt es ja auch noch Strafgeld – ganz klar für Informations- und Imagekampagnen verwenden, für innovative Müllbeseitigung und für die Verpackungsforschung. Warum sind unsere Bürger nicht mehr so umweltbewusst? Weil heute eben in der Öffentlichkeit nicht mehr so ganz klar ist und auch unter Fachleuten strittig diskutiert wird, ob nicht das Hin- und Herfahren der Pfandflaschen auf der Straße auch zur Umweltbelastung beiträgt.

(Abg. Walter GRÜNE: Darüber gibt es doch genügend Gutachten!)

(Heiderose Berroth)

Nun sorgt sich Herr Trittin ja plötzlich um den Mittelstand. Die kleineren Brauereien würden aber bald feststellen, dass Protektionismus hier wirklich nichts hilft. So viel Pfand kann man gar nicht verlangen, dass das helfen würde, und das Pfand bekommt man ja schließlich wieder zurück. Das heißt, für die preisbewusstesten Verbraucher ist nach wie vor die Dose wesentlich billiger, zumal die reine Lehre des Homo oeconomicus heute sowieso nicht mehr stimmt. Nein, der Mittelstand muss auf Qualität setzen – das wurde auch schon richtig angesprochen – und auf Regionalität.

Zum Beispiel Qualität: Milch wird glücklicherweise immer noch viel in Flaschen verkauft, weil sie daraus einfach besser schmeckt als aus dem umwelttechnisch neuerdings durchaus angesehenen Polyschlauch oder aus dem Karton.

Unser Bundesumweltminister macht eine ganz große Milchmännerrechnung auf, wenn er über die Reaktion auf die Proteste der Brauer die weit größere Gruppe des mittelständischen Einzelhandels und zum Beispiel die Tankstellen vergisst. Die Ausnahmeregelung für Betriebe mit unter 200 Quadratmetern ist eine echte Lachnummer. Mittelständische Betriebe haben eine gute Kundenbeziehung. Was glauben Sie, was geschieht, wenn die plötzlich sagen: „Diese Dose nehme ich nicht zurück, denn die hast du nicht bei mir gekauft!“?

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das Tankstellengewerbe hat mir ganz klar gesagt: Unseren Mehrweganteil haben wir in den letzten Jahren durch räumliche Vergrößerung erfolgreich auf 25 % erhöht. Zwei Rücknahmesysteme können wir auf unseren Flächen nicht unterbringen. Dann werden wir nur noch das Einwegsystem haben.

Das Gleiche gilt für die Einzelhändler. Die werden nicht mehr das teure und umständliche Mehrwegsystem praktizieren, sondern die werden einen Automaten aufstellen, der alles klein zusammenpresst. Der passt in eine Ecke, und dann muss man keine Kisten mehr schleppen. Dass die Supermärkte erst recht das Einwegsystem haben werden, ist klar. Das heißt, der nach wie vor schützenswerten Mehrwegverpackung wird ein echter Bärenservice erwiesen. Das Beispiel Schweden übrigens, das immer wieder angeführt wird, weist aus: In Schweden ist mit Pfand beim Bier der Dosenanteil bei 70 %, bei uns liegt der Dosenanteil beim Bier immer noch bei 30 %,

(Abg. Göschel SPD: Und wie hoch ist der Bieranteil in Schweden?)

und so gut, wie unser Bier aus Flaschen schmeckt, wird das auch so bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Fazit dieser Gesetzesfolgenabschätzung: Gewinner bei einer Einführung des Zwangspfandes wären weder die Umwelt noch der Mittelstand. Die einzigen Gewinner wären die Produzenten und Aufsteller der Rücknahmeautomaten; deren Aktien steigen derzeit auch ganz gewaltig. So viel zur rot-grünen Lobbypolitik, die wir nicht mittragen.

Verlierer sind letztlich die Verbraucher, die einmal mehr für Überregulierung und für Bürokratieaufbau zur Kasse gebeten werden, und Verlierer sind alle Bürgerinnen und Bürger durch die dann bei Umwelt und Mittelstand angeordneten Schäden.

Unser Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise ist im Koalitionsantrag dargestellt. Mein Tipp an die Opposition: Vergessen Sie Ihre Ideologie; denn, Herr Walter, Sie haben es ganz klar gesagt: Die Dose ist bequemer. Ja, glauben Sie, unsere Bürger lassen sich wegen eines Pfandes, das sie auch noch zurückbekommen, vergewaltigen? So dumm sind sie nicht. Vergessen Sie Ihre Ideologie! Stimmen Sie für unseren Antrag, wenn Ihnen die Sache des Mehrwegs wichtig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Da lacht selbst der Döring! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er hat nichts zu lachen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zusammenfassend möchte ich zu dem, was CDU und FDP/DVP vorgelegt haben, Folgendes sagen:

Erstens: Wenn 22 Milliarden Liter festgelegt werden, ist das nichts anderes als eine Absenkung der Quote von 72 % auf 66 %; denn Sie legen ja die Zahlen des Jahres 2000 zugrunde.

Zweitens: Wenn Sie 250 Millionen DM als Finanzierungsbeitrag festlegen, ist das nachsorgend statt vorsorgend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Drittens: Wenn Sie eine zusätzliche jährliche Strafzahlung ankündigen, ist das nichts anderes als eine leere Drohung; denn wer schon 1991 eine Mahnung und Drohung in die Welt gesetzt hat und davon wieder Abstand nimmt, ist nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Jetzt komme ich abschließend auf die Ideologie der Frau Berroth zu sprechen. Meine Damen und Herren, uns, den Roten und den Grünen, wird bei diesem Thema Ideologie vorgeworfen. Jetzt möchte ich aber einmal an das erinnern, was sich am 5. Dezember 1996 im Ausschuss für Umwelt und Verkehr des Landtags von Baden-Württemberg ereignet hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist aber schon lange her! – Abg. Drexler SPD: Sehr schön!)

Damals wurde ein Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP/DVP folgenden Inhalts – ich nenne nur zwei Punkte – behandelt:

... sich über den Bundesrat für eine beschleunigte Novellierung der Verpackungsverordnung einzusetzen;

(Dr. Caroli)

. . . eine Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen in Baden-Württemberg einzuführen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

(Abg. Walter GRÜNE: In Baden-Württemberg!)

– In Baden-Württemberg!

Begründung: Der stetige Rückgang der Mehrwegquote bei einzelnen Getränkearten wie z. B. beim Bier zeigt, dass die Mehrwegquote in der geltenden Verpackungsverordnung nicht ausreicht . . .

Ein weiterer Punkt:

Die bereits vorliegenden Ergebnisse von Ökobilanzen des Umweltbundesamtes zeigen eindeutig, dass Getränke in Mehrwegverpackungen deutlich ökologische Vorteile gegenüber Einwegverpackungen haben.

(Abg. Drexler SPD: Also jetzt, Frau Berroth!)

Jetzt verrate ich Ihnen, wie die Abstimmung ausgegangen ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wahrscheinlich einstimmig!)

Es gab zwei Enthaltungen

(Abg. Drexler SPD: Republikaner!)

oder Gegenstimmen; das geht hier nicht so genau hervor. Jedenfalls ist der Antrag mit einer klaren Mehrheit der Fraktionen beschlossen worden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben dazugelernt, Sie nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie haben es überhaupt nicht gewusst!)

Frau Berroth, das entspricht haargenau den Anträgen, die wir heute stellen. Sie haben dem bereits 1996 zugestimmt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja, aber wir sind lernfähig! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie haben das gar nicht gewusst!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Umweltminister Müller.

(Abg. Drexler SPD: Er ist auch eingeknickt! Er hat damals auch zugestimmt!)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Meine Stimme ist sehr lädiert. Deswegen muss ich leise sprechen. Ich hoffe, es wird dadurch eindringlich.

(Abg. Teßmer SPD: Es kann auch leise sein!)

Ich will kurz sprechen und hoffe, dass das dadurch klar wird. Ich muss auch mit einer gewissen Leidenschaftlosigkeit sprechen; das muss aber der Debatte nicht abträglich sein.

(Unruhe)

Worum geht es? Es geht für die einen um die Frage des Pfandes und für die anderen um die Frage des Mehrwegs. Was ist die eigentlich richtige Fragestellung? Das Pfand ist ein Instrument, der Mehrweganteil, die Mehrwegmenge ist das Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das heißt, wir müssen uns zunächst einmal darüber klar werden: Ist für uns das Pfand ein Selbstzweck oder ein Mittel zum Zweck? Wenn es ein Mittel zum Zweck ist, dann habe ich dieses Mittel daran zu messen, ob es geeignet ist und ob es Nebenwirkungen hat, die ich nicht haben will. Die zweite Frage, die ich zu beantworten habe, lautet ganz einfach: Gäbe es andere Mittel, um das eigentliche Ziel zu erreichen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! Jetzt ist es klar!)

Das ist die Fragestellung.

(Abg. Drexler SPD: 72 %!)

– Das eigentliche Ziel ist Mehrweg.

(Abg. Drexler SPD: 72 %!)

Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Das muss zunächst einmal klar sein. Wir können keine Instrumentendebatte führen, wenn wir eine Zieldebatte zu führen haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir haben zu klären: Wie erreichen wir das Ziel, in dem wir uns im Prinzip einig sind?

Jetzt mache ich eine kleine Einschränkung, die der Begriff „im Prinzip“ schon zeigt, nämlich: Drücken wir das Ziel in einer Menge aus oder in einer Quote?

Übrigens, diese unterschiedliche Fragestellung „Pfand oder Mehrweg – was ist hier die Frage?“ zeigt sich auch in den unterschiedlichen Anträgen von SPD und Grünen; die sind ja nicht identisch. Es ist interessant, dass die SPD im Prinzip etwas sagt, was unserer Position entspricht: sich nicht nur auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zu verlassen, sondern gegebenenfalls das Pfand zu installieren. Das ist übrigens genau die Position, die wir seitens einer Reihe unionsregierter Bundesländer entwickelt haben. Wir verlassen uns nicht darauf, aber wir versuchen es.

Witzigerweise sagt aber die SPD: „. . . um die 72 % zu erhalten.“ Das sagt Trittin nicht. Es ist das Eigenwillige, dass sich der Trittin'sche Vorschlag völlig von dem Ziel der 72 % löst.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das zum Selbstzweck macht!)

Es wird schlicht gestrichen. Und die Frage, ob es dann wirkt oder nicht, spielt im Unterschied zu unserem Vorschlag, auf den ich gleich zu sprechen komme, keine Rolle mehr.

(Abg. Drexler SPD: Das spielt auch keine Rolle!)

(Minister Müller)

Der Vorschlag der Grünen setzt schlicht daran, dass er sagt, wir sollten Trittin zustimmen. Okay, das ist in sich schlüssig. Aber ich weiß nicht, ob Ihnen seitens der SPD-Fraktion klar geworden ist, wie nahe Sie eigentlich an unserer Position sind – nur mit einem Unterschied: dass wir nicht sagen: „72 % als Quote“, sondern eine bestimmte Zahl als Menge. Auf diesen Unterschied komme ich gleich noch zu sprechen.

(Abg. Drexler SPD: Sie gehen runter vom Mehrweg!)

Wir müssen nur einmal festhalten: Der Vorschlag der Bundesregierung streicht die Schwelle – er streicht sie – und hofft auf die Wirksamkeit des Instrumentes Pfand. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, ist genau die Frage, die wir zu klären haben.

(Abg. Birzele SPD: Töpfer!)

Unser Ziel heißt – in wenigen Worten ausgedrückt –: Mehrweg ohne Pfand, wenn möglich, ohne Pfand, wenn nicht anders möglich, dann mit Pfand. Mehrweg ist die eigentliche Zielsetzung, die wir haben.

Ich glaube, dass wir uns in diesem Ziel einig sind. Das sind wir der Umwelt schuldig, das sind wir in der Tat dem Mittelstand schuldig, den mittelständischen Brauereien. Das sind wir auch unserer eigenen Glaubwürdigkeit schuldig.

Die Frage ist: Wie erreichen wir dieses Ziel?

Warum möglichst ohne Pfand? Das ist die Frage. Das ist keine Glaubensfrage, sondern eine Instrumentendebatte. Ich muss aber wissen, was das Ziel ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

Nun ist das Pfand als Druckmittel seit zehn Jahren wunderschön geeignet. Warum als Druckmittel? Weil das Pfand ein unbeliebtes, ein schwieriges, ein sperriges Instrument ist. Genau deswegen ist es als Druckmittel geeignet. Es ist ja nichts, was man gerne hätte, sondern es ist etwas, was man gerne vermeiden möchte. Deswegen hat man es als Instrument eingesetzt, um zu erreichen, dass möglichst die Mehrwegquote erhalten bleibt.

(Abg. Birzele SPD: Aber es hat nicht gewirkt!)

Also muss ich mir doch überlegen, wenn das Instrument seine Tücken und Nachteile hat – auf die ich gleich noch zu sprechen komme –: Vielleicht erreiche ich das Ziel auch ohne dieses Instrument.

Und interessanterweise hat genau in dem Maße, in dem der Termin sozusagen auf uns zukam, also die 72 % langsam unterschritten worden sind, die Debatte über die Alternativen zum Pfand begonnen: Gäbe es denn nichts Klügeres? Das ist ja eine absolut berechnete Frage, wenn ich weiß, dass ich es mit einem Druckmittel zu tun habe, das ich möglichst gar nicht einsetzen will.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja die Frage, ob es ein Druckmittel ist! – Abg. Drexler SPD: Ja, eben!)

Dann kam letztes Jahr die Diskussion – so viel nur einmal zu dem Thema Glaubwürdigkeit –, dass wir uns vielleicht doch auf eine Abgabe einigen könnten. In der Tat, das war meine Position im Sommer letzten Jahres, das war beispielsweise die Position der SPD-Bundestagsfraktion – Frau Caspers-Merk hat das zusammen mit mir bei einer Veranstaltung hier in Stuttgart vertreten –, das war die Position aller Wirtschaftsverbände mit Ausnahme von zweien, es war die Position des Bundesumweltministers, aber zwei – das waren der DIHT und der BDI – waren dagegen, und dann ist Herr Trittin eingeknickt. Das war die Situation.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch unglaublich!)

– Herr Walter, das ist peinlich für Sie. Das weiß ich. Aber es ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Trittin ist eingeknickt. Auch damals haben die mittelständischen Brauereien Baden-Württembergs gesagt, sie wollten die Abgabe und nicht das Pfand. Jetzt sage ich einmal: In dieser Debatte hat jeder von uns – ich auch, aber jeder, der hier sitzt, genauso – vor ein oder zwei Jahren schon einmal etwas anderes vertreten, als er heute vertritt. Auch die mittelständischen Brauereien haben etwas anderes vertreten,

(Abg. Birzele SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

auch Trittin hat etwas anderes vertreten, jeder.

(Abg. Drexler SPD: Wie kommen Sie denn auf diese Idee?)

Vor diesem Hintergrund haben wir in der Umweltministerkonferenz – – Jetzt komme ich zur Frage der mangelnden Glaubwürdigkeit. Wie Sie mich ansonsten qualifizieren, ist mir Wurscht. Ich habe mein eigenes Urteil über mich. Aber zu der Geschichte mit der Glaubwürdigkeit will ich doch etwas sagen.

Vor dem Hintergrund, dass Trittin nur wegen der Intervention zweier Verbände etwas abgelehnt hat, was alle anderen akzeptiert haben –

(Abg. Sieber CDU: Er auch!)

die Nahrungsmittelindustrie, der Handel, die Entsorgungswirtschaft, alle waren dabei, aber er hat es nicht gemacht –, standen wir vor der Frage: Was machen wir denn jetzt? Tabula rasa, wir haben überhaupt nichts mehr in der Hand. Da hat die Umweltministerkonferenz, mit meiner vollen Zustimmung, gesagt: Jetzt müssen wir uns leider doch wieder dem Pfand zuwenden. Ich habe damals in der Tat gesagt: Es muss aber eines ganz klar sein: Wir müssen die Wirkungen und Nebenwirkungen des Pfandes, vor allem die Lenkungswirkung des Pfandes unzweideutig zu klären versuchen. Wird das Pfand geeignet sein, und welche Nebenwirkungen wird es haben?

Seitdem hatten wir eine bestimmte Debatte und haben mittlerweile auch eine gewisse – –

(Minister Müller)

(Abg. Oettinger CDU unterhält sich, mit dem Rücken zum Redner stehend, mit Abg. Pfister FDP/DVP. – Abg. Birzele SPD: Herr Umweltminister, warum streckt Ihnen der Fraktionsvorsitzende der CDU den Rücken zu? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Weil er von ihm nichts Böses zu erwarten hat!)

– Das ist wahr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oettinger CDU: Ich suche die Mehrheit, Herr Minister!)

Jetzt haben wir Äußerungen zu der Frage bekommen: Wie ist es mit der Tauglichkeit des Pfandes? Herr Caroli, Sie haben zitiert. Ich habe nur ein einziges Zitat mitgebracht. Ich zitiere die Sätze, die Sie zitiert haben, aber auch die Sätze, die Sie nicht zitiert haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das Umweltbundesamt sagt:

Insgesamt hat das Pflichtpfand auf Einweggetränkeverpackungen das Potenzial für eine positive ökologische Lenkungswirkung.

Es ist also möglich; das möchte ich auch nicht bestreiten. Ich sage nicht, es wird mit hundertprozentiger Sicherheit kontraproduktiv sein. Ich kann aber auch nicht behaupten, dass es auf jeden Fall wirkt. Wenn ich eine solche weit reichende Entscheidung fälle, dann sollte ich ein besseres Gefühl für die Wirksamkeit dieses Instrumentes haben, als dass ich sage: Es hat das Potenzial dafür.

Es geht nämlich weiter:

Inwieweit dies

– also das Potenzial –

zum Tragen kommt, hängt von den Entscheidungen des Handels ab, die differenziert sein werden und teilweise nicht sicher kalkulierbar sind.

Das heißt also: kann sein, kann auch nicht sein. Das ist das Ergebnis des Umweltbundesamtes, das nichtsdestoweniger – dem stimme ich gerne zu – in der Abwägung sagt: Jetzt probieren wir es einmal. Einverstanden.

Aber wenn es um ein Instrument geht, das europarechtlich, kartellrechtlich, von der Praktikabilität her, von den Kosten her sehr aufwendig und sehr heikel ist, dann sollte ich eigentlich ein besseres Gefühl hinsichtlich der Wirksamkeit haben, von den Nebenwirkungen einmal abgesehen. Das muss ich zunächst einmal feststellen.

Die Umweltministerkonferenz sagte: Wir müssen uns leider, weil die Abgabengeschichte gescheitert ist, dem Thema Pfand zuwenden. Aber es muss tauglich sein, und es darf keine anderen Probleme haben. Die Tauglichkeit ist eine heikle Geschichte.

Was spricht im Übrigen gegen das Pfand? Warum vertreten wir die These „Mehrweg ja, aber wenn es geht, ohne Pfand“?

Wir vertreten sie erstens deswegen, weil, wie gesagt, damit möglicherweise schon der Zweck gar nicht erreicht wird.

Zweitens aber: Der Aufwand, den wir zu treiben haben – der Handlungsaufwand, der Investitionsaufwand, der laufende Aufwand, den speziell der Handel hat und übrigens auch der Bürger, sage ich nur nebenbei –, ist natürlich gewaltig.

Drittens: Ich habe ein gewaltiges Clearingproblem, weil die Dosen – oder was auch immer an Einwegverpackungen – unter Umständen an einer anderen Stelle gekauft werden als dort, wo sie zurückgegeben werden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist bei einem System, bei dem man einige Hundert Brauereien hat, kein Problem. Aber wenn man Zigtausende von Abgabestellen hat, ist die Problematik schon sehr viel größer.

Viertens: Ich habe ein Fälschungsproblem. Gehen Sie doch bitte davon aus, dass ein Produkt, das ungefähr einen Wert von, sagen wir einmal, 5 bis 7 Pfennig hat – das ist zum Beispiel die Dose –, aber mit einem Pfand von 50 Pfennig belegt ist, das heißt, dessen Pfandwert vielleicht beim Fünf- oder beim Zehnfachen des Warenwerts liegt – Es ist erstens schon einmal problematisch – das muss man schon sagen –, dass der Pfandwert ein x-faches des Warenwerts ausmacht. Aber dass dies auch zur Kriminalität anreizt, das kann man sich ja vorstellen. Wie man damit dann umgeht, weiß ich noch nicht.

Schließlich aber – das ist ja, glaube ich, eine der besonderen Tücken des Pfandes –:

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Dieses Instrument ist unumkehrbar. Jetzt könnte man sagen: Das ist nicht schlimm. Aber ein Instrument, das unumkehrbar ist, das man nur einmal einführen kann, beantwortet zwei Fragen nicht:

Erstens: Brauche ich das Instrument noch, wenn es wirksam gewesen ist? Dann schafft man es nicht mehr ab, obwohl es wirksam gewesen ist.

Zweitens: Man schafft es nicht mehr ab, auch wenn es unwirksam ist.

Das heißt, sowohl im Fall der Wirksamkeit als auch im Fall der Unwirksamkeit bekommt man das Instrument in dem Moment, in dem man dafür einmal Milliardeninvestitionen getätigt hat, nicht mehr weg.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Soll das jetzt kurz und klar sein?)

Ist das eigentlich ein geeignetes Instrument? Ich glaube, nein. Deswegen ist die Wirtschaft in weiten Teilen – ich kann sehr fein differenzieren – mit Ausnahme der mittelständischen Brauereien und des Getränkefachhandels – bis zur Stunde, sage ich einmal; darauf komme ich gleich noch zu sprechen – übereinstimmend der Auffassung, dass wir das Pfand vermeiden sollten.

(Minister Müller)

Jetzt sage ich einmal ganz konkret: Dazu zählt der Handel, dazu zählen mittlerweile die Mineralbrunnen in Baden-Württemberg. Sie standen noch bis vor einem halben Jahr in einer Allianz mit den Brauereien und setzen mittlerweile auf PET. PET ist ökologisch ein sehr interessantes Verpackungsmittel, PET-Mehrweg ohnehin. PET-Cycle wird wahrscheinlich der Trend in die Zukunft sein. Das alles fangen Sie damit gar nicht ein.

Herr Dr. Caroli, weil Sie vorhin so hübsch davon gesprochen haben: „Den Winzern droht das Pfand“, sage ich: Es würde bei dem alten Pfand drohen. Es ist interessant, dass Sie da den Begriff Pfand oder die Einführung des Pfandes als ein Problem sehen. In der Tat, das wäre ein Problem für die Winzer,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ein riesenproblem wäre das!)

aber nicht nur für die Winzer. Am Beispiel der Winzer sehen wir: Jeder scheut sich davor. Auch Herr Trittin hat sie ausgenommen, weil er keinen Ärger mit ihnen haben wollte. In der Logik seines Systems liegt das nicht. Ich kritisiere ihn dafür nicht. Ich möchte die Winzer auch freistellen. Nur: Daran zeigt sich die Tücke dieses Instruments.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die Winzer sind etwas anderes!)

Wenn wir feststellen, dass wir versuchen sollten, Pfand zu vermeiden, stellt sich die Frage: Was können wir als Alternative an dessen Stelle setzen? Wir sind die Einzigen, die überhaupt noch ein Mehrwegziel formulieren. Trittin tut es nicht mehr. Er hofft, dass sein Instrument wirkt. Wenn es nicht wirkt, haben wir alle miteinander Pech gehabt. Wir formulieren das Ziel. Wir formulieren es jetzt in Form einer Menge und nicht einer Quote.

Jetzt komme ich auf den Punkt zurück, von dem ich vorhin gesprochen habe.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Warum „Menge“? Weil die Mehrwegmenge gegenüber 1991 gestiegen ist. Nur die Quote ist gesunken. Warum? Weil mittlerweile andere Getränke in anderen Verpackungen hinzugekommen sind. Dabei war von vornherein nie an Mehrweg gedacht. Wenn man den gegenwärtigen Mengenanteil an Mehrweg etwa der mittelständischen Brauereien sicherstellen wollte, würde es genügen, sich am Status quo zu orientieren.

Es ist allerdings wahr – und deswegen besteht Handlungsbedarf –, dass in den letzten zwei, drei Jahren auch die Mehrwegmenge zu sinken begonnen hat, und deswegen brauchen wir eine Messlatte, die den Status quo sichert, und zwar als solchen. Wenn wir da in Absprache mit den anderen Bundesländern auf eine möglichst hohe Zahl kommen, dann soll es mir recht sein. Ich werde mich nie für eine niedrigere Menge einsetzen. Wenn das 22 oder 22,5 Milliarden Liter sind, bin ich sofort dafür zu haben; meinetwegen können es auch 23 sein. Das ist für mich überhaupt nicht das Thema. Da bin ich gespannt, was Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen uns noch sagen werden.

Im Übrigen: Wenn neben dem, was wir heute in Mehrwegverpackungen abfüllen, andere Getränke – Eistee, Softgetränke – nicht in Mehrwegverpackungen abgefüllt werden, dann ist das kein Schaden für das Mehrwegsystem, sondern wir müssen das Mehrwegsystem als solches sichern. Wir tun das.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war leider unklar!)

Damit ist die Messlatte formuliert. Das ist die Änderung gegenüber bisher – nicht Mehrwegquote, sondern Mehrwegmenge –, weil wir auf die Veränderungen am Getränkemarkt reagieren.

Jetzt komme ich zu den Sanktionen: Wir haben vier Sanktionen hintereinander; von zweien war noch gar nicht die Rede. Die ersten beiden Sanktionen, die wir vorschlagen, sind auch nicht von einer Zielverfehlung abhängig, sondern treten sofort ein.

Erstens: Wir wollen eine deutlich erhöhte Verwertungsquote. Das haben wir in den Bundesratsanträgen schon formuliert. Damit leisten wir natürlich auch einen Beitrag gegen das Littering-Problem und einen ökologischen Beitrag.

Zweitens: Wir erwarten von der Wirtschaft – ich schildere gleich noch, was ich mit dem Wort „erwarten“ bezüglich der Verbindlichkeit meine; wir erwarten nicht nur, sondern wir wollen das schriftlich haben –, dass sie zur Bekämpfung der Landschaftsvermüllung, zur Erforschung von Mehrweg und zur Werbung für Mehrweg pro Jahr 250 Millionen DM zur Verfügung stellt, und zwar nicht als Strafaktion, sondern vom ersten Jahr an.

Jetzt stellen Sie sich mal vor, was wir schon für Mehrwegkampagnen hatten, und da haben wir mal über 10 000 DM gesprochen. Wir sprechen jetzt über einen dreistelligen Millionenbetrag, den wir zur Verfügung haben, um einen höheren Mehrweganteil zu erreichen. Also, wir tun etwas gegen die Vermüllung der Landschaft und für die Erhöhung der Verwertungsquote.

Jetzt sage ich nur noch einmal nebenbei: Das Thema „Vermüllung der Landschaft“ spielt in dem Maße eine Rolle, in dem man gemerkt hat, dass das Pfand zur eigentlichen Zielsetzung, nämlich zur Mehrwegsicherung, möglicherweise nicht geeignet ist. Also bringt man ein neues Argument, nämlich die Vermüllung der Landschaft. Die zu vermeiden ist natürlich ein Pfand geeignet – das ist klar; kein Mensch wird Geld in der Landschaft herumliegen lassen –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

– keine Frage –, aber ob ich damit einen höheren Mehrweganteil bekomme, ist doch eine ganz andere Frage; aber das ist das eigentliche Ziel.

Dann sagen wir: Diese Mehrwegmenge, die wir festschreiben, muss die Wirtschaft gewährleisten. Tut sie es nicht, kommt eine weitere Etappe von Sanktionen: erstens eine Strafzahlung von 250 Millionen DM bei Unterschreitung der Menge um weniger als 1 Milliarde Liter, zweitens eine Strafzahlung von 500 Millionen DM bei Unterschreitung um mehr als 1 Milliarde Liter. Das ist – sehen Sie es mal so

(Minister Müller)

– eigentlich nichts anderes als eine privat erhobene Abgabe, eine Abgabe, die bei ungefähr 2,7 Milliarden Bierdosen, die es gibt, einen erheblichen Pfennigbetrag pro Dose ausmacht und die Kosten der Dose, wenn sie auf die Dose umgelegt würden, um mehrere zig Prozent erhöhen würde.

Dahinter steht – zum Schluss – auch für uns die Pfandpflicht. Wenn alles nichts mehr hilft, fällt auch mir leider nichts Besseres ein. Warum machen wir aber – scheinbar – diesen Umweg? Ich glaube, dass wir der Wirtschaft eine letzte Chance geben sollten, diesmal in einer Konstellation, wie sie zehn Jahre lang nicht vorgelegen hat,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

das ungeliebte Pfand zu vermeiden. Und wenn es dann kommt, dann ist es zwar immer noch falsch und problematisch, aber dann fällt auch mir nichts Besseres mehr ein.

Deswegen kann ich Ihnen jetzt sagen: Die Reaktion aus der Wirtschaft ist positiv – mit Ausnahme der beiden genannten Verbände. Ich kann es Ihnen ganz konkret sagen: Bezüglich dessen, was wir als öffentlich-rechtliche Vereinbarung – –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das versteht kein Mensch, wie Sie argumentieren!)

– Herr Salomon, jeder hat so seine begrenzten Aufnahmemöglichkeiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also, ich verstehe es! Ich habe es gut verstanden, Herr Minister! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Pfister glaubt, es verstehen zu haben! – Weitere Zurufe)

– Das ist der Unterschied zwischen den beiden Fraktionsvorsitzenden.

Jetzt machen wir eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wollen wir alle diese Punkte fixiert haben, und zwar mit den Zahlen. Damit sind die Dinge verbindlich. Wir haben die Zusage des Bundesverbands der Ernährungsindustrie und des Bundesverbands der Handelsverbände, dass sie diese Vereinbarung unterzeichnen werden. Das heißt, kein Hoffen und kein Glauben, sondern wir haben die Gewissheit, dass es zu dieser Vereinbarung kommt.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluss noch etwas zur politischen Bewertung sagen. Wir haben eine Vereinbarung unter den unionsregierten Ländern in der Überzeugung zustande gebracht, dass wir diesen Versuch der letzten Chance für die Wirtschaft wagen sollten. Wir haben nach einigem Hin und Her auch die Zustimmung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz dafür gewonnen. Es kommt jetzt in der Tat auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen an. Nun ist das Bundesland Nordrhein-Westfalen politisch gleich gefärbt wie die Bundesregierung. Es liegt in deren Hand, ob es diese letzte Chance jenseits des Pfandes geben wird. Wenn es nicht dazu kommt, werden wir in der Tat vermeiden müssen, dass die jetzige Regelung in Kraft tritt. In der Tat bin ich auch der Auffassung, das Pfand von Töpfer, um es einmal so zu sagen, ist schlechter als das, was Trittin entwickelt hat. Das will ich

überhaupt nicht bestreiten. Wenn wir vor der Alternative stehen – das hat der Kollege Scheuermann gesagt –, werden wir nichts anderes tun können, als das schlechtere Pfand gegen ein etwas besseres Pfand auszutauschen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Umgekehrt!)

Wenn wir es aber vermeiden können – Entschuldigung, wenn ich so sage –, zwischen Teufel und Beelzebub wählen zu müssen, und einen dritten Weg gehen können, sollten wir diesen Versuch im Interesse des Mehrweganteils, im Interesse einer Lösung, die versucht, das Ziel mit möglichst wenig Nebenwirkungen zu erreichen, unternehmen. Das ist unsere Position.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Minister, Sie sind ja bekannterweise als Umweltminister in erster Linie für die Umwelt zuständig. Sie haben sich jetzt aber in erster Linie den Kopf über die Getränkeindustrie zerbrochen. Sie sind aber auch für Müll zuständig. Da muss ich Sie jetzt einmal fragen: Es gibt doch außer dem Pfand überhaupt kein wirksames Instrument, um die Vermüllung der Landschaft zu verhindern. Sie als Umweltminister müssten sich doch schon aus diesem Grund zum Fürsprecher dieser Lösung machen. Sie können hier doch einfach eine Bewerbungsrede für das Wirtschaftsressort halten. Dafür sind Sie einfach nicht zuständig, sondern Sie sind der Umweltminister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wieser CDU: Das hat doch der Döring bestellt! – Abg. Schmiedel SPD: Was tun wir gegen die Vermüllung?)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Kretschmann, ich sage gerade als Umweltminister: An dem Ziel der Erhöhung des Mehrweganteils müssen wir festhalten. Wenn wir es schaffen, dieses Ziel mit einem anderen Instrument zu erreichen, wollen wir das versuchen. Wenn nicht, dann nicht. Das ist unsere Position.

Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Hätten Sie Ihrem eigenen Umweltminister Trittin beigebracht, dass er sich in dieser Frage vor einem Jahr durchgesetzt hätte, hätten wir die Debatte jetzt nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war jetzt kurz und klar!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache und kommen nun zur Behandlung der Anträge.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/33, abstimmen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung.

**Präsident Straub:** Es ist eine namentliche Abstimmung über den Antrag Drucksache 13/33 beantragt. Findet der Antrag die erforderliche Zustimmung? – Das ist der Fall.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Wer dem Antrag Drucksache 13/33 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnt, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Reichardt, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A.

(Auf der Zuhörertribüne wird ein Transparent mit der Aufschrift „Nur Flaschen trinken Dosen!“ entrollt. – Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

– Mir ist nicht ganz klar, warum man dazu klatschen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Reichardt, ich darf Sie bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und möchte die Anwesenden bitten, völlige Ruhe zu bewahren, weil man sonst die Antworten nicht wahrnehmen kann. – Bitte schön.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 122 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 69 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 53 Abgeordnete.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/33, ist damit mehrheitlich angenommen.

\*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleemann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stä-

chele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Christine Rudolf, Sakellariou, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

\*

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die beiden weiteren Anträge. Hierzu kann ich sagen, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/16, namentlich abzustimmen. Mit der Abstimmung über diesen Antrag wäre dann der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/15, erledigt.

Es ist wieder namentliche Abstimmung mit dem gleichen Vorgehen wie vorhin – Ja, Nein, „Enthaltung“ – beantragt. Der Namensaufruf erfolgt durch Frau Schriftführerin Schmidt-Kühner. Er beginnt mit dem Buchstaben B.

Ich möchte Sie nochmals bitten, sich während des Abstimmungsvorgangs sehr ruhig zu verhalten, weil sonst von den vier Stellen nicht wahrgenommen werden kann, was im Saal geantwortet wird. Ich darf Sie daher bitten, alle Gespräche im Saal einzustellen.

Bitte schön, Frau Schmidt-Kühner.

(Namensaufruf)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben 120 Abgeordnete teilgenommen.

Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt.  
3 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/16, ist damit mehrheitlich abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita

(Präsident Straub)

Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Christine Rudolf, Sakellariou, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosseschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

Der Stimme **e n t h a l t e n** haben sich:

Dr. Birk, Elke Brunnemer, Seimetz.

\*

Ich darf darauf hinweisen, dass die antragstellenden Fraktionen, die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD, übereingekommen sind, zu erklären, dass sich mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/15, erledigt hat, sodass wir zu keiner weiteren Abstimmung zu schreiten brauchen.

Der Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause bis 13:15 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:07 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:20 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

### **Fragestunde – Drucksache 13/24**

Wir kommen zunächst zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – Hochwasserschutz am südlichen Oberrhein

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Witzel, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie weit ist die Überprüfung einer Wehrlösung bei Rheinkilometer 207,2 als Alternative zur Auskiesung eines 90-Meter-Streifens am südlichen Oberrhein fortgeschritten, und wann kann mit einem Ergebnis gerechnet werden?
- b) Hält die Landesregierung im Bereich des südlichen Oberrheins am Integrierten Rheinprogramm fest, oder bevorzugt sie dort aufgrund neuerer Erkenntnisse eher die Wehrlösung?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Mappus, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zum Thema „Wehrhafte Demokratie“!)

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel wie folgt:

Die verwaltungsinterne Überprüfung eines Wehres bei Rheinkilometer 207,2 mit einem Rückhaltevolumen von über 50 Millionen Kubikmetern steht kurz vor dem Abschluss. Auch die parallel durchgeführte erneute Überprüfung der zu erwartenden Kosten der Tieferlegung des 90-Meter-Streifens kann in Kürze abgeschlossen werden. Diese wird von einem externen Gutachter vorgenommen, der im Einvernehmen mit dem Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e. V. ausgewählt wurde. Den räumlich betroffenen Kommunen zwischen Neuenburg und Schwanau, den eingeschalteten Landtagsabgeordneten und somit auch der Öffentlichkeit wird das Ergebnis am 19. Juli 2001 im Rahmen einer Gesprächsrunde vorgestellt und die Möglichkeit zur Diskussion darüber gegeben. Daher ist derzeit eine Aussage, welche Lösung sich als die bessere herausstellen wird, nicht möglich.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Staatssekretär, das Integrierte Rheinprogramm wurde im Konsens auf breiter Basis unter Berücksichtigung vieler Fakten beschlossen. Können Sie mir sagen, welche neuen Fakten im Rahmen der jetzt laufenden Untersuchung befördert wurden und somit Berücksichtigung finden konnten?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen derzeit nicht sagen, weil mir das Gutachten noch nicht vorliegt. Wie gesagt, am 19. Juli wird die Möglichkeit bestehen, alle diese Fakten ausgiebig zu diskutieren.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Staatssekretär, werden alle relevanten Gruppen, die sich mit diesem Thema befasst haben – Gemeinden, Bürgerinitiativen –, Gelegenheit bekommen, ihre Haltung zu dem Ergebnis der Untersuchung darzulegen, und in welcher Form soll dies geschehen?

**Staatssekretär Mappus:** Selbstverständlich. Deswegen habe ich ja auch gesagt, dass es „der Öffentlichkeit“ am 19. Juli 2001 vorgestellt werden wird und dabei selbstverständlich für alle interessierten Gruppierungen die Möglichkeit besteht, Stellung zu nehmen und die Ergebnisse gemeinsam mit unserem Haus, den Abgeordneten und allen, die dort vor Ort sind, ausgiebig zu diskutieren.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Laufendes Planfeststellungsverfahren B 31 im Bereich der Stadt Titisee-Neustadt und Fortsetzungsbereich

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Können die Lärmschutzmaßnahmen, die in der vorgenannten Planung Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens sind, über das jetzt in der Planung vorgesehene Ausbauende hinaus bis zum Ende der Bebauung des Ortsteils Neustadt (bis zur Höhe der Papierfabrik entlang der B 31) durchgeführt werden, um den Lärmschutz für den Stadtteil Neustadt insgesamt zu gewährleisten?
- b) Kann die Planung im laufenden Planfeststellungsverfahren dahin gehend ergänzt werden, dass das Gewerbegebiet Bildstöckle im Bereich der Stadt Titisee-Neustadt zur Entlastung des Verkehrs im innerstädtischen Straßennetz an die Bundesstraße 31 angeschlossen wird?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Mappus, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich diese Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Buchstabe a: Beim geplanten dreistreifigen Ausbau der B 31 im Bereich der Stadt Titisee-Neustadt ist ein entsprechender aktiver Lärmschutz als Lärmvorsorge für die angrenzende Bebauung vorgesehen. Diese Lärmschutzmaßnahmen sind in den Planfeststellungsunterlagen enthalten und werden nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses so von der Straßenbauverwaltung umgesetzt.

Weiter gehende Lärmschutzmaßnahmen an einem Streckenabschnitt der B 31, der derzeit nicht zum Ausbau vorgesehen ist, können im Zusammenhang mit dieser Baumaßnahme nicht durchgeführt werden, da für den Bund als Baulastträger der Straße hierfür keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Zu Buchstabe b: Das Neustädter Gewerbegebiet Bildstöckle ist bereits an das überörtliche klassifizierte Straßennetz in Form der L 156 angeschlossen, die wiederum mit der B 31 verbunden ist. Die B 31 weist im Bereich Titisee-

Neustadt im Abstand von rund drei Kilometern zwei Anschlussstellen des nachgeordneten Straßennetzes auf. Der jetzt in diesem Bereich vorgesehene dreistreifige Ausbau der B 31 lässt weitere Anschlüsse an die Umgehungsstraße aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Streckencharakteristik der überregionalen Straßenverbindungen nicht zu. Die Straßenbauverwaltung hat daher eine solche Forderung der Stadt Titisee-Neustadt bereits im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens abgelehnt.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Ist bekannt, wann das Planfeststellungsverfahren vom gegenwärtigen Bauende bis zur Talbrücke im Zuge der B 31 fortgesetzt wird bzw. wann für diesen Bereich ein neues Planfeststellungsverfahren auf den Weg gebracht wird? Schlägt dies die Landesregierung für den Bundesverkehrswegeplan vor?

**Staatssekretär Mappus:** Nach meinem Wissen steht ein genauer Termin nicht fest. Aber wir werden selbstverständlich versuchen – wie in allen anderen Fällen auch –, die Planung so schnell wie möglich fortzuschreiben und voranzubringen. Wir wären aber auch dankbar, wenn uns aus dem politischen Raum nicht regelmäßig vorgeworfen würde, wir würden Planung für die Schublade betreiben, sondern wenn diese Planungen vor Ort auch entsprechend unterstützt würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist der vorgezogene Tagesordnungspunkt 11 – Fragestunde – abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Aktuelle Debatte – Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg durch unzureichende politische Weichenstellungen der Bundesregierung – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Ich mache darauf aufmerksam, dass nach der Geschäftsordnung für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Beiträge in der zweiten Runde eine Redezeit von jeweils fünf Minuten gilt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Hofer, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion hat angesichts der nicht abreißenden Kette von negativen Konjunkturmeldungen diese Aktuelle Debatte aus Sorge um den Konjunkturverlauf beantragt. Der Ministerpräsident hat das Thema gestern aufgegriffen und eingehende Ausführungen gemacht. Es ist kein Fehler, wenn wir das heute wiederholen.

(Zuruf von der SPD: Es gibt nichts Neues!)

Denn zur Sorge um den Konjunkturverlauf kommt die Feststellung hinzu, dass die Bundesregierung eigentlich überhaupt nichts tut, um gegenzusteuern. Ja, sie ist offenbar nicht einmal bereit, das Ausmaß oder die Situation überhaupt wahrzunehmen.

(Hofer)

Der Bundeskanzler übt sich, wie so häufig bei schlechten Nachrichten, in Gelassenheit. Man kann auch besser sagen: Er taucht ab,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

obwohl er angesichts der Schwierigkeiten für unseren Wirtschaftsstandort eigentlich präsent sein müsste.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das wurde uns 16 Jahre lang vorgelebt! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Im Übrigen ist das ja wohl – das wurde auch schon gesagt – mit sein Abschwung, nachdem er in der Vergangenheit ja jede kleine Verbesserung der Konjunktur exklusiv für sich vermarktet hat.

Bundeswirtschaftsminister Müller bezeichnet die vereinten Wirtschaftsinstitute, die Wirtschaftsweisen, die Chefvolkswirte der Banken als unseriös – das ist bemerkenswert – und sagt, man könne die Konjunktur auch kaputtreden, als sei das alles ein Phantom, von böswilligen Pessimisten herbeigeredet. Dabei hat die Regierung die Wachstumsprognose selbst von 2,7 auf 2,0 % reduziert. Ich nehme jede Wette an, dass sie sie noch weiter reduzieren wird – das ist nicht erfreulich, aber unumgänglich –, und zwar auf die Linie der Institute, die so zwischen 1,3 und 1,7 % liegt.

Die regelmäßigen Umfragen der Industrie- und Handelskammern zeigen sehr branchendifferenziert – und die desaströse Lage der Bauwirtschaft muss man einmal völlig außen vor lassen –, dass an sich die wichtigen Konjunkturindikationen – Geschäftsklima, Auftragseingang, Produktion – noch einigermaßen in Ordnung sind, aber es wird sehr deutlich ausgeführt, dass es erste Investitions- und Nachfrageschwächen gibt, die sich sehr deutlich zeigen.

Vor allem aber ist es die derzeitige Teuerungsrate von 3,1 %, die sich verheerend auf die Kaufkraft und auf die Konjunktur auswirkt. Wir haben das ja jetzt zum ersten Mal seit sieben oder acht Jahren wieder erlebt. Nicht nur die Konjunkturschwäche sondern auch die Teuerungsrate – und das ist das Besondere – sind zu einem Teil hausgemacht. Nach Expertenmeinung – und das müssen Sie sich einfach entgegenhalten lassen – ist der Anteil der Ökosteuer an der Inflationsrate zwischen 0,4 und 0,5 Prozentpunkten anzusetzen, und es wird zweimal zugegriffen: Den Leuten wird das Geld durch gestiegene Energiepreise aus der Tasche genommen, und gleichzeitig lässt durch die Teuerungsrate die Kaufkraft nach.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! Einfach Blödsinn! Durchlaufender Posten!)

Im Übrigen hat der Bundesbankpräsident letzte Woche auch ausgeführt, dass auch die Euroschwäche mit zur Inflation beiträgt, und daran ist die Bundesregierung mit schuld. Auf dem EU-Gipfel in Göteborg haben die Regierungschefs unserer Bundesregierung ganz unmissverständlich vorgehalten, dass wir eine schlechte Wirtschafts- und Finanzpolitik haben. Von wegen Lokomotive; man kann nur sagen: lahme Ente. Wir sind ganz am Schluss der Wachstumsraten. Wir haben selber einen Anteil an der Wachstumskrise.

Wären da nicht die guten Strukturdaten von Baden-Württemberg, ja die der ganzen Liga Süd, dieser Champions League auch in Sachen Konjunkturdaten,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

dann wäre das Ranking der Bundesrepublik nun wirklich ganz miserabel. Deshalb muss man hier in Baden-Württemberg die Stimme erheben. Wir fordern aber kein Konjunkturprogramm – das wäre nur Strohfeuer –, sondern wir fordern, so wie es unsere Konkurrenten in den USA, in den Niederlanden und in Italien tun, dass die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft insbesondere auch in steuerlicher Hinsicht verbessert werden, und wir wollen, dass hier für die Wirtschaft mehr getan wird und alles wieder aufgehoben wird, was in der letzten Zeit gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts getan wurde. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen können, aber bei all dem, was die Bundesregierung da in der letzten Zeit zusammengebracht hat, wird es höchste Zeit, unverzüglich mit der Entgiftung zu beginnen und mehr auf die Wirtschaft und die Betriebe zu schauen, als auf die Gewerkschaften zu hören.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Auf beide Möglichkeiten, was zu tun ist, werde ich nachher noch im Einzelnen eingehen. Ich darf an dieser Stelle aber noch sagen: Es wird sicherlich notwendig sein, unseren Betrieben, unserer Wirtschaft wieder etwas mehr Luft zum Atmen zu geben,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

und es ist – lassen Sie mich das abschließend sagen – dringender Handlungsbedarf für die Bundesregierung gegeben, wenn sich die derzeitige Konjunkturstagnation eben nicht in eine Stagflation oder gar in eine Rezession umwandeln soll. Wir brauchen einen Bundeskanzler, der sich auch bei schlechtem Wetter zeigt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem, was Kollege Hofer ausgeführt hat, anschließen: dass uns die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in Baden-Württemberg auch im kommenden Jahr nachhaltig beschäftigen wird, und zwar aufgrund der Konjunkturlaute und aufgrund der unzureichenden Schritte seitens der Bundesregierung zur Stabilisierung der Konjunktur.

Ich möchte eingangs feststellen, dass wir mittlerweile in einem deutlichen Konjunkturabschwung sind. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Sachverständigenrat noch im November 2000 von einem Wachstum von 2,8 % gesprochen hat, der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von 2,75 %, das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute noch von 2,1 % und wir mittlerweile vor ernüchternde Zahlen gestellt worden sind: Das Ifo-Institut

(Dr. Birk)

für Wirtschaftsforschung hat dieser Tage festgestellt: 1,3 % Wirtschaftswachstum. Von Monat zu Monat trübt sich die Konjunktur mehr ein.

(Abg. Fischer SPD: Aber in ganz Europa!)

Das Verwerfliche an dieser Situation sind vor allem auch die schlechten restlichen Wirtschaftsbedingungen: Neben einem sinkenden Wirtschaftswachstum steigt die Inflationsrate von Monat zu Monat. Das macht unserer Wirtschaft, aber auch den vielen Verbrauchern das Leben schwer.

Schröder und die Bundesregierung sind derzeit nicht bereit, entsprechende Schritte einzuleiten. Schröder spricht von einer Politik der ruhigen Hand. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Politik des Abwartens, um eine Politik der Untätigkeit, um eine Politik der falschen Signale.

Ich möchte daran erinnern, dass die Ökosteuern bereits sehr hoch ist. Die nächste Stufe der Ökosteuern soll zum 1. Januar 2002 beschlossen sein, und mit weiteren sechs Pfennig wird sie natürlich auch dafür sorgen, dass die Preissteigerungsrate vorangetrieben wird.

Es gibt eine unzureichende steuerliche Entlastung für die Bürger. Deshalb auch der Vorschlag seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Steuerreform 2003/2005 bereits auf das Jahr 2002 vorzuziehen.

Natürlich haben wir auch eine eklatante Benachteiligung vor allem der baden-württembergischen Wirtschaft, des Mittelstands hier, etwa durch die Verlängerung der Abschreibungsfristen. Wenn man einmal anschaut, wie viel Investitionsgüterindustrie, Anlagen- und Maschinenbauindustrie wir haben, stellt man fest, dass dies ein fatales Zeichen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist. Wir bitten Sie, die SPD und die Grünen, dringend, auf der Bundesebene Ihren Einfluss geltend zu machen, damit dies zurückgenommen wird. Ob Sie Einfluss haben, werden Sie in den verbleibenden Monaten noch zeigen können.

Wir möchten Sie aber vor allem auch nicht aus der Verantwortung entlassen. 1998, 1999, 2000 haben Sie den Aufschwung unter Schröder für sich reklamiert.

(Abg. Schmiedel SPD: Mit Recht!)

Mittlerweile gibt es einen beträchtlichen Abschwung. Deshalb dürfen wir Sie hier nicht aus der Pflicht entlassen und müssen Ihnen immer wieder vormachen und sagen, welche Hausaufgaben Sie zu erfüllen haben.

Im Übrigen ist jetzt schon augenfällig, dass Schröder sein Ziel nicht erreichen wird, die Arbeitslosenquote deutlich zu senken, nämlich auf 3,5 Millionen Arbeitslose bis zur Bundestagswahl im Jahr 2002. Denn alle renommierten Wirtschaftsforschungsinstitute sagen, dass die Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr bei 3,7 Millionen stagnieren werden.

Jetzt kommt noch hinzu, dass wir in den nächsten Monaten schwierige Tarifverhandlungen zu erwarten haben. Bei einer Preissteigerungsrate von 3,1 % haben wir sehr wohl Verständnis dafür, dass die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer,

(Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

darunter die Angestellten, natürlich mindestens einen Inflationsausgleich fordern. Aber was dies für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutet,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ein Geheuchel!)

ist auch klar. Es werden weitere Arbeitsplätze abgebaut. Es werden weitere Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Es wird nichts zur nachhaltigen Stützung der Konjunktur hier getan,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr auf der Seite der Gewerkschaften!)

sondern wir werden weiterhin einen wirtschaftlichen Abschwung erleben und werden in diese Spirale nach unten noch stärker eintreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sagen den Gewerkschaften, sie sollen einmal richtig zulangen!)

Wir von der CDU/CSU im Deutschen Bundestag haben ein Konzept dazu vorgelegt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist das Konjunkturprogramm für Merkel!)

Wir warten bis zum heutigen Tag auf das Konzept von Ihnen.

Ein letzter Punkt, den ich auch noch ansprechen möchte: Sie, Herr Kollege Salomon, haben ja auch immer davon gesprochen, dass die Binnennachfrage angekurbelt werden muss. Dazu muss man die Lohnnebenkosten senken. Die Lohnnebenkosten wurden teilweise stabilisiert – das möchten wir ausdrücklich feststellen –, aber wir befinden uns zurzeit wieder in einer deutlichen Steigerung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie wurden gesenkt, Herr Kollege!)

Die Krankenkassenbeiträge werden in den nächsten Monaten steigen. Es ist noch sehr fraglich, ob der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden kann und nicht wieder steigen muss. Auch bei der Rentenversicherung hat Riester bislang sein Versprechen, die Rentenversicherungsbeiträge zu senken, nicht erfüllen können. Wir hängen hier nach wie vor bei 19,1 %. Unter die 19 % werden wir nicht kommen. Sie haben somit Ihr Ziel in der Gestaltung der Lohnnebenkosten und in der Steuerpolitik verfehlt. Ich werde gegebenenfalls später noch im Einzelnen darauf eingehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nächstes Jahr, heißt das!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung beurteilen will, muss man zunächst einmal danach fragen, von welcher Plattform diese neue Regierung gestartet ist. Die Plattform bestand zu-

(Schmiedel)

nächst einmal darin, dass Sie, als Sie im Oktober 1998 abgewählt worden sind, Folgendes hinterlassen haben:

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber auch schon drei Jahre her!)

die höchste Staatsverschuldung der Bundesrepublik, die höchste Arbeitslosenrate in der Bundesrepublik,

(Abg. Hauk CDU: Und die deutsche Einheit!)

ungelöste Probleme in der Krankenversicherung, kein Konzept für die Rentenversicherung

(Abg. Hauk CDU: Das ist ja nicht wahr!)

und eine Steuer- und Abgabenlast, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern so wenig vom Bruttolohn übrig gelassen hat wie noch nie in der Republik. Das war die Ausgangslage.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Schmiedel war schon immer ein Ewiggestriger!)

Wenn man sich jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Spekulationen darüber beschäftigt, wie es denn im zweiten Halbjahr 2001 weitergeht, muss man erst einmal das zur Kenntnis nehmen, was an Daten gesichert vorhanden ist, und das ist das abgeschlossene Jahr 2000. Da verzeichnen wir einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3 %. Das ist mehr als in all den Jahren zuvor unter Kohl.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schönfärberei! Kommen Sie doch in die Aktualität!)

Wir haben einen Abbau der Arbeitslosigkeit um 500 000 Arbeitslose und 1 Million neue Arbeitsplätze. Wir haben mit der Steuerreform dafür gesorgt, dass die Menschen netto wieder mehr übrig haben.

(Zuruf von der CDU: Wie viel haben sie übrig?)

Jetzt kommt die aufgeregte Diskussion, die Sie entfachen, weil Sie sich auf Momentaufnahmen berufen und weil Sie, seit Sie in Berlin abgewählt sind, verliebt in Schwarzmalerei, Pessimismus und Untergang sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Quatsch! Das bringt uns doch gar nichts! Schwarz ist schön, aber Schwarzmalerei wollen wir nicht! – Minister Dr. Döring: Also, so ein Quatsch! So ein Unfug!)

Dass ein Kampfesredner, ein junger Nachwuchspolitiker der CDU so vom Leder zieht, kann ich ja noch verstehen. Aber dass Sie, Herr Döring, als Wirtschaftsminister in dieses Lied mit einstimmen – –

(Minister Dr. Döring: Ich habe ja noch gar nichts gesagt!)

– Sie haben gestern aber applaudiert, als Ihr Ministerpräsident dasselbe gesagt hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter.

Herr Minister, bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank. Sie haben die Gelegenheit, sich auf Ihren Abgeordnetenplatz zu begeben.

Bitte schön, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ein echter Birzele! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE zu Minister Dr. Döring: Hier hinsetzen!)

**Abg. Schmiedel SPD:** Da haben Sie applaudiert, und der Ministerpräsident hat Sie immer als Kronzeugen mit ins Feld geführt und gesagt: So eine Politik wie Ihre müsste man machen, dann würde man auch vom baden-württembergischen Wähler belohnt. Welches Wahlergebnis er da gemeint hat, kann ich natürlich nicht nachvollziehen, denn auch Sie sind ja auch ziemlich reduziert aus der Landtagswahl hervorgegangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber hallo! Jetzt übertreiben Sie mal nicht so! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist saunugerecht!)

Jetzt zur aktuellen Lage: Nach diesem wirtschaftlichen Anstieg im Jahr 2000, der übrigens nicht nur stärker war als in den Jahren zuvor, sondern auch deutlich stärker, als es alle Prognosen im Frühjahr 2000 angekündigt hatten, ist es völlig normal, dass es zu einer Abschwächung, zu einer Konsolidierung kommt. Von diesem hohen Niveau auf 1,5 % oder 1,7 % Wachstum herunterzukommen ist überhaupt kein Anlass zur Sorge und zum Pessimismus,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also: „Weiter so!“?)

und so zu tun, als stünden wir vor einer Rezession, heißt ja geradezu, die Geister herbeizurufen, die man angeblich bekämpfen will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Sprechen Sie doch mal mit den Unternehmen! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jawohl! Das ist Beihilfe zur Rezession!)

Unternehmer, die sich auf eine Rezession einstellen, weil Sie so viel von Rezession reden, werden ihrer Aufgabe nicht gerecht. Deshalb sage ich, Herr Wirtschaftsminister: Orientieren Sie sich bei dem, was Sie nachher sagen, an den Fakten.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wollt ihr jetzt Beihilfe zur Rezession leisten?)

Wenn Sie mir jetzt nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht Ihrem eigenen Statistischen Landesamt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Den Wirtschaftsinstituten! Allen Fachleuten!)

Ein Ausdruck von gestern:

Nach voraussichtlich 3 % im zweiten Quartal dürfte es

– das Wachstum der Südwestwirtschaft –

(Schmiedel)

im zweiten Halbjahr die 2-%-Marke kaum noch übersteigen. Trotz Abkühlung ist jedoch ein Wachstum zu erwarten, das vor 1998

– zu Zeiten Kohls und Ihrer Regierung –

selbst in konjunkturellen Hochphasen nicht erzielt wurde. Die Hoffnungen gründen im Wesentlichen auf dem privaten Konsum. Weil sich der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr vermutlich verlangsamen wird, sollten die vom Rentenanstieg

– die positive Rentenpolitik der Bundesregierung! –

(Abg. Dr. Birk CDU: Oje! Rentenbetrug! Rentenlüge! – Abg. Fleischer CDU: Doppelter Rentenbetrug! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Weitere Zurufe von der CDU)

und von der Steuerreform 2000

– die Steuerreform der grün-roten Koalition –

ausgehenden Kaufkraftimpulse die Konjunktur wirksam stützen können.

Wir sind auch als Opposition froh – das unterscheidet uns von Ihnen als Opposition im Bund –, und wir unterstreichen das, dass wir eine gute Konjunktur in Baden-Württemberg haben. Aber wir sind auch nicht überheblich, Herr Minister. Wenn Sie schon wieder die Schultern spielen lassen, noch eine Zahl vom Statistischen Landesamt: Wenn man als Basisjahr 1991 nimmt und dafür 100 ansetzt, dann hat sich in den alten Bundesländern mit Ausnahme von Berlin das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2000 um 30 % erhöht – exakt der Wert Baden-Württembergs. Wenn wir uns jetzt darüber freuen, dass wir zum Ende der Neunzigerjahre, im Jahr 2000 und auch in diesem Jahr gute Daten haben, die besser sind als im Rest der Republik, dann sollten wir nicht vergessen, dass wir zu Beginn der Neunzigerjahre Daten hatten, die schlechter waren. Unser Abschwung war stärker, unser Aufschwung ist jetzt stärker. Wir begrüßen das. Wir tragen unseren Teil dazu bei,

(Abg. Fleischer CDU: Wo?)

insbesondere im Rahmen der Bundespolitik, und fordern Sie auf, . . .

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Schmiedel SPD:** . . . die Lage nicht schlechter zu reden, als sie ist. Sie ist ordentlich, und sie wird besser.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Glauben Sie das wirklich, was Sie sagen?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die FDP/DVP hat diese Debatte betitelt:

„Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg durch unzureichende politische Weichenstellungen der Bundesregierung“.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war sehr vorsichtig formuliert, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren und insbesondere Herr Pfister, dieser Titel ist in doppeltem Sinne irreführend.

(Abg. Zeller SPD: Verräterisch! – Abg. Pfister FDP/DVP: Der war vorsichtig formuliert!)

Das geben Sie ja durch Ihr Lachen auch zu. Denn erstens: Wir haben zwar eine kleine Konjunkturdelle, und das Wachstum lässt etwas nach.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Wirtschaftsminister Müller in Berlin spricht von Nullwachstum! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da hat er die FDP gemeint!)

– Herr Pfister, lassen Sie mich ausreden. – Wer in einer solchen Situation pauschal von einer Gefährdung des Wirtschaftsstandorts und insbesondere des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg redet, der handelt grob fahrlässig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn Wirtschaft, meine Damen und Herren, ist ja auch zum großen Teil Psychologie.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben deshalb! – Abg. Dr. Birk CDU: Gerade eben deshalb!)

Wer jetzt in einer Situation, in der das Wachstum um 1 % sinkt, gleich von der Gefährdung des Standorts als solchem redet, Herr Pfister,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Totengräber!)

der geht doch an der Wirklichkeit vorbei.

(Abg. Dr. Birk CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Und zum Zweiten, damit Sie Ihre Fragen gleich gebündelt stellen können:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er kann sie sich nicht so lange merken! – Abg. Pfister FDP/DVP: Die ist schon wieder weg!)

In Ihrer Überschrift taucht als Begründung allein die unzureichende Weichenstellung der Bundesregierung auf. Ich schlage das heutige „Handelsblatt“ auf. Was steht da? Es ist ein europaweiter Trend. Titel: „Wachstum in vielen Euroländern schwächer“. Die Ursachen sind klar aufgezählt:

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind halt Schlusslicht in Europa!)

höhere Ölpreise, Preissteigerungen durch die Tierseuchen – das bleibt auch nicht ewig –, Euro-Abwertung und US-Konjunkturschwäche. Das müssen wir doch einmal sehen. Daher können wir nicht sagen: Alles ist Schuld der Bundesregierung. – So weit zu Ihrem Titel.

(Dr. Witzel)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Aber vieles!)

Jetzt wollen wir mal zu den Sachpunkten kommen.

Erstens: Konjunkturschwäche. Was tut die Bundesregierung, um den privaten Konsum anzukurbeln? Die Bundesregierung hat eine Steuerreform auf den Weg gebracht, die derzeit eine Entlastung von 45 Milliarden DM bringt. Diese Entlastung wird in festen Stufen gesteigert, klar und berechenbar, bis zum Jahr 2005 auf fast 100 Milliarden DM. Das schafft Nachfrage hier in der Bundesrepublik.

(Abg. Dr. Birk CDU: Gleichzeitig werden die Lohnnebenkosten ganz massiv erhöht! Von einer Tasche in die andere!)

Die Wirtschaft legt Wert auf klare Rahmenbedingungen. Die Wirtschaft will ja nicht heute dies und morgen das, sondern sie will klare Kalkulationsgrundlagen haben. Herr Birk, vor einem Jahr wurde noch davor gewarnt, diese Steuerreform würde die Konjunktur überhitzen.

(Abg. Wieser CDU: Oh, wer hat denn das gesagt?  
– Abg. Dr. Birk CDU: Von uns wurde das nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Zeller SPD: Das war der Wieser!)

Jetzt sagen Sie: Zieht die nächste Stufe der Steuerreform vor! Wir brauchen klare Aussagen, und da tut die Bundesregierung genau das Richtige.

Ein zweiter Punkt. Ein Lieblingsthema der CDU ist ja: Die Ökosteuer ist an allem schuld.

(Abg. Dr. Birk CDU: Nicht nur, aber auch! – Abg. Fleischer CDU: An vielem schuld!)

Herr Hofer bringt das genial auf den doppelt negativen Effekt: Ich muss eine Mark für die Ökosteuer zahlen – das ist das erste Gegenargument –, und diese Mark fehlt mir an einer anderen Stelle; das ist das zweite Gegenargument. Das, Herr Hofer, ist ein schlichter Taschenspielertrick. Sie verschweigen zudem noch, dass Sie auf der anderen Seite über die Rente bzw. durch Senkung der Lohnnebenkosten ja eine Mark zurückbekommen. Das heißt, auf der einen Seite geht es raus, auf der anderen Seite kommt es wieder rein.

(Abg. Dr. Birk CDU: Eben nicht! – Abg. Wieser CDU: Das wird von der Krankenkasse kassiert! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind bei über 40 %!)

Makroökonomisch ist das ein Nullsummenspiel. Dafür können Sie nun diese Konjunkturdelle wirklich nicht verantwortlich machen.

Sehen wir jetzt ab von diesen ganzen Zahlenspielen. Es war Herr Schäuble – damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –, der 1997 noch gesagt hat:

Der Einsatz des Faktors Arbeit muss durch eine Senkung der Lohnzusatzkosten relativ verbilligt werden, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch eine schrittweise Anhebung der Energiepreise relativ verteuert werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Geschenk! Stimmt so nicht!)

Beides muss zu einer aufkommensneutralen Lösung intelligent verbunden werden. So lautet die Aufgabe.

Herr Schäuble 1997.

(Abg. Fleischer CDU: Und was habt ihr daraus gemacht? – Zurufe der Abg. Wieser und Dr. Carmina Brenner CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Genau diese Aufgabe hat die Bundesregierung umgesetzt. Sie hat die ökologischen Bedingungen –

(Abg. Fleischer CDU: Da ist doch nichts neutral bei euch! Das kommt, wenn ein Lehrereconomicsprecher wird! – Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, etwas ruhiger zu sein, damit der Redner verstanden werden kann. Das gilt insbesondere auch für die eigene Fraktion.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Die Bundesregierung hat gemäß dem Votum von Herrn Schäuble und gemäß vielen anderen Voten die ökologische Steuerreform auf den Weg gebracht und Rahmenbedingungen gesetzt, die das ökologische Wirtschaften begünstigen. Das wird in Zukunft gerade auch hier in Deutschland und in Baden-Württemberg immer wichtiger werden; denn die EU-Osterweiterung zum Beispiel wird zur Folge haben, dass Umweltinvestitionen in Höhe von 120 bis 150 Milliarden DM erforderlich werden. Davon kann auch die deutsche Industrie profitieren.

Auch in diesem wichtigen Zukunftsmarkt des ökologischen Wirtschaftens hat die Bundesregierung wichtige Weichen gestellt. Das ist jetzt zwar nicht unter Steuergesichtspunkten zu sehen, aber das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das am 1. April des letzten Jahres in Kraft getreten ist, hat eine beispiellose Erfolgsgeschichte hingelegt. Zum Beispiel sind im Bereich der Windenergien in diesem einen Jahr 4 Milliarden DM investiert worden, und im Bereich der erneuerbaren Energien insgesamt sind seit 1998 rund 20 000 neue Jobs entstanden. Die Zahl der dort Beschäftigten ist von 30 000 auf 50 000 gestiegen. Das ist doch nicht nichts, Herr Fleischer. Das ist ein wichtiger Erfolg.

Auch das Altbausanierungsprogramm, das die Bundesregierung Anfang dieses Jahres aufgelegt hat, bringt 2 Milliarden DM, verteilt auf fünf Jahre. Das hilft gerade der Not leidenden Bauindustrie. Da tut die Bundesregierung etwas, was ökologisch sinnvoll ist und was dem Arbeitsmarkt hilft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Jetzt reden Sie einmal über Wachstum und Inflation! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Fleischer, ich rede nicht über pauschale Zahlen, sondern ich rede über konkrete Politik.

(Abg. Fleischer CDU: Ja, ja! Und die Ergebnisse sehen wir jetzt!)

(Dr. Witzel)

Da hat die Bundesregierung die richtigen Weichen gestellt. Sie gefährdet damit nicht den Wirtschaftsstandort, sondern sie stärkt das ökologische Wirtschaften und damit die Zukunftschancen dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

(Zuruf von der SPD: Jetzt!)

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren: Immer, wenn Rot-Grün nicht weiter weiß, dann kommt die alte „Tante Erblast“. Daran werden wir uns noch eine Weile gewöhnen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Sie muss auch noch herhalten, wenn sie längst gestorben ist. Immer, wenn sie mit der Erblast kommen, wissen sie nicht weiter.

(Abg. Fischer SPD: Und Sie mit der Ökosteuer!)

Das muss man sich immer merken.

Ich habe Ihnen gesagt, ich wollte ein paar Dinge nennen, die gemacht werden müssen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Schmiedel SPD: Klar, dass Ihnen das unbequem ist!)

Im Übrigen stelle ich fest: Alle Fachleute – Sie können schauen, wohin Sie wollen – sagen: Leute, passt auf, es ist etwas zu tun. Die Einzigen, die sagen, das sei alles unseriös, sind die von Rot-Grün. Wir werden sehen, was daraus wird.

In Sachen Steuerreform wollen wir selbstverständlich ein Vorziehen, wenigstens in Teilen. Wenigstens der Einkommensteuerteil mit einer Bandbreite von 15 % bis 42 % in der Einkommensteuer müsste vorgezogen werden.

Ich komme auf das Thema Ökosteuer. 1999 bis 2003 werden die Energiepreise mit 130 Milliarden DM belastet. Das muss man wissen. Im Gegensatz dazu sinken die Rentenversicherungsbeiträge übrigens nur sehr unzureichend. Der Bundeskanzler hat ja nun angekündigt, diese unsinnige Kopplung im Jahr 2003 zu beenden. Mir soll einmal einer klar machen, meine Damen und Herren, warum man etwas, was allgemein als unsinnig bekannt ist, bis 2003 fortführen muss, nur weil man es vereinbart hat. Man kann auch vereinbarten Unsinn wieder aufheben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die skandalöse steuerliche Benachteiligung der Personengesellschaften – insbesondere dort, wo es um Umstrukturierungen geht – muss beseitigt werden. Sie kennen das Thema. Das wurde gestern zwar bestritten, aber wenn ich Anteile veräußere, dann muss das bei Personengesellschaften genauso sein wie bei Kapitalgesellschaften.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Das muss unverzüglich herbeigeführt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Rot-Grün muss die Abschreibungstabellen ändern. Die Wirtschaft wird hier mit 3,5 Milliarden DM belastet.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Abschreibungen sind nichts Böses. Für mittelständische Betriebe sind Abschreibungen die wichtigste Innenfinanzierung, die es überhaupt gibt,

(Abg. Wieser CDU: Sehr richtig!)

um Finanzspielräume für Investitionen zu schaffen.

(Abg. Wieser CDU: Das schafft Arbeitsplätze!)

Alle internationalen Vergleichsdaten weisen bessere Abschreibungsfristen auf, und man muss dabei auch den technischen Wandel berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nächster Punkt: Warum müssen eigentlich immer nur wir wegen der Reduzierung der Mehrwertsteuersätze über den Bundesrat initiativ werden, warum kann das nicht einmal vom Bund kommen, so, wie es die meisten EU-Länder machen?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die FDP-Fraktion im Bund hat das damals abgelehnt!)

Frankreich hat das zum Beispiel für die Renovierung von Wohngebäuden – da war ja vorhin das Thema Bauwirtschaft – gemacht. Die Franzosen haben den Steuersatz von 20,6 % auf 5,5 % gesenkt, haben dadurch 7 % mehr Aufträge und haben damit 75 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Warum hat Kohl das nicht gemacht? – Abg. Walter GRÜNE: Rexrodt hat es abgelehnt! Das ist auch so eine Altlast!)

Tut mal etwas! Warum müssen nur wir über den Bundesrat initiativ werden, wenn es darum geht, eine mittelstandsgerechte Überarbeitung von Basel II mit Rating zu machen, damit man überhaupt wettbewerbsfähige Kredite bekommt?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Warum kann das nicht die Bundesregierung machen?

(Abg. Fleischer CDU: Weil sie es nicht kann!)

Da ist sie gefordert. Das müsste sie unbedingt tun.

(Abg. Walter GRÜNE: 29 Jahre lang regiert, 29 Jahre nichts getan! Außer Vizepräsidenten nichts vorzuzeigen!)

Es gibt noch einige Punkte, die man noch konkret ausführen könnte. Aber ich schaue auf die Uhr; denn die Liste ist so umfangreich, dass man während fünf Minuten Redezeit höchstens 10 % ansprechen kann.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

(Hofer)

Ich gehe einmal auf den Punkt „Kurskorrektur auf dem Arbeitsmarkt“ ein. Teilzeitarbeit wollen viele Betriebe, aber sie würden diese gerne betrieblich steuern und wollen sie sich nicht in einer starren gesetzlichen Regelung vorgeben lassen; denn das schneidet die Luft ab. Das ist der erste Punkt.

Der nächste Punkt betrifft die Erschwernisse bei befristeten Arbeitsverhältnissen. Wir brauchen mehr Zeitarbeitsverträge und nicht das Gegenteil einer Befristung.

Ceterum censeo 630-DM-Verträge, ceterum censeo Scheinselfständigkeitsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz.

Ich habe letzte Woche einen Vortrag von Bundeswirtschaftsminister Müller in Waiblingen gehört. Er hat gesagt: Leute, beruhigt euch. Das ist bei Lichte betrachtet inhaltlich gar nicht viel. Bei Lichte betrachtet ändert sich für Betriebe bis zu 100 Mitarbeitern so viel wie nichts.

Warum denn dann den ganzen unnötigen Aufwand? Warum diese Millionenbelastung? Warum diese Bürokratie?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie werden das nie begreifen!)

Das ist etwas, was sofort geändert werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben vorhin die Verhältnisse in der Bauwirtschaft beklagt, ganz abgesehen davon, dass vom Bund für die Wohnbauförderung auch nichts mehr kommt.

(Abg. Fleischer CDU: Weniger!)

Zum Mietrecht: Wie kann man so etwas machen? Seitdem wissen wir ja, was mit der Bauwirtschaft ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was macht denn Ihr Wirtschaftsminister mit der Wohnbauförderung? Massiv zurückgefahren! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Unruhe)

Letzter Punkt – ich habe noch neun Sekunden Redezeit und werde zehn Sekunden überziehen –: Es kostet nicht alles Geld, aber einiges kostet Geld; das muss man gegenfinanzieren. Das sehe ich ein.

(Zuruf von den Grünen: Wie?)

– Sie fragen: „Wie?“ Bei 300 Milliarden DM Subventionspotenzial, bei 200 Milliarden DM Privatisierungspotenzial

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr habt in euren 29 Jahren die Subventionen hochgetrieben und nicht runtergebracht! Was wollen Sie eigentlich?)

wollen Sie sagen, dass Sie der Konjunktur nicht auf die Sprünge helfen können?

Als Letztes ein Zitat, weil Sie gesagt haben, alle anderen hätten gewissermaßen ein Brett vor dem Kopf, nur Sie blickten klar durch: Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – ein anerkannter Mann – sieht Re-

zessionsgefahr in Deutschland, und der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Walter, sagt öffentlich:

Dem Bundeskanzler werden seine Versprechungen, die Arbeitslosigkeit auf bescheidene 3,5 Millionen zu bringen, demnächst um die Ohren fliegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Er hat noch nie Recht gehabt!)

Mit 40 % Sozialabgaben wird es nichts.

Leute, ihr müsst an die Arbeit gehen. Ihr habt hier nicht Recht, sondern ihr müsst etwas tun. Wir wollen nicht, dass es in diese Richtung geht, sondern wir wollen, dass es wieder aufwärts geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt darf er auch noch was sagen! – Abg. Bebbler SPD: Jetzt wird es schwer für ihn, nach der Rede!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrter Herr Präsident! Nachdem ich nun das Wort habe, möchte ich gerne zunächst auf die Redner der Opposition eingehen.

Ich finde es schon ein ziemlich starkes Stück, Herr Schmiedel, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, die Regierungskoalition in Baden-Württemberg würde die Lage schlecht reden und sich am Schwarzmalen begeistern.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Wer hat denn von einem Nullwachstum geredet? Das war doch von uns hier niemand.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat denn da meiner Ansicht nach von der Psychologie her den größten Fehler gemacht, den man machen kann, indem er sagte: „Jetzt wird es ganz übel; wir werden wohl kaum mehr ein Wachstum haben“? Das bedeutet, dass sich auf dem Arbeitsmarkt nichts bewegen wird. Das wirkt demotivierend bis dorthinaus.

Dass wir uns hier Sorgen machen und deshalb diese Debatte völlig berechtigt ist, ist doch klar. Wir hatten in den ersten vier Monaten 2001 bei uns in Baden-Württemberg ein Wachstum zu verzeichnen, das uns durchaus optimistisch stimmte, dass wir die Drei insgesamt für das Jahr 2001 noch schaffen könnten. Aber wenn ich mir die Monate April und Mai anschau, sehe ich, dass wir dort in ganz zentralen Bereichen schon ein Minus gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum April/Mai 2000 haben. In einer solchen Situation erwarten wir eben von der Bundesregierung Handeln und nicht untätige Gleichgültigkeit oder gleichgültige Untätigkeit, wie sie die Bundesregierung an den Tag legt. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Minister Dr. Döring)

Jetzt muss doch etwas gemacht werden, meine Damen und Herren.

Lieber Herr Schmiedel, ich stelle mir einmal vor, welches Theater Sie hier vollführen würden, wenn wir in Baden-Württemberg auch nur annähernd ähnlich schlechte Zahlen hätten, wie Sie sie im Bund vorzuweisen haben.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Sie würden uns rund um die Uhr an die Wand nageln, Sie würden von katastrophaler Stimmung reden, von Untätigkeit, von einem Herunterreißen der Wirtschaft etc. Wir sind noch die Konjunkturlokomotive, während in den Ländern, wo Sie Verantwortung tragen, alles im Argen liegt, weil es überhaupt keinen Schritt vorangeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das müssen Sie sich schon anhören.

Ich rufe Ihnen das in Erinnerung, was Herr Kollege Drexler – er ist jetzt freundlicherweise da – gestern gesagt hat.

(Abg. Wieser CDU: Ob das so gut ist, weiß ich nicht! – Abg. Hauk CDU: Wird es dadurch besser?  
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Er war mit Herrn Oettinger draußen!)

– Ich habe doch gar nichts dagegen, dass er draußen ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Schullehrer!)

Aber ich möchte auf das eingehen, was er gestern ausgeführt hat. Da ich einen Fraktionsvorsitzenden hier ernst nehme, habe ich mir seine Rede auch gleich angeschaut.

(Abg. Fleischer CDU: Oettinger hat ganz wichtige Sachen gesagt, im Gegensatz zu Herrn Drexler!)

Herr Drexler hat gestern gesagt: Krise in der Baukonjunktur, da sieht es ganz bitter aus.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Verehrter, lieber Herr Kollege Drexler, Sie müssen sich schon einmal vor Augen halten, wie der Bund die Wohnungsbauförderung in den vergangenen Jahren in einer Art und Weise heruntergefahren hat, dass es nur noch so staubt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Unglaublich! – Abg. Fleischer CDU: Stand 1956! – Abg. Schmiedel SPD: Das wird jetzt notiert!)

– Ja, das wird hoffentlich notiert.

Ich möchte zu dem, was Sie zur Baukonjunktur gesagt haben, noch etwas anderes ausführen. Erst vor wenigen Tagen hat der Bund die Mittel für die Städtebauförderung gekürzt.

(Abg. Schmiedel SPD: Umso wichtiger, dass wir sie erhöhen!)

Er kürzt die Mittel im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“. Er kürzt die Mittel im Zusammenhang mit

dem innerstädtischen Wohnbereich. Überall Kürzungen mit konkreten negativen Auswirkungen auf Baden-Württemberg.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie wollen doch die Nullverschuldung!)

Sie aber stellen sich hier hin und sagen, wir sollten endlich mehr für die Baukonjunktur tun, meine Damen und Herren. Wir sind diejenigen, die beim Wohnungsbau überkomplementär finanzieren.

(Abg. Fleischer CDU: Das Doppelte! – Abg. Drexler SPD: Na, na, na! Jedes Land macht das Sechsfache! – Weitere Zurufe)

– Natürlich. Sie werden doch die Zahlen nicht wegdiskutieren können. 1996 und 1998 hat das Land Baden-Württemberg über 124 Millionen DM vom Bund bekommen, und jetzt bekommen wir noch 43 Millionen DM vom Bund für die Wohnungsbauförderung.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat uns die Schulden im Bund hinterlassen?)

Sie fahren alles herunter. Sie wissen, dass die Komplementärfinanzierung so aussieht wie früher in der Zeit der großen Koalition. Sie müssen redlich bleiben und dürfen uns nicht Vorwürfe machen, wenn Sie auf Bundesebene noch stärker herunterfahren, als wir dies hier machen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Drexler SPD: In der großen Koalition haben wir fast 3 Milliarden DM gehabt! Die FDP/DVP hat abgebaut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie überall! – Abg. Fleischer CDU: Früher war es fifty-fifty! – Weiterer Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Fleischer CDU: Wir geben doppelt so viel wie der Bund!)

Gestern wurde auch davon gesprochen, man solle an verschiedenen Stellen mehr Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen. Das war eine der Ausführungen von Ihnen gestern.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten gemeint!)

Ich nenne Ihnen drei ganz konkrete Bereiche, in denen ich seit 1996 mit den Gewerkschaften und mit allen, die in irgendeiner Weise mit Ausbildung zu tun haben, zusammenarbeite und erfolgreich zusammenarbeite.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht der Herr Ministerpräsident!)

Auch weil die Gewerkschaften dabei sind und weil die Kammern und alle Verbände dabei sind, haben wir seit 1997 allen ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen eine Lehrstelle geben können. Wir arbeiten doch mit denen zusammen.

Wir sind jetzt an zwei weiteren Themen, die ich für zentral wichtig halte. Das eine ist die hohe Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Minister Dr. Döring)

Hier arbeiten wir mit den Gewerkschaften, mit den Arbeitsämtern, mit den Kammern und mit den Verbänden zusammen. Aktuell ging es erst in der vergangenen Woche – wieder zusammen mit all denen – um die Theorieschwächen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aber wenn das die Gewerkschaften erst dann anerkennen, wenn sie unter Begleitung von Fernsehkameras ins „Stami“ einmarschieren können, und das das entscheidende Kriterium ist, dann tut mir das Leid.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nehmen Sie doch die Bereitschaft einmal zur Kenntnis, dass wir in den Bereichen, in denen es darum geht, tatsächlich zu Fortschritten zu kommen, mit anderen zusammenarbeiten. Sie tun immer so, als würden wir so etwas nicht machen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das war eine Kritik am Ministerpräsidenten!)

– Wieso Kritik am Ministerpräsidenten? Mir ist es doch viel lieber, wir arbeiten in Teilbereichen erfolgreich zusammen, als wenn ich wie in Berlin ein Bündnis für Arbeit habe, bei dem man sich freut, wenn man am Sonntagmittag ins Kanzleramt kommen darf, dabei aber nichts herauskommt, meine Damen und Herren. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dabei kommt doch nichts heraus.

(Abg. Schmiedel SPD: Demnächst ist der Westerteller dabei! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Der war gestern schon dabei!)

Wenn Sie an entscheidenden Punkten tätig werden wollten, wo wir Sie jetzt zum Beispiel dringend brauchen, damit wir das gemeinsam hinkriegen, kann ich nur sagen: Bei Basel II haben Sie jede Menge Mitbetätigungsmöglichkeiten.

(Abg. Schmiedel SPD: Das tun wir doch!)

– Ja, Sie tun das als unwichtig ab.

(Abg. Schmiedel SPD: Da sind wir doch schon aktiv! – Abg. Drexler SPD: Da sind wir doch schon dabei!)

Sie tun so, als wenn das nicht wichtig wäre. Das ist für die Finanzierungsfrage bei Handwerkern und Mittelstand in den nächsten Jahren die zentrale Frage, um die man sich kümmern muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Da sind wir doch schon dran!)

– Sie sagen: „Da sind wir schon dran!“

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich sind wir schon dran!)

Ich erinnere Sie daran: Wir hatten eine Bundesratsinitiative des Wirtschaftsministeriums – dankenswerterweise mit der Koalition – einstimmig eingebracht, was das interne Rating angeht, weil das externe bei uns ja überhaupt nicht bekannt ist. Einstimmig im Bundesrat beschlossen!

Wir haben jetzt eine neue Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, bei der ich Sie auch um Unterstützung bitte. Da dürfen Sie dafür sorgen, dass sie angenommen wird. Dabei geht es um die Frage der Laufzeit der Kredite, darum, zu verhindern, dass die, die eine lange Laufzeit haben, besonders teuer werden sollen. Das wäre für unseren Mittelstand verheerend, weil bei uns Laufzeiten von über fünf Jahren üblich sind.

Wir brauchen die Kreditabsicherung mit den üblichen Maßnahmen, die wir bei uns haben: Sparverträge, Lebensversicherungen, Immobilien.

Wir müssen bei den Existenzgründern – nächstes zentrales Wort – dafür sorgen, dass sie überhaupt noch eine Chance bekommen, an Geld zu kommen. Basel macht momentan Vorschläge, die eine Existenzgründung fast unmöglich machen.

Das sind zentrale Aufgaben. Ich höre dazu von der Bundesregierung nicht, dass in diesem Zusammenhang konkrete Veränderungen zugunsten des Mittelstands in Deutschland auf den Weg gebracht würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Unsinn! – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Die verhandeln doch schon!)

Sendepause! Es ist die Aufgabe des Landes, an dieser Stelle voranzukommen. Wir tun das, und wir müssen dies auch in den nächsten Jahren machen.

Gestern ist angesprochen worden, irgendein Klima hier sei nicht gut.

(Abg. Drexler SPD: Was? Klimabündnis!)

– Ja, ich habe das auch nicht verstanden. Das muss von Ihnen gekommen sein. Da hieß es: Mehr bei den Existenzgründerinnen und Existenzgründern machen.

(Abg. Drexler SPD: Nein, das habe ich nicht gesagt! Zusammenfassen!)

Wir haben von 1996 bis 2000 die Rahmenbedingungen so geschaffen, dass wir landesweit 17 000 Existenzgründerinnen und Existenzgründern den Weg in die Selbstständigkeit bereiten konnten. Um die 17 000!

(Abg. Schmiedel SPD: Aha, es gibt sie also doch!)

– Lieber Herr Schmiedel!

(Abg. Schmiedel SPD: Gerade haben Sie gesagt, es gebe diese nicht! Was stimmt jetzt?)

– Basel II gilt noch nicht. Deswegen kann das noch nicht hindernd gewirkt haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Warum malen Sie immer alles schwarz in schwarz?)

(Minister Dr. Döring)

Deswegen stimmt das, was ich sage. Sie sollten einfach zuhören oder sich kundig machen, am besten beides.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben 17 000 Existenzgründerinnen und Existenzgründer auf den Weg gebracht. Wir hätten es leichter, wenn Sie diesen Unfug mit der Scheinselbstständigkeit nicht gemacht hätten.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Wieder dieser alte Hut! – Abg. Fischer SPD: Das hat auch Herr Hofer gesagt! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Dies hat bei den Gründerinnen und Gründern verheerende Auswirkungen. Selbstverständlich!

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

– Frau Weckenmann, ganz ruhig! Sie sind doch sonst auch sympathisch. Ganz ruhig werden!

Wir haben in den nächsten Jahren eine riesige Aufgabe vor uns, was die Übernahmeproblematik angeht. Wir werden Jahr für Jahr in Baden-Württemberg 11 000 Betriebe haben, bei denen die Übernahme, die Nachfolge nicht geregelt ist. 11 000 Betriebe! Sorgen Sie auch mit steuerlichen Rahmenbedingungen dafür – im Zusammenhang mit der Erbschaftsteuer, im Zusammenhang mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen –, dass diese Betriebe, für die wir Nachfolger suchen, eine Chance erhalten, Nachfolger zu finden. Wir reden dabei immerhin über insgesamt 700 000 Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jahren, die an dieser Stelle eine Chance haben, wenn wir unsere Politik machen, oder gewaltige Schwierigkeiten haben werden, wenn Rot-Grün seine Politik fortsetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen will ich Ihnen unter dem Strich noch sagen: Ich will gar nicht in diese bekannten Themen – –

Sie sagen: „Jetzt kommt das wieder!“ Es bleibt doch richtig, dass ein Vorziehen der Steuerreform ein gutes Konjunktursignal wäre. Das bleibt doch richtig. Deswegen müssen Sie sich anhören, dass man dies machen sollte, bis Sie das endlich machen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Man kann nicht hergehen und sagen: „Jetzt bleiben wir mal ruhig und schauen uns die Situation an.“

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir hoffen, dass wir noch die 3 % hinbekommen, damit sich das am Arbeitsmarkt auswirkt. Unser gemeinsames Ziel muss es doch sein, die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg dauerhaft sichtbar unter 5 % zu drücken. Wir sind bei 4,7 oder 4,8 %. Damit sind wir erfreulicherweise die Nummer eins. Herr Drexler, das ist doch auch immer spannend. Sie haben sich gestern hier hingestellt und gesagt, die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt habe eingesetzt, seitdem Rot-Grün in Berlin regiert.

(Lachen bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Bei Kohl ging die Arbeitslosigkeit hinauf! Wollen Sie das bestreiten?)

Mein lieber Scholli! Also das ist schon eine kühne Behauptung. Wenn Ihre Politik so glänzend sein und so gut für den Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen soll, muss ich Sie fragen: Warum gilt das dann nur für Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, aber nicht auch für die SPD-regierten Länder, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: In ganz Deutschland geht es herunter! So ein Quatsch!)

Warum haben wir denn 2000 ein Wachstum von 4,2 % erreicht, während der Schnitt insgesamt weit über einen Prozentpunkt zurückliegt, wenn Ihre Politik bundesweit dafür verantwortlich ist, dass es in den einzelnen Ländern so weitergeht?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister – –

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nachher in der zweiten Runde gerne. Ich bin gerade im Lauf.

**Stellv. Präsident Birzele:** Darf ich daraus entnehmen, dass Sie noch eine weitere Wortmeldung ankündigen, weil Sie sagten: „in der zweiten Runde gerne“?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ich werde auf die Ausführungen des Herrn Abg. Schmiedel sicher noch einmal reagieren.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte sehr.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Im Zusammenhang mit der Mittelstandsförderung wurde der Vorwurf erhoben, für den Mittelstand werde nicht ausreichend genug getan. Einer der Vorredner hat kritisiert, der Ministerpräsident habe gestern gesagt, für den Mittelstand werde viel getan. Sie haben das infrage gestellt.

Wir haben von 1996 bis 2000 allein für unterstützende, begleitende Maßnahmen – Ausbildung, Beratung, Teilhabe an Forschungsförderung – über 1 Milliarde DM ausgegeben und damit zielgerichtet für Handwerk und Mittelstand den Weg so bereitet, dass sie hier bei uns in Baden-Württemberg noch eine Chance haben und erfreulicherweise Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze schaffen und sich auch massiv im Bereich der Ausbildung engagieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Ist jetzt der Standort gefährdet oder nicht?)

Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir wünschen uns, dass Sie uns dabei nicht stören.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Also ist der Standort nicht gefährdet! Sie haben das Thema völlig verfehlt! Der Antrag war „Standortgefährdung“!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss zunächst zu Herrn Hofer etwas sagen. Er hat sich beklagt, dass wir daran erinnern, in welchem Zustand Sie uns die Bundesrepublik übergeben haben.

(Abg. Drexler SPD: Ja, das tut weh!)

Ihr Beitrag bringt mich darauf, Ihnen das noch einmal deutlich zu machen. Sie vergessen zunächst, dass Sie während Ihrer Verantwortungszeit Entscheidungen hätten treffen können, beispielsweise wie die Franzosen für bestimmte Dienstleistungen den halben Mehrwertsteuersatz zu verlangen. Das hätten Sie machen können, haben Sie aber nicht gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Immer die Erblast!)

Übrigens hatten Sie auch gute Gründe dafür. Im Bundesrat wurde nämlich einstimmig beschlossen, dass man es nicht macht, weil man gesagt hat: Man kann nicht beides zugleich haben, einen halben Mehrwertsteuersatz für bestimmte Dienstleistungen und eine große Steuerreform.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Weil wir die große Steuerreform wollten, nahmen wir Abschied von dem halben Mehrwertsteuersatz.

Dasselbe gilt für die Abschreibungen. Sie wollen immer alles haben, egal, was es kostet. Das war Ihre Politik, während Sie regiert haben, und jetzt machen Sie so weiter. Wir halten fest an einer Politik der Konsolidierung der Staatsfinanzen, der Entlastungen von Bürgerinnen und Bürgern,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

weil das eine notwendige Voraussetzung für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es! Junge Generation!)

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben über vieles geredet, wenig über die aktuelle konjunkturelle Situation. Das verstehe ich auch.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Sie haben offensichtlich meinen Ratschlag angenommen, die Sache nicht schlechter zu reden, als sie ist.

Deshalb gehe ich auch nur auf einen Punkt ein, der mir deutlich macht, dass Sie zum Bundeswirtschaftsminister ein Nichtverhältnis haben.

(Abg. Drexler SPD: Ja, das ist offensichtlich!)

Sie haben ein Nichtverhältnis zum Bundeswirtschaftsminister, obwohl Sie ein gutes zu ihm haben sollten.

(Abg. Wieser CDU: Er hat ja auch zu seiner Partei kein Verhältnis!)

Mir wurde das übrigens bei der Veranstaltung von Stihl, von der Herr Hofer gesprochen hat, deutlich. Sie haben ein Nichtverhältnis, Sie nehmen nicht zur Kenntnis, was er tut.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch kein Wunder!)

Wir wissen aus unseren Gesprächen, die wir in Berlin führen, dass sowohl der Bundeswirtschaftsminister als auch der Bundesfinanzminister in Sachen Basel II höchst aktiv sind. Sie sollten mit denen den engen Schulterschluss suchen, anstatt hier eine Front aufzubauen, die überhaupt nicht vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man nach den Ursachen sucht, weshalb es zu dieser Konjunkturelle kommt, dann nennen uns die Experten im Wesentlichen zwei Dinge.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Delle! Dellchen! – Abg. Drexler SPD: „Wester-Delle“!)

Das eine ist das Durchhängen der Baukonjunktur, insbesondere in Ostdeutschland. Das hat übrigens etwas damit zu tun, dass Sie den Wiederaufbau Ost, jedenfalls was die Bauwirtschaft anlangt, völlig falsch angepackt haben. Sie haben in hohem Umfang durch Abschreibungsmodalitäten, die gnadenlos sind, Dinge in Szene gesetzt, die heute nicht gebraucht werden. Heute muss man Abrissprämien und Abrisszuschüsse zahlen, damit das wieder in Ordnung kommt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Birk CDU: Dafür ist rechtlich aber die DDR auch zuständig!)

Sie beklagen, Herr Wirtschaftsminister, dass der Bund seine Wohnbauförderung reduziert. Wir möchten wieder einmal festhalten – und Sie sollten sich darauf besinnen –, dass nach dem Grundgesetz die Wohnbauförderung Sache der Länder ist und der Bund nur komplementär finanziert. Weil es eben im Bund so unterschiedliche Situationen gibt – millionenfache Leerstände im Osten, bei uns eine zunehmende Wohnungsknappheit –, reduziert der Bund seine Mittel. Aber Sie haben ja schon mehrfach angekündigt, es bestehe eine Notwendigkeit, in Baden-Württemberg künftig mehr zu tun – auch mit eigenen Mitteln, nicht nur komplementär.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Kündigen Sie es nicht immer nur im Sommer an, sondern bringen Sie es endlich einmal im Landeswohnungsbauprogramm unter,

(Beifall bei der SPD)

notfalls auch gegen die CDU. Das Ihre Aufgabe, das ist Ihr Job.

(Abg. Hofer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Der zweite Grund für den Durchhänger ist die nachlassende Konjunktur in den USA. Dort werden jetzt wieder die Zinsen gesenkt.

(Schmiedel)

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

Dennoch wissen wir nicht, wie lange es dauert, bis die Konjunktur wieder anspringt. In Japan gab es viele Zinssenkungen, und dort ist die Konjunktur bisher nicht angesprungen.

Deshalb wäre es doch wichtig, Herr Wirtschaftsminister, gerade für unsere Investitionsgüterwirtschaft in Baden-Württemberg einmal darüber nachzudenken, wo wir in etwa einen Ausgleich für die nachlassende Nachfrage in den USA finden könnten. Was bietet sich besser an als die Beitrittskandidaten im Osten? Im letzten Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland in die früheren GUS-Staaten, nach Polen, Tschechien, Ungarn, in die baltischen Staaten und, und, und mehr exportiert als in die USA.

(Abg. Drexler SPD: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Ich frage Sie: Wo ist das gezielte Programm des Wirtschaftsministers von Baden-Württemberg, um unsere Unternehmen auf diese Märkte zu bringen?

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, anstatt immer zu lamentieren.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Schmiedel SPD:** Ich habe nur noch neun Sekunden Redezeit.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich möchte der CDU gern noch eines anheim geben, wenn sie von der Schädigung des Wirtschaftsstandorts redet.

Gestern, meine Damen und Herren, war es in allen Nachrichten fast der Aufmacher, heute steht es in den Zeitungen: „Spendenaffären schaden Standort Deutschland“.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Und wo haben wir die?)

Wir kommen unter Korruptionsverdacht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bringen Sie endlich diese Spendenaffäre in Ordnung. Mit dieser Spendenaffäre schädigen Sie den Standort. Und hören Sie auf, die Lage schwarz zu reden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmiedel, das, was Sie zum Schluss gesagt haben,

(Abg. Drexler SPD: Stand in der Zeitung!)

entspricht nicht unserem Stil.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Zeitung! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Das mögen Sie so sehen. Aber was uns in der Bundesrepublik Deutschland, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland viel mehr schadet, ist die Tatsache, dass Sie sich entweder von der PDS geduldet oder mit der PDS zusammen in Berlin in eine Regierung begeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und den Grünen)

Diese Zusammenarbeit mit der PDS – entweder durch Duldung oder gemeinsam innerhalb der Regierung – wird dazu führen, dass wir in Deutschland, in Europa und auch in den USA einen Imageschaden

(Zurufe von der SPD)

und einen gravierenden Nachteil erleiden, wenn es um ausländische Investitionen in Deutschland geht.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Deshalb: Machen Sie sich lieber einmal Gedanken. Kehren Sie vor der eigenen Tür,

(Zurufe von der SPD)

bevor Sie hier den großen Maxe spielen und meinen, Sie müssten uns etwas ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: 20 Millionen DM schwarz über die Grenze gebracht! – Abg. Pfisterer CDU zur SPD: Inhalte müsst ihr bringen! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist aber schwierig, Herr Präsident! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

**Abg. Dr. Birk CDU:** Zum Zweiten, Herr Kollege Schmiedel: Sie haben mit keiner Silbe etwas dazu gesagt, wie der Beitrag der Bundesregierung aussehen soll, um die Inflationsrate zu senken. Das macht uns doch am meisten Sorgen.

(Zurufe von der SPD)

Wie reagieren Sie als SPD, wenn wir im nächsten Jahr Tarifverhandlungen haben – die Pilotbezirke in Baden-Württemberg sind ja schon klar – und dort auf einmal Forderungen

(Dr. Birk)

gen nach Lohnsteigerungen erhoben werden – Forderungen, nach denen nicht nur die Inflationsrate ausgeglichen werden soll, sondern die darüber hinausgehen –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Alles bloß herbeigeredet!)

und die Konjunktur durch die entsprechenden Kosten einen weiteren Dämpfer bekommt? Was machen Sie dann? Wo sind da Ihre Ansätze? Wo ist Ihr Ansatz, Herr Schmiedel, sich einmal mit den seriösen Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auseinander zu setzen, die Steuerreform vorzuziehen?

(Zurufe von der SPD)

Im Endeffekt haben Sie die Hosen voll, gestrichen voll!

(Lachen bei der SPD)

Sie haben keine Antwort und keine Rezepte. Sie haben gedacht, Sie könnten sich bis zur Bundestagswahl darüber hinwegmogeln, und müssen jetzt feststellen, dass Sie es vermutlich nicht schaffen, so ins Ziel zu kommen. Deshalb werden wir bei diesem Thema nicht lockerlassen. Tun Sie endlich etwas, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken! Ziehen Sie die Steuerreform vor!

(Abg. Drexler SPD: Ökosteuer weg, Rentenversicherungsbeiträge rauf!)

Beenden Sie bitte auch eine weitere Steigerung der Lohnnebenkosten – auch hierzu gibt es keine entsprechenden Ansätze –, bevor Sie mit dem Finger auf uns zeigen! In diesem Sinne sind Sie herzlich eingeladen, endlich einmal konstruktive Vorschläge dazu zu machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hauk und Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Birk, nach dieser Wahlkampfrede auf niederstem Niveau möchte ich jetzt wieder zur Sache zurückkommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: PDS-Beteiligung! Herr Witzel, Sie stecken ja mit drin mit der PDS!)

– Wollen Sie mich jetzt beleidigen?

(Abg. Dr. Birk CDU: Nein, ich will Sie nicht beleidigen, aber nehmen Sie dazu mal Stellung!)

– Wir können ja nachher einmal darüber reden. Derzeit rede ich zum Thema, zur so genannten Gefährdung des Wirtschaftsstandorts.

Jetzt zur Sache: Die Bundesregierung stellt sich der Verantwortung für zukünftige Generationen, und deshalb legt sie sehr viel Wert auf eine solide Finanzpolitik, Herr Hofer, und das, was Sie hier machen, erinnert mich an das Märchen vom kleinen Hävelmann, der schreit: „Mehr, mehr!“ Das heißt, Sie wollen überall mehr Ausgaben, und dort, wo etwas eingenommen wird – Ökosteuer – sagen Sie: Weg damit! Einnahmen weg, und mehr Ausgaben – damit wird man nie zurechtkommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Falsche Einnahmen weg! Ökosteuer!)

Herr Schmiedel hat schon gesagt: Die Abschreibungstabellen wurden überarbeitet, aber nicht aus Lust und Laune, sondern deshalb, weil das ein wichtiger Pfeiler ist, um die Steuerreform zu finanzieren.

(Abg. Pfisterer CDU: Verlängerung der Abschreibungszeiten bei Computern zum Beispiel!)

Das ist ein Punkt. Und dann fordern Sie hier massiv die Stärkung des Wohnungsbaus auf Bundesebene,

(Zurufe: Richtig!)

und Herr Döring schließt sich dem an. Aber ich habe ein bisschen Gedächtnis und weiß, dass Sparzwänge möglicherweise entscheidend sind. Deshalb müssen wir auch einmal schauen, wie sich die Zahlen auf Landesebene darstellen. Ich habe noch gut in Erinnerung, dass das Land 1992/93 teilweise 1,1 Milliarden DM, also 1 100 Millionen DM, für den Landeswohnungsbau bereitgestellt hat, und jetzt lobt sich Herr Döring, weil er ein Gesamtvolumen von ca. 110 Millionen DM überproportional kofinanziert hat. Das heißt, er stellt ein Zehntel der Menge, die es vor acht Jahren gab, bereit und lobt sich dafür noch. Das ist doch irgendwo absurd.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Bitte schön.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Witzel, ist Ihnen bekannt, dass Kritik an der Wohnungsbauförderung des Bundes unter anderem auch von der Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, Frau Anke Fuchs, die Ihnen vielleicht nicht so nahe steht wie anderen hier, geäußert wird, die sagt, das sei ein verantwortungsloser Rückzug aus der Mietwohnungsbauförderung? Ist Ihnen das bekannt?

(Zurufe von der SPD: Und was sagt das? – Unruhe)

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Hofer, das ist mir – –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Haben Sie schon mal was von Bedarfsorientierung gehört, Herr Witzel? – Weitere Zurufe)

Herr Hofer, das ist mir im Wortlaut nicht bekannt. Aber dass eine Interessenvertreterin der Mieter mehr Mietwohnungsbauförderung fordert, das ist ja eigentlich logisch. Aber wenn Sie sich erdreisten, von uns mehr Mietwohnungsbauförderung zu fordern, muss ich sagen: Gerade Ihre Partei war es, die den Anteil des Mietwohnungsbaus im Landeswohnungsbau von 60 % Mitte der Neunzigerjahre auf 5 % reduziert hat, auf weniger als ein Zehntel! Fassen Sie sich bitte an Ihre eigene Nase!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Dr. Witzel)

Jetzt noch einmal zum Thema Ökosteuer: Herr Hofer, Sie werden es vielleicht nie begreifen. Sie sagten hier, die Ökosteuer werde abgezockt und nur ein kleiner Teil gehe in die Rente.

(Abg. Drexler SPD: Völlig falsch!)

Herr Hofer, wo geht denn das andere hin? Real ist es doch so: Von der Ökosteuer – was sagten Sie: 130 Milliarden DM? – geht ein winzig kleiner Teil, nämlich 200 oder 300 Millionen DM im Jahr, zur Förderung der erneuerbaren Energien, und alles andere geht in die Rente. Das ist aber makroökonomisch egal; denn das wird zwar abgeführt, aber dann auch wieder dem Kreislauf zugeführt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Jetzt zum Unterschied. Ich meine, es ist nicht egal, ob man eine Ökosteuer macht oder nicht. Der Unterschied ist schlicht und einfach der:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Warum? – Abg. Christine Rudolf SPD: Hören Sie doch zu, Herr Hofer!)

Wenn einem Betrieb die Ökosteuer zu hoch wird, kann er Investitionen tätigen – denn Potenziale für Effizienz sind vorhanden – und so der Ökosteuer ausweichen. Wenn aber die Lohnnebenkosten zu hoch werden, gibt es nur einen Weg, nämlich Arbeiter zu entlassen. Und wir wollen lieber Effizienzinvestitionen, als dass Leute auf der Straße stehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Unruhe)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ich wusste, Herr Schmiedel, dass ich nach Ihnen einfach noch einmal heraus muss.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– Doch.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn Sie hinaus müssen, sind Sie in der falschen Tür gelandet! – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

– Herr Salomon, wir wollen dies überhört haben.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt „wir“?)

Herr Schmiedel, ich muss Sie schon auf das aufmerksam machen, was Sie im Zusammenhang mit dem halben Mehrwertsteuersatz ausgeführt haben. Da haut es mich um. Das kann ich nicht anders sagen. Herr Schmiedel, im November 1999, rechtzeitig, bevor das auf EU-Ebene – Er ist ganz erstaunt, dass er noch Redezeit hat. Ich kann immer wieder, wissen Sie.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Was können Sie immer? Das ist eine tolle Aussage! – Abg. Dr. Birk CDU: Also muss er doch hinaus!)

Ich komme zurück auf den November 1999. Wir hatten im November 1999 vonseiten des Wirtschaftsministeriums rechtzeitig vor dem Termin, bei dem auf EU-Ebene entschieden wurde, welche Länder an der Modellphase „halber Mehrwertsteuersatz für Handwerkerdienstleistungen“ teilnehmen, Bundesfinanzminister Eichel geschrieben, dass wir dies für eine sinnvolle Maßnahme halten, dass wir Interesse daran haben, dass die Bundesrepublik Deutschland daran teilnimmt. Herr Eichel hat dies abgelehnt, Herr Schmiedel. Wir haben jetzt die nächste Chance erst 2002, und die Regierungskoalition hat sich darauf verständigt, im Frühjahr 2002 Bilanz zu ziehen, die Erfahrungen, die in Frankreich gemacht worden sind, vor der Entscheidung heranzuziehen und sich dann rechtzeitig für diesen halben Mehrwertsteuersatz einzusetzen. Es kann nicht wahr sein, dass Ihr Bundesfinanzminister das mir gegenüber ablehnt und Sie sich hier hinstellen und sagen: „Setzen Sie sich endlich einmal dafür ein, dass das auf den Weg gebracht wird.“ Das ist unredlich bis dort hinaus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Nein, das ist nicht wahr. Er hat es zum halben Mehrwertsteuersatz gesagt. Das ist unredlich.

(Abg. Schmiedel SPD: Ich habe noch vier Minuten! Ich komme noch einmal! – Abg. Drexler SPD: Der kann auch immer!)

– Aber bloß vier Minuten.

Nun zur Lage der Bauwirtschaft, weil Sie noch einmal Ausführungen zur Bauwirtschaft gemacht haben. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere ich aus einer Mitteilung des Fachverbandes Bau Baden-Württemberg. Überschrift: „Lage der Bauwirtschaft im Land besser als im Bund“. Dort heißt es:

Im Gegensatz zum Bundestrend hat sich die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg im ersten Quartal dieses Jahres nicht ausschließlich negativ entwickelt. Wie die Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg mitteilt, konnte die Branche im Südwesten in den ersten drei Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein schwaches Plus verzeichnen. Bundesweit gab es mit minus 9,9 % erhebliche Einbußen.

Plus in Baden-Württemberg, nahezu 10 % minus auf Bundesebene! Das zeigt die Unterschiede, meine Damen und Herren.

(Abg. Schmiedel SPD: Natürlich! Das ist der Osten! Das wissen Sie doch!)

– Gerade haben Sie doch gesagt, dass Sie riesige Bauprogramme im Osten auf den Weg bringen.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt?)

Jetzt sehen Sie, dass die Anstrengungen der Landesregierung gerade auch im Bereich der Bauwirtschaft selbstverständlich Erfolge zeitigen.

(Minister Dr. Döring)

Dritter Punkt, den Sie angesprochen haben. Da steht der Schmiedel hier hin – –

(Abg. Christine Rudolf SPD: „Herr“ heißt dies!)

– Herr Kollege Claus Schmiedel stellt sich hier hin und sagt, wir sollten endlich bei der Außenwirtschaftsförderung und bei den Außenhandelsbeziehungen des Landes Baden-Württemberg nicht nur nach Amerika gucken, sondern auch einmal in andere Länder gehen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wo Sie doch überall herumreisen!)

Donnerwetter! Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das im September dieses Jahres alle Beitrittsländer der Reihe nach mit Kooperationsbörsen und Veranstaltungen der Wirtschaft besuchen wird. Wir brauchen da von Ihnen keine Nachhilfe, Herr Schmiedel.

(Abg. Drexler SPD: Die waren auch schon vorher da! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir brauchen von Ihnen auch keine Anregungen, weil wir all das, was Sie hier vortragen, schon seit Jahr und Tag auf den Weg gebracht haben. Wir haben die aktivste Außenwirtschaftspolitik aller Bundesländer, meine Damen und Herren – mit ein ganz entscheidender Grund dafür, dass der Mittelstand des Landes Baden-Württemberg zur Arbeitsplatzsicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der ganzen Welt unterwegs ist. Wir haben in den osteuropäischen Staaten in den vergangenen fünf Jahren Zuwachsraten, die zum Teil in den dreistelligen Bereich hineingehen. Wir machen das, was dringend notwendig ist, um die Arbeitsplatzsicherung und die Arbeitsplatzschaffung weiter zu fördern, um Wachstumszahlen herauszuholen, die wir brauchen, damit es sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Sie machen gegenwärtig all das, was den Aufschwung verhindert und stoppt. Deswegen ist diese Debatte so wichtig, damit Sie endlich handeln, statt hier Forderungen zu stellen, die wir seit Jahr und Tag längst erfüllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Stelly. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, das Parlament hat noch drei Minuten Redezeit. Es liegt eine Wortmeldung des Herrn Abg. Schmiedel vor.

(Abg. Wieser CDU: Das ganze Parlament oder nur Herr Schmiedel?)

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Herr Abg. Schmiedel, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Schmiedel SPD:** Zunächst einmal zur Frage der Inflation: Diese Diskussion ist deshalb ernst zu nehmen, weil Sie durch Ihre Beiträge in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als hätten wir uns auf Jahressicht gesehen tatsächlich auf 3,6 %, 3,5 % oder 3,1 % Inflation einzustellen. Dies ist natürlich völliger Humbug.

Einer der Antriebsfedern der Inflation ist die Entwicklung einerseits der Rohölpreise, andererseits der Benzinpreise in den USA,

(Abg. Wieser CDU: Die Steuerentwicklung!)

die rückläufig ist. Deshalb schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ völlig zu Recht: „Inflation rückläufig, Benzinpreis fällt“. Die Rohölpreise gehen auch zurück.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Schmiedel, innerhalb eines Jahres verdoppelt!)

Die zweite Antriebsfeder sind die Nahrungsmittelpreise. Mit dem Abklingen der Krisen in der Landwirtschaft werden sich auch diese Preise normalisieren. Deshalb gehen alle Experten davon aus, dass wir auf Jahressicht gesehen etwa bei 2 % Inflation landen werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Verdoppelt!)

Sie sollten aufhören, die Öffentlichkeit zu täuschen, darauf vorzubereiten oder gar noch zu motivieren, bei Tarifverhandlungen 3 % Inflation zu unterstellen.

(Abg. Wieser CDU: Ich bin gespannt, was Sie in einem halben Jahr sagen! Wir werden Sie daran erinnern!)

Dies ist falsch, und Sie könnten es eigentlich wissen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweitens: Herr Wirtschaftsminister, Sie haben Herrn Eichel möglicherweise im November 1999 einen Brief geschrieben; das wird wohl so sein. Aber auch da gilt, wie sonst in der Koalition auch: Ober sticht Unter. Herr Oettinger hat in einer Diskussion – Herr Pfister war dabei – frank und frei erklärt, man habe damals in Übereinstimmung mit der Bundesregierung von dem Projekt „halber Mehrwertsteuersatz“ – im Hinblick auf eine große Steuerreform in der Bundesrepublik – Abstand genommen. Das sei die Position der Landesregierung gewesen. Bitte schön, Herr Wirtschaftsminister, da müssen Sie erst einmal hinsichtlich Ihrer Position für Klarheit in Ihrer eigenen Regierung sorgen, bevor Sie mir hier kritisch kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Letzte: Es ist natürlich schon wie ein Stück aus einem Tollhaus,

(Abg. Fleischer CDU: Was Sie bringen!)

wenn man die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg zuerst fast auf null bringt und dann, wenn es einen kleinen Sprung nach vorne gibt, sagt: „Jetzt haben wir eine Aufwärtsentwicklung“,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist eine Kofinanzierung! War immer fifty-fifty!)

und als Vergleichsmaßstab das Bundesgebiet nimmt. Wir haben natürlich eine Krise im Osten, von der ich dargelegt

(Schmiedel)

habe, worin sie begründet ist. Aber wir können uns mit unseren Nachbarn vergleichen, zum Beispiel mit Bayern:

(Abg. Wieser CDU: Da regiert ja die SPD, gell?)

In Bayern wurde der Wohnungsbau trotz rückläufiger Wohnbauförderung des Bundes immer auf hohem Niveau mit 500, 600 oder 700 Millionen DM gefördert.

(Abg. Drexler SPD: Immer!)

Oder wenn wir uns gar mit Nordrhein-Westfalen vergleichen: Dort wurde der Wohnungsbau mit 700, 800, 900 Millionen bis zu 1 Milliarde DM gefördert. Daran sieht man, in welchem Land es der Bauwirtschaft besser und in welchem schlechter geht.

(Abg. Fleischer CDU: Wir können doch nicht auf allen Feldern der Reparaturladen der Bundesregierung sein!)

Wir haben Ihnen genügend Vorschläge gemacht. Sagen Sie an dieser Stelle nicht, Sie brauchten keinen Antrieb. Sie brauchen noch mehr Antrieb.

(Abg. Fleischer CDU: Ausgerechnet Ihren Antrieb! Der geht ja nach hinten los!)

Wir brauchen ein Sanierungsprogramm in Baden-Württemberg, das den Anforderungen endlich gerecht wird und das Bundesprogramm ergänzt, damit die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg einen wichtigen Ausgleich für andere, nachlassende Konjunkturfaktoren leisten kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 3 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Aktuelle Debatte – Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. In der ersten und zweiten Runde gibt es jeweils fünf Minuten Redezeit je Fraktion. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass bei einer Aktuellen Debatte das Verlesen von schriftlich ausgearbeiteten Reden nicht zulässig ist.

Herr Abg. Kretschmann, Sie haben das Wort.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Debatte aus vier Gründen beantragt.

Erstens: Es ist offenkundig, dass in grundlegenden Fragen des Lebensschutzes kein ethischer Konsens mehr vorhanden ist. Dies hat zum Beispiel die Rede des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, noch einmal deutlich vor Augen geführt.

Zweitens: Bei konkurrierenden Grundrechten wie Lebensschutz und Freiheit der Wissenschaft ist der Gesetzgeber der erste Interpret der Verfassung. Wir sind deswegen aufgefordert, unsere Auslegung hier öffentlich darzulegen.

Drittens: In den Aussagen der Mitglieder der Landesregierung in dieser wichtigen Frage besteht Uneinheitlichkeit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das soll es auch in Berlin geben!)

Da Baden-Württemberg ein wichtiger Forschungsstandort auf diesem Gebiet ist, ist dieser Punkt, glaube ich, wichtig. Insbesondere nach heute aktuellen Meldungen, wonach die Einfuhr embryonaler Stammzellen aus Australien unmittelbar bevorsteht, ist es sehr wichtig, zu wissen, wie sich die Landesregierung dazu stellt, was die Universitäten und Forschungseinrichtungen Baden-Württembergs angeht.

Viertens schließlich – und damit möchte ich mich befassen –: Jetzt geht es darum, die Kriterien, die wir in diesen Fragen anlegen, offen zu legen.

In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: Die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Es heißt weiter: Darum bekennt sich das deutsche Volk zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die bindendes Recht für alle staatlichen Gewalten sind. Aus Artikel 79 unserer Verfassung ergibt sich, dass dieser Menschenrechtsartikel in seinen Grundsätzen nicht geändert werden darf. Das heißt, es handelt sich bei dem Menschenrechtsartikel um das, was man den unkündbaren Gesellschaftsvertrag dieser Gesellschaft nennen kann.

Bisher war in unserer ethischen Tradition Konsens, dass die Menschenwürde für den Menschen als Gattungswesen gilt, also unabhängig davon, ob sich der einzelne Mensch dieser Würde überhaupt bewusst ist. Er kann sich ihr zum Beispiel nicht bewusst sein, weil er noch nicht voll entwickelt und noch Säugling ist oder weil er schwer geistesgestört ist und gar nicht merken würde, wenn er menschenunwürdig behandelt würde. Die Menschenwürde gilt auch für das ungeborene Leben.

(Abg. Kiefl CDU: Das ist ja etwas ganz Neues! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja interessant! Die Grünen machen sich!)

Heute wird dies mehr und mehr infrage gestellt. Ich betone noch einmal, dass Ethiker wie Peter Singer oder auch der Kulturstaatsminister Nida-Rümelin diesen Konsens im Prinzip verlassen haben ebenso wie jetzt auch Hubert Markl in seiner durchaus beachtenswerten Rede.

Am umstrittensten ist, ob und wann dem menschlichen Embryo dieser unverletzliche, unbedingte, unveräußerliche Schutz zukommt. Was sollen wir nun als Politiker tun, wenn in einer pluralistischen Gesellschaft in solch einer fundamentalen Frage, wo ja religiöse und weltanschauliche Freiheit herrscht, der Konsens jedenfalls stark ins Rutschen gerät? Wo sollen wir eigentlich selber die Grenzen ziehen? Das ist, glaube ich, die entscheidende Frage.

(Kretschmann)

Ich möchte noch einmal betonen: In der gegenwärtigen Diskussion muss es für uns Politikerinnen und Politiker darauf ankommen, zu versuchen, diesen Konsens wieder herzustellen. Das heißt, in diesen Fragen kann es für uns nicht nur um private oder persönliche Meinungen gehen, die natürlich sehr wichtig sind, sondern muss es darum gehen, auf einen Konsens hinzuwirken, der ja den Zusammenhalt einer modernen pluralistischen Gesellschaft überhaupt erst gewährleisten kann.

Ich möchte das Prinzip so formulieren: In solchen Fragen müssen wir uns zur sicheren Seite hinbewegen und dürfen uns nicht auf die unsichere Seite begeben. Auf die sichere Seite bewegen wir uns nur dann hin, wenn wir davon ausgehen, dass mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle tatsächlich menschliches Leben beginnt, weil sich daraus zweifelsohne – das ist nie bestrittener Konsens – ein Mensch entwickelt. Davon sind wir bisher alle, auch das Bundesverfassungsgericht, ausgegangen. Deswegen haben wir im Embryonenschutzgesetz ein eindeutiges Verbot der Präimplantationsdiagnostik – weil sie quasi auf Selektion von Embryonen hinausläuft –, aber auch der embryonalen Stammzellenforschung und des therapeutischen Klonens.

Alle anderen Vorschläge setzen meiner Ansicht nach das fundamentale Recht der Menschenwürde auf eine schiefe Ebene. Wenn wir uns nicht auf die Aussage einigen können, dass menschliches Leben tatsächlich an diesem Punkt beginnt, dann sehe ich nicht, wo überhaupt noch Grenzen gesetzt werden können, die eine immer stärkere Verschiebung und Ausweitung verhindern können.

Wenn man sagt, die Präimplantationsdiagnostik sei in ganz einzelnen schweren Fällen von Erbschädigungen möglich, dann frage ich: Wer, bitte schön, legt fest, was das ist? Das ist ein ganz klares Beispiel dafür. Unter dem Druck der Forschungseinrichtungen, aber auch wegen der Hoffnungen, die sich Menschen für ihre Heilung aus solchen Experimenten machen, wird das immer weiter ausgeweitet werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Ich komme sofort zum Schluss.

Ich möchte nur sagen: Das kann kein Argument sein. Ich finde, es kann kein Argument sein, einfach zu sagen: „Wenn wir es nicht machen, machen es andere.“ Das ist sicher ein wichtiges Argument in der Tagespolitik, da wir in der Tagespolitik unter folgenethischen Beurteilungskriterien stehen. Aber ich glaube, in solchen fundamentalen Fragen kann das kein Argument sein, weil wir sonst moralische Kriterien immer weiter an den Standard angleichen, der der unterste Standard in einem solchen Konkurrenzkampf ist. Dann wird die Menschenwürde sinken; wenn dies geschähe, würde sie immer weiter auf immer niedrigere Standards rutschen. Deswegen kann das, glaube ich, kein Argument sein.

In einer solchen Debatte, in der es um ethische Grundfragen geht, dürfen keine wirtschaftlichen oder forschungs-

politischen Aspekte maßgebend sein, sondern müssen nur wiederum selber ethische Aspekte gelten. Um die müssen wir, glaube ich, jetzt ringen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kretschmann, ich kann Ihren Ausführungen und dem, was Sie gesagt haben, im Wesentlichen zustimmen. Das will ich bewusst vorab sagen. Ich glaube, Sie haben eher ein Problem damit, Ihren Koalitionspartner in Berlin zu überzeugen, was die Haltung des Bundeskanzlers angeht, als damit, hier eine Aktuelle Debatte über dieses Thema zu beantragen. Das will ich vorwegschicken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich will eines einführen: Das ist sicherlich kein Thema für parteipolitischen Streit. Lieber Kollege Drexler, hören Sie erst einmal zu.

(Abg. Drexler SPD: Sie fangen wieder an!)

Das ist kein Thema für einen parteipolitischen Streit, sondern ist eine individuelle Auffassung, gerade bei diesem Thema, nachdem wir heute erst in der FAZ gelesen haben: „Kieler Wissenschaftler erhält embryonale Stammzellen aus Australien“. Das zeigt die Problematik, das zeigt, dass wir gefordert sind. Ich habe das nur auf die Aktuelle Debatte bezogen, weil ich glaube, fünf Minuten Redezeit im Rahmen einer Aktuellen Debatte reichen nicht aus, dieses differenzierte Thema zu behandeln und ihm gerecht zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das will ich bewusst sagen.

Wir haben bei diesem Thema täglich eine rasante Entwicklung bei den Lebenswissenschaften, die uns zeigt, dass in die menschliche Natur eingegriffen werden kann. Manche stellen schon die Frage: Klonen ohne Ende? Damit sind Hoffnungen genauso verbunden wie Ängste, und wenn wir diesen FAZ-Artikel von heute sehen, müssen wir, wie ich meine, sagen: Es kann keine Lücke im Embryonenschutzgesetz geben, es kann nicht sein, dass wir sagen: Es ist legal – wie das heute geschrieben wird –, dass wir ausländische Embryonen von inländischen Embryonen unterscheiden.

Vor diesem Hintergrund, so meine ich, sind wir alle gefordert, uns dieser Diskussion nicht nur heute, sondern sicherlich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu stellen. Das Thema wird uns begleiten und fordern, ob wir es wollen oder nicht.

Schlaglichter der vergangenen Wochen waren:

Vorkötter von der „Stuttgarter Zeitung“ in einer Überschrift: Wo sind die Grenzen?

(Dr. Reinhart)

Herta Däubler-Gmelin: Die Würde des Embryos ist unbezweifelbar.

Wolfgang Schäuble: Das menschliche Leben muss unverfügbar bleiben.

Oder eine andere Überschrift: „Heiße Ware aus Haifa“, was sich heute mit „Australien“ deckt.

Es gab aber auch weitere dahin gehende Fragen – die Max-Planck-Gesellschaft wurde zu Recht angesprochen –, auch von Hubert Markl, ausdrücklich mit einer Grundsatzrede zu diesen Fragen. Für ihn ist die Menschenwürde der Imperativ, Grenzen auch zu überschreiten, um die Bedingungen des Lebens zu verbessern.

Diese Schlaglichter zeigen bereits, auf welchem Gebiet wir uns bewegen und welche Fragen uns hierbei vor allem begleiten.

Kolleginnen und Kollegen, es sind Fragen der Ethik, aber auch des Verfassungsrechts. Das hat sich bei der Entschlüsselung des menschlichen Genoms in besonderer Art und Weise gezeigt. Wir sehen hierbei, dass das Buch des Lebens eigentlich geöffnet vor uns liegt. Wir können mittlerweile die Buchstaben entziffern, aber wir können noch lange nicht den Sinn begreifen. Das zeigt: Je weiter wir in diese Geheimnisse eindringen, desto schwieriger wird es, sie zu entschlüsseln. Damit liegt, wie ich meine, eine große, nämlich diese Jahrzehnte- oder gar Jahrhundertaufgabe vor uns. Sicherlich wird nicht in Ethikkommissionen, sondern im Parlament der Ort sein, wo wir diese Fragen zu behandeln haben.

Herr Pfister, Sie haben in der Debatte gestern darauf Bezug genommen, und wir haben festgestellt, dass Sie im Gegensatz zu Herrn Westerwelle dieses Thema viel differenzierter angegangen sind. Das möchte ich hier lobend erwähnen. Sie haben im Grunde genommen genauso Bezug darauf genommen, dass es wichtig ist, Grenzen zu ziehen. Das beginnt dabei, dass es keine Verfügbarkeit über menschliches Leben gibt, das beginnt dabei, dass wir mit dem Bundesverfassungsgericht einig sind: Das menschliche Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Das ist aber eine wichtige Grenzziehung, weil viele diese Grenzziehung nicht mehr sozusagen –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Markl nicht, Herr Westerwelle ja!)

– Bitte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Markl zieht eine andere Grenze, Herr Westerwelle ausdrücklich nicht! Damit das klar ist!)

– Ich sage Ihnen gleich, Herr Kollege Pfister, warum ich zu Herrn Westerwelle komme. Er schreibt heute in der FAZ – er hat ein Gespräch mit Herrn Schröder geführt –, jetzt müsse ganz schnell das Gesetz geändert werden. Das, so meine ich, ist nicht korrekt. Wir müssen eine Diskussion beginnen, wir müssen offen sein und uns diesen Themen stellen, und dies deshalb, weil wir sowohl bei der Forschung mit Embryonalzellen als auch bei der PID, der Präimplantationsdiagnostik, Grenzen haben und sagen: Es darf keine Selektion geben, es dürfen auch keine Embryonen

gezeugt werden, damit sie anschließend für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Deshalb haben wir dazu eine klare Haltung. Wir fordern die Förderung der Forschung, und das unterstützen wir auch. Wir sind der Meinung, dass über die Indikation in Einzelfällen – möglicherweise bei schweren erblichen Schäden, aber nur dort und in begrenzten Ausnahmefällen – eine Diskussion entstehen kann. Da haben wir einen offenen Diskurs.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden! Völlig einverstanden!)

Aber sonst haben wir eine klare Haltung und sagen: Wir müssen die Grenzen einhalten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Absolut d'accord!)

und wir halten es auch im Hinblick auf die Kirchen, im Hinblick auf die ethische Diskussion und im Hinblick auf die Diskussion in der Gesellschaft für wichtig, dass wir jetzt nicht ganz schnell Gesetze ändern. Denn ich denke, das Embryonengesetz hat einen klaren Normzweck: Es schützt das Leben. Das Leben ist unverfügbar, und deshalb sollten wir da keine Schnellschüsse machen, sondern uns auch an Europa und der Welt orientieren.

Denn wir brauchen bei diesem Thema nicht nur in Deutschland einen Konsens. Wir brauchen auch einen Konsens in Europa und in der Welt, weil sonst ein Tourismus ins Ausland entstehen kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion wird erst in zwei Wochen einen ganzen Nachmittag damit verbringen, sich mit Fachleuten mit diesem Thema auseinander zu setzen. Deshalb werde ich in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit – sie ist wahrlich zu kurz, um das Thema umfassend zu behandeln – eher persönliche Anmerkungen machen.

Ich empfehle dabei uns allen, eine Distanz zwischen unseren persönlichen, ethisch-moralisch oder religiös begründeten Urteilen und dem aufzubauen, was wir hier diskutieren, um offen zu bleiben für die Argumente anderer. Das enthebt uns freilich nicht der Notwendigkeit, Herr Kollege Reinhart, uns mit der Problematik intensiv und differenziert auseinander zu setzen.

Die Stammzellen, die jetzt importiert werden, sind keine so genannten totipotenten Stammzellen, aus denen neue Individuen entstehen können, sondern pluripotente Stammzellen. Deshalb ist das mit dem Embryonenschutzgesetz vereinbar. Das muss man wissen, um die Situation, vor der wir heute stehen, richtig beurteilen zu können.

Wir beobachten, dass die Frage in benachbarten europäischen Ländern anders geregelt ist als bei uns. Da wird dann häufig gesagt, wir Deutschen hätten aufgrund unserer katastrophalen historischen Erfahrung beim Umgang mit diesem Thema eine größere Verantwortung; wir hätten sensi-

(Birgit Kipfer)

bler zu sein. Aber heißt das nicht im Umkehrschluss, dass ein Volk erst eine solche katastrophale Erfahrung machen muss, bevor es sozusagen zu „höherer“ Einsicht und Moral gelangt? Ich denke, das kann nicht sein.

Uns Deutschen wurde in die Verfassung geschrieben, dass der Schutz der Menschenwürde unantastbar ist. Aber daraus dürfen wir noch lange nicht schließen, dass den benachbarten Völkern in Europa, die schließlich auf der gleichen christlich-abendländischen Kultur basieren, der Schutz der Menschenwürde nicht gleich wichtig sei wie uns.

Deshalb empfehle ich uns allen, in der Debatte – dazu reicht heute die Zeit nicht – auch mit den Argumenten der benachbarten Staaten umzugehen, um zu verstehen, warum sie zu ihren Schlüssen gekommen sind, und um in Europa insgesamt eine Diskussion herbeizuführen und möglicherweise einmal auch zu einer einheitlichen Beurteilung der Lage zu kommen.

Darauf haben Sie, Herr Kollege Reinhart, auch hingewiesen. Allerdings stelle ich fest, dass Sie in Teilen durchaus Meinungen haben, die von denen abweichen, die von der Landesregierung bereits geäußert worden sind.

Wenn wir miteinander der Auffassung sind, dass der Schutz der Würde menschlichen Lebens mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt und deshalb eine genetische Untersuchung, eine Auswahl oder gar eine wissenschaftliche Manipulation auf keinen Fall erlaubt ist, frage ich: Wie steht es dann mit dem Schutz der befruchteten Eizelle, die in vitro erzeugt, aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht in den mütterlichen Organismus eingepflanzt wird?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der Bereich, um den es geht!)

Dies ist ein logisches Problem, das zurzeit nicht zu lösen ist. Ich frage – etwas spitzfindig, aber immerhin logisch –: Muss man für jede befruchtete Eizelle, die nicht implantiert wird, einen mütterlichen Organismus suchen, damit sich das menschliche Leben zu einem Menschen entwickeln kann? Aber das ist auch nicht geschehen. Da ist die Debatte noch völlig ohne Antwort.

Wäre es dann nicht auch konsequent, die In-vitro-Fertilisation überhaupt zu verbieten oder auch die Einnistung eines befruchteten Eis zu verhindern, was als Schwangerschaftsverhütungsmethode heute völlig akzeptiert ist?

Wie steht es überhaupt – so muss man sich fragen – mit der Pränataldiagnostik, die heute eine gesellschaftliche Akzeptanz hat, die aber zu vergleichbar schwierigen Konflikten für die Mutter und die Eltern führen kann?

Ich rate Ihnen, sich einmal mit der Pränataldiagnostik auseinander zu setzen. Dabei müssen wir uns fragen, wie wir in den Beratungen Frauen bei der schwierigen Entscheidung auch schon vor der Schwangerschaft unterstützen können.

Und als Wichtigstes: Die Rolle der Frau spielt in dieser Diskussion eigentlich überhaupt keine Rolle. Dabei ist es

die Frau, ohne deren erklärten Willen befruchtete Eizellen überhaupt nicht zu einem Menschen heranreifen können. Das heißt, Voraussetzung ist, dass man überhaupt erst eine Frau hat, bevor ein Mensch entstehen kann. Welche Banalität eigentlich! Ich wünsche mir, dass dies in der Diskussion eine tiefer greifende Berücksichtigung findet.

Es wird argumentiert, bei einem Schwangerschaftsabbruch gebe es den unmittelbaren Zusammenhang zwischen einer Mutter und dem werdenden Leben. Aber wenn es so ist, dass auch eine in vitro befruchtete Eizelle werdendes Leben ist und es sich nicht ohne die Mutter entwickeln kann, dann besteht aus meiner Sicht eine genauso innige Verbindung zwischen diesem befruchteten Ei und dem mütterlichen Organismus.

Der Deutsche Ärztetag favorisiert, wie wir wissen, eine Regelung der Präimplantationsdiagnostik mit ganz strengen Auflagen und nur in eng begrenzten Fällen. Dagegen wird nun argumentiert, damit sei dann der Damm gebrochen. Ich denke, es wäre letzten Endes ein Offenbarungseid der Politik, wenn wir meinten, mit solchen Regelungen nicht umgehen zu können.

Ist es die Angst vor Missbrauch? Missbrauch lässt sich nie ausschließen, erst recht dann nicht, wenn dem die Freiheit der Forschung gegenübersteht.

Ist es die Angst vor der Unfähigkeit, klare Grenzen definieren zu können? Ich denke, dass es unsere politische Handlungsoption ist, hier die Grenzen einzuführen und deren Einhaltung auch zu kontrollieren.

Oder ist es die Angst vor einem Verlust an Akzeptanz von Behinderten in unserer Gesellschaft? Das ist eine wichtige Diskussion. Aber gegenwärtig gibt es überhaupt keine Anzeichen dafür, dass sich eine Gesellschaft in diese Richtung bewegt, auch nicht dort, wo die PID erlaubt ist und wo man mit diesen Dingen anders umgeht als bei uns. Im Gegenteil, ich stelle fest, dass in benachbarten europäischen Ländern die Akzeptanz und die Hineinnahme von Behinderten in die Gesellschaft häufig weiter fortgeschritten ist als gegenwärtig bei uns.

Ich persönlich halte es für denkbar, dass wir am Ende einer langen Debatte – und wir sind erst am Anfang – in Deutschland Zentren zur Präimplantationsdiagnostik einrichten können, damit die Betroffenen, die dann meistens aus sehr nachvollziehbaren Gründen entschlossen sind, diese Diagnostik durchführen zu lassen, nicht jenseits der Grenzen gehen müssen, sondern hier bei uns bleiben können und in die deutsche Rechtsordnung eingebettet sind. Ich halte dies für ein Ziel, das wir anstreben sollten.

Ich habe jetzt nicht über die wissenschaftliche Forschung geredet. Vielleicht gibt es dazu in der zweiten Runde noch Gelegenheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen es sehr, dass diese Debatte jetzt auch im politischen Raum des Landtags von Baden-Württemberg aufgegriffen wird. Wir sind uns alle darüber einig – und ich glaube, dass dies das Erfreuliche ist –, dass dieses Thema nicht ausschließlich in Zirkeln, in Ethikräten diskutiert werden darf, sondern ganz breit diskutiert werden muss. Es handelt sich um Fragen, die im Zusammenhang mit neuen Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologie schon lange andeutungsweise bekannt sind, aber mit beschleunigtem wissenschaftlichen Fortschritt immer drängender auch die Politik beschäftigen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das kann nicht allein von der Politik, das kann nicht allein vom Wissenschaftler, das kann nicht allein von Ethikräten, sondern das muss in einem breiten gesamtgesellschaftlichen Diskurs geklärt werden. Das zum einen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Zweite Bemerkung: Zum Thema dieser Aktuellen Debatte gehört ja auch „in Baden-Württemberg“, und wir sollten diesen Diskurs auch hier führen. Ich bin übrigens sehr dankbar, dass sowohl von Regierungsseite als auch von den Fraktionen – auch unsere Fraktion hat sich das vorgenommen – Expertinnen und Experten angehört werden sollen; wir haben davon in Baden-Württemberg eine ganze Menge. Denn wer sich mit dem Thema beschäftigt, merkt, dass davon die verschiedensten Ebenen betroffen sind.

Herr Kretschmann hat sehr stark den ethisch-moralischen Aspekt beleuchtet, und Ihrer Position, Frau Kipfer, bin ich sehr nahe, weil Sie das Ganze ein Stück weit auf die biologisch-medizinische Ebene heruntergebrochen haben. Das ist die Ebene, die die Menschen – die Frau und übrigens auch den Mann, der beteiligt ist – im Wesentlichen im Gespräch und bei der Beratung mit dem Arzt, der das alles zu entscheiden hat, ganz massiv persönlich betrifft.

Mir geht es wie Ihnen, Frau Kipfer: Man tut so, als wäre dieser extrakorporal befruchtete Embryo völlig unabhängig – a) vom Vater, b) von der Mutter. Aber nur dann, wenn sich die Mutter entschließt – und ich glaube, wir sind uns einig, dass man eine Frau nicht zwingen kann, sich gegen ihren Willen ein befruchtetes Ei implantieren zu lassen –, kann aus diesem befruchteten Ei ein Embryo und damit ein Mensch entstehen.

Das ist übrigens auch – um es noch einmal auf die ethische Ebene zu bringen, weil wir tatsächlich über unseren deutschen Tellerrand hinausblicken müssen – in der jüdischen Weltanschauung sehr stark ausgeprägt, die erst mit der Einnistung des Eis im Körper der Frau die Menschwerdung beginnen lässt. Also auch aus ethischer Sicht haben wir da unsere Vorstellungen, es gibt aber durchaus noch andere.

Ich denke, wir sollten bei dieser ganzen Debatte versuchen, nicht Sieger und Besiegte zu sehen: hier die moralisch Guten, dort die moralisch Verwerflichen. Da werden halt leider immer auch Zwischentöne eingebracht wie: Das sind

Forscher mit irgendwelchen Allmachtsfantasien und, und, und. Ich behaupte, die Mehrzahl der Forscherinnen und Forscher, die an diesem Thema arbeiten, arbeiten verantwortlich, weil sie in erster Linie Menschen helfen wollen. Dieses Element ist, glaube ich, ethisch mindestens genauso hoch anzusetzen.

In dieser ganzen Debatte wird sehr vieles – übrigens auch bei der Beantragung der Debatte – ein Stück weit durcheinander geworfen. Die PID hat mit der Stammzellenforschung relativ wenig zu tun. Deswegen will ich im ersten Teil versuchen, noch das eine oder andere zur PID zu sagen.

Auch da habe ich Gott sei Dank gehört, dass wir sehr nahe beieinander sind. Herr Kollege Reinhart, Sie haben gesagt, in streng definierten Ausnahmefällen müsse man darüber nachdenken. Ich bin auch der Meinung, dass wir keine Schnellschüsse brauchen können.

(Beifall des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Wir müssen tatsächlich erst einmal breit diskutieren. Als Politiker werden wir aber nicht darum herumkommen, bei allen ethisch möglicherweise unterschiedlichen Betrachtungen eine Entscheidung zu treffen. So war es übrigens auch bei der Abtreibungsdebatte. Ich bin überzeugt, dass es nach wie vor viele gibt, die die Regelung, die wir jetzt haben, ethisch für falsch halten. Trotzdem sind wir politisch zu einer Mehrheitsmeinung gekommen, die dann auch in Recht umgesetzt worden ist, und genau auf diesem Weg befinden wir uns derzeit.

Dazu einfach einmal ganz praktisch etwas zum Nachdenken: Ich nehme das Thema „drohende Selektion“ sehr ernst. Sie wissen, dass mir die Behindertenpolitik sehr nahe liegt. Ich nehme also dieses Argument sehr ernst. Aber ich frage mich manchmal auch: Wenn wir da eine Grauzone schaffen bzw. möglicherweise einen Tourismus auslösen, indem wir Selektion bei uns von vornherein völlig ausschließen, dann wird möglicherweise an anderer Stelle in einer Grauzone mehr gemacht, als wir das vielleicht für ganz wenige Fälle, die klar definiert sein müssen, die überprüft werden müssen, zulassen würden. Die Politik muss auch ein Stück weit darüber entscheiden, wie die Ethikräte zusammengesetzt werden. Natürlich muss die medizinische Seite daran auch beteiligt sein. Die Frage ist, ob wir es hinbekommen, dass sich das auf wirklich extrem wenige Fälle reduziert.

Abschließend zur PID. Wenn man von „Dammbruch“ redet, so darf ich darauf hinweisen, dass es eine Zahl gibt, nach der in Deutschland jährlich etwa 30 000 Schwangerschaften abgebrochen werden, und zwar nicht nach der embryopathischen Indikation – sie gibt es nicht mehr –, aber abgeleitet durch Pränataldiagnostik – damit sind wir bei einem anderen Thema –, weil zu erkennen ist, dass das Kind voraussichtlich behindert zur Welt kommen wird, und zwar genau auf der Basis: Hält die betroffene Familie, die betroffene Frau diesen Konflikt aus? Etwa 30 000-mal sagen die betroffenen Frauen in Deutschland Nein. Wir reden bei der Präimplantationsdiagnostik von einem – auch in quantitativer Hinsicht – ganz eng begrenzten Bereich.

(Dr. Noll)

Ich glaube, im Bereich Präimplantationsdiagnostik werden wir – übrigens auch auf der Basis dessen, was die Bundesärztekammer vorgelegt hat – möglicherweise, wenn ich es richtig gehört habe, bald zu einem Konsens kommen können.

Auf die Stammzellenforschung möchte ich in der zweiten Runde zu sprechen kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Wissenschaftsminister Professor Dr. Frankenberg.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um eine Frage, wie sie grundlegender kaum sein kann. Denn es geht um die Frage der Möglichkeiten der Eingriffe in unser Menschsein und Menschwerden an sich. Deshalb ist eine gründliche, ohne Zeitdruck geführte Debatte von größter Wichtigkeit.

Als Wissenschaftsminister bin ich einerseits für die Freiheit von Forschung und Wissenschaft verantwortlich. Andererseits sollte uns aber allen klar sein, dass diese Freiheit von Wissenschaft und Forschung nachrangig ist gegenüber höheren Grundwerten wie dem menschlichen Leben und der menschlichen Würde.

Zunächst einmal zur Präimplantationsdiagnostik. Diese ist derzeit nicht gestattet. Derzeit kommt aber nur etwa 1 % der Embryonen durch In-vitro-Fertilisation zustande. Da diese und ihre Nachkommen steril sind, wird sich diese Frage danach mit wesentlich größerer Schärfe stellen.

Ich bin aber mit unserem Ministerpräsidenten der Überzeugung, dass die PID auch in Zukunft nicht gestattet sein darf. Es geht um die Möglichkeit der Abspaltung totipotenter Embryonalzellen. Dies ist schon deshalb abzulehnen, weil damit Klonierung verbunden ist. Aber auch die Abspaltung pluripotenter Embryonalzellen stellt uns vor die Entscheidung einer Selektion menschlichen Lebens. Daher lehne ich dies persönlich ab.

Ich anerkenne aber, dass die Vertreter einer anderen Auffassung durchaus lautere Motive haben. Es stellt sich zum Beispiel die Frage nach dem Kinderwunsch von Behinderten. Aber wir müssen auch die Gegenfrage stellen, ob dies denn unbedingt PID zur zwangsläufigen Folge hat. Ich glaube, dass dem nicht so ist.

Kommen wir zu dem Punkt der humanen embryonalen Stammzellen.

Diese Diskussion hat mit dem Antrag zweier Bonner Forscher auf Forschungen an importierten embryonalen Stammzellen begonnen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte im Jahr 1999 eine Position erarbeitet, die die Forschung an embryonalen Stammzellen nicht fördern und aus Sicht der DFG nicht gestatten wollte. Die DFG war der Auffassung, in Deutschland solle man sich auf die Forschung an adulten Stammzellen konzentrieren. Diese Haltung hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft in einem sehr widersprüchlichen Papier angesichts des Antrags der beiden Bonner Forscher revidiert. Aber noch im Jahr 2000

– am 28. Dezember – hat der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, formuliert:

Embryonen haben alles, um ein Mensch zu werden. Man opfert einen potenziellen Menschen, um Stammzellen herzustellen. Er wird zur Sache degradiert. Damit ist die Grenze des ethisch Vertretbaren grundsätzlich überschritten.

Die DFG hat diese Auffassung revidiert. Ich selber bin der Auffassung, dass die frühere Position der DFG nach wie vor Gültigkeit hat; denn die darin enthaltenen Argumente bestehen nach wie vor fort. Denn wenn wir diese Forschung beginnen, werden wir nicht umhinkommen, Embryonen nicht mehr als Selbstzweck, sondern zu Forschungszwecken zu erzeugen.

Die so genannten überschüssigen Embryonen – wobei ich das Wort „überschüssig“ in dem DFG-Papier schon für ein nicht vertretbares Wort halte – werden – und da ist sich die Wissenschaft weitgehend einig – für eine wirkliche, dann in Therapie mündende Stammzellenforschung nicht ausreichen. Das heißt, wir stehen nicht vor der Frage, ob jetzt ein Rubikon überschritten wird, sondern wenn wir ihn überschreiten, werden wir weitere Flüsse dieser Art überschreiten müssen und immer dem Argument begegnen: Da wir den ersten schon überschritten haben, müssten wir auch den zweiten überschreiten, um die Anwendung dieser Forschung dann wirklich fruchtbar zu machen.

Die Frage, ob dieses Verbot der Forschung an embryonalen Stammzellen auch für importierte – zugegebenermaßen nicht toti-, sondern nur pluripotente – embryonale Stammzellen gilt, möchte ich mit einem Zitat von Herrn Brüstle, einem der Bonner Forscher, aus der „Welt am Sonntag“ letzter Woche beantworten. Er sagte: „Es wird doch nur ein Embryo getötet, wenn ich eine Stammzellkultur aufbauen will.“ Aber gerade das ist das Grundsatzproblem. Wir können hier nicht in Quantitäten denken und auch nicht fragen, ob ein inländischer oder ein ausländischer Embryo getötet wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Auch mit der künstlichen Befruchtung ist dieser Rubikon nicht überschritten worden; denn bei der künstlichen Befruchtung wird ein Mensch um seiner selbst willen erzeugt. Bei einem Embryo aus embryonalen Stammzellen wird er wahrscheinlich als ein Mittel zum Zweck angesehen.

Die Grundfrage, die gestellt worden ist, ist die: Wann beginnt der Mensch? Diese Frage beantwortete ich, wie sie auch schon beantwortet wurde: Es gibt eigentlich nur einen Zeitpunkt, an dem dies relativ klar ist, nämlich bei der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Es gibt keine entsprechende Zäsur danach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ab der Verschmelzung entwickelt sich der Embryo nicht zum Menschen, sondern nur noch als Mensch, und das Leben ist, wie unser Ministerpräsident in der Regierungserklärung gesagt hat, ein einheitliches Gut, ein einheitliches,

(Minister Dr. Frankenberger)

unteilbares Rechtsgut, es kann keine Abstufungen von Menschsein, keine Optimierung von Menschsein – weder am Anfang noch am Ende des Lebens – geben.

Ich halte auch manche Diskussionsbeiträge wie die des Bundeskanzlers zur bioethischen Diskussion, dass diese mit ideologischen Scheuklappen geführt würde, für wenig hilfreich. Weder die Werteethik Kants noch das christliche Menschenbild, noch unsere Verfassung bauen auf ideologischen Scheuklappen auf.

Auch das Verständnis meines an sich sehr verehrten Kollegen, Herrn Markl, des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, dass der Wissenschaftler die Grenzen definiert, jenseits deren er forscht, und dass es geradezu zur Menschenwürde eines Wissenschaftlers gehöre, Grenzen zu überspringen, halte ich nicht nur für verfehlt, sondern geradezu für gefährlich.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat in Erkenntnis dieser schwierigen Situation die Entscheidung über den Antrag der beiden Bonner Forscher erneut vertagt. Denn sie hat das einzig Richtige getan und argumentiert: In dieser Lage unter Zeitdruck zu entscheiden und keine gründliche Diskussion – auch in den Parlamenten – führen zu können, wäre die falscheste Antwort auf diese Anträge, und davon sollten wir uns auch nicht durch einen eventuellen *Fait accompli* eines einzelnen Kieler Forschers abbringen lassen.

Die derzeitige Diskussion zeigt auch, dass wir ganz am Anfang der embryonalen Stammzellenforschung stehen. Die Frage der wirtschaftlichen Verwertbarkeit stellt sich überhaupt noch nicht. Deutschland wird in seiner Forschung auch nicht zurückgeworfen, wenn wir jetzt debattieren, gründlich diskutieren, uns eine Meinung bilden und noch nicht entscheiden. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit darf auch nicht die entscheidende Frage bei der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz von wissenschaftlichem Fortschritt sein. Auf jeden Fall gehört dieses Thema in die Politik, in die Parlamente. Wir sind gut beraten, wenn wir uns Sachverstand hinzuziehen, wenn wir den Sachverstand befragen; aber entscheiden muss die Politik und entscheiden müssen die Parlamente. Wir können diese Entscheidung nicht delegieren.

Die Landesregierung wird sich umfassend informieren. Wir werden auch den gerade vorgelegten Bericht der Bush-Regierung in den USA zurate ziehen, der heute, obwohl vertraulich, in der amerikanischen Presse zitiert worden ist. Dieser Bericht geht nicht von ethischen Fragen aus, sondern von der wissenschaftlichen Wertigkeit der embryonalen gegen die adulte Stammzellenforschung und kommt zu der Folgerung, dass man die Chancen der adulten Stammzellenforschung bislang weit unterschätzt hat und die Risiken der embryonalen Stammzellenforschung viel zu gering eingeschätzt hat. Wenn wir als Land auf die adulte Stammzellenforschung setzen, kann dies überhaupt nicht falsch sein, und wenn wir insgesamt keine übereilten Schlüsse ziehen, ist dies sicher der richtige Weg.

Das Land wird seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Erforschung der Zelltherapie, auf dem Gebiet des Organersatzes durch Zelltherapie verstärken. Dies sind wir den Menschen schuldig – ca. einem von 2 000 Bürgern –, die darauf bauen, dass ihre Leiden durch derartige Therapien eventuell gelindert oder behoben werden könnten. Das heißt, wir verweigern uns nicht der Forschung. Wir werden diese Forschung verstärkt fördern. Aber wir setzen primär auf die adulte Stammzellenforschung.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen, weil verschiedentlich angesprochen wurde, die Redezeiten und die Modalitäten seien nicht angemessen. Die Fraktion GRÜNE hat diese Debatte als Aktuelle Debatte beantragt. Im Präsidium sind keine anderen Vereinbarungen getroffen worden. Infolgedessen gelten die Regeln der Geschäftsordnung. Alle Redner in der ersten Runde haben die Redezeit weit überzogen. Ich bitte Sie, in der zweiten Runde – da gilt wieder eine Redezeit von fünf Minuten – die Redezeit wenigstens annähernd einzuhalten.

Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns war natürlich bewusst, dass in einer Aktuellen Debatte dieses Thema nicht angemessen diskutiert werden kann. Aber ich glaube, dass es richtig war, sie zu beantragen; denn ich finde, die Ausführungen des Wissenschaftsministers haben hier Klarheit geschaffen über die Haltung der Landesregierung, insbesondere unter dem Eindruck der aktuellen Diskussion des Imports von embryonalen Stammzellen aus Australien. Ich finde, Herr Minister Frankenberger, dass Ihre Erklärung dazu Klarheit geschaffen hat. Ich muss einfach feststellen, dass ich zu dem, was Sie hier erklärt haben – ich kann da sicher auch für meine Fraktion sprechen –, überhaupt keine Differenzen feststellen kann und mit allem, was Sie gesagt haben, völlig übereinstimme.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen.

Die erste Bemerkung ist ein Appell an die FDP. Ihr Parteichef Westerwelle hat sich für schnelle Entscheidungen in der Debatte um die Gentechnik ausgesprochen und gesagt: „Politiker, die sich hinter Ethikräten verstecken, sind meines Erachtens für unsere Zeit nicht mehr tauglich.“

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist nicht meine Meinung! Ich glaube, ich habe das klar gesagt!)

Ich glaube, dieser Hinweis ist einfach wichtig, zumal diese Aussage im Widerspruch dazu steht, dass Herr Wirtschaftsminister Döring sogar einen Ethikrat für Baden-Württemberg gefordert hat. Das halte ich nicht für besonders sinnvoll, denn es geht hier um kein spezifisch baden-württembergisches Problem. Ich glaube, dass es überhaupt keinen Grund für schnelle Entscheidungen gibt. Schnelle Entscheidungen in dieser Frage sind außerordentlich problematisch.

(Kretschmann)

Zweitens möchte ich mich noch einmal dem pragmatischen Argument widmen: „Was geschieht, wenn wir es hier nicht zulassen? Wird es einen PID-Tourismus geben?“ Natürlich ist das ein gewichtiges Argument, aber wir müssen uns noch einmal vor Augen halten: In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es, dass diese Menschenrechte „unveräußerlich“ sind. „Unveräußerlich“ ist ein Begriff aus der Kaufmannssprache. Das heißt, wir können in einer so fundamentalen Frage unsere Auffassung darüber, was Menschenwürde ist und wer Träger dieser Menschenwürde ist, eben nicht zum Gegenstand von Gegenseitigkeitsüberlegungen machen, was wir sonst in der praktischen Politik sicher oft zu Recht tun.

Jeder von Ihnen kann doch bestätigen, dass Sie, zum Beispiel hinsichtlich der Religionsfreiheit, oft hören: „Aber was geschieht mit den Christen in anderen Ländern?“ Wenn wir anfangen, Grundrechte nicht aus innerster Überzeugung, weil wir selber dahinter stehen, für uns zu formulieren, und wenn wir nicht versuchen, sie auch in den internationalen Gremien, die dazu da sind, durchzusetzen – das ist natürlich der Sinn der ganzen Angelegenheit und das, wovon der große Philosoph Kant, der uns die Grundlagen für diese Debatte mitgegeben hat, geträumt hat: von einer Weltbürgergesellschaft; das ist schon klar –, sondern wenn wir in solchen fundamentalen Fragen einfach praktische Erwägungen der Gegenseitigkeit zum Kriterium machen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das wollen wir doch gar nicht!)

dann geschieht doch Folgendes: Es bewegt sich immer auf den untersten Standard zu. Deswegen steht der Begriff „unveräußerlich“ in Artikel 1 des Grundgesetzes,

(Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Hauk CDU)

weil man das in solchen fundamentalen Fragen eben nicht machen kann, sondern das deutsche Volk quasi aus innerster Überzeugung für diese Rechte eintritt. Sie sind unkündbar und nicht davon abhängig, ob andere sie auch befolgen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Warum hat man das dann bei der Abtreibung nicht gemacht?)

– Herr Kollege Noll, auf die Parallelen zur Abtreibung kann ich jetzt natürlich nicht eingehen. Aber das kann doch kein Argument sein. Schon die Pränataldiagnostik ist hoch problematisch. Wirklich jede Frau, die davon betroffen ist, kann bestätigen, welcher Druck auf sie ausgeübt wird. Sie können sich von allen möglichen Frauen, die vor der Entscheidung zur Pränataldiagnostik gestanden haben, erzählen lassen, was passiert, wenn eine Frau es wagt, zu sagen: „Nein, das möchte ich nicht machen.“ Das können wir doch nicht als Argument dafür nehmen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein!)

es auch noch auf das Labor und das Reagenzglas auszuweiten. Es ist doch noch einmal eine ganz andere Kategorie, ob eine Person in einer Konfliktsituation steht

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

oder ob Forscher, die nicht in solchen Konflikten stehen, dasselbe tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber da durchbrechen Sie doch diesen ethischen Rigorismus!)

– Nein, ich sage ja: Dies sind Fragen, in denen ein Konsens schwer herzustellen ist. Aber wir müssen uns doch alle redlich bemühen, einen Konsens herzustellen.

Meiner Ansicht nach muss er darauf abzielen: Das menschliche Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Alle anderen Lösungen lassen keine Grenzen mehr erscheinen, an denen wir uns festhalten können. Dann geschieht das, was ich mit der „schiefen Ebene“ gemeint habe und was der Minister so formuliert hat: Wenn wir den Rubikon überschritten haben, werden immer neue Flüsse kommen, die wir überschreiten müssen. Das Argument der schiefen Ebene ist wichtig, glaube ich. Wir sollten daher versuchen, uns an diesem Punkt zu einigen. Aus der Frage, wann das menschliche Leben beginnt, folgen die allerwichtigsten Konsequenzen. Wenn wir uns da einig sind, dann sind die Konsequenzen auch ziemlich klar, nämlich dass dann Embryonen an sich Träger der Menschenwürde sind,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und nicht abgetrieben werden dürfen, in keinem Konfliktfall!)

egal, wo sie gezeugt werden.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte an dem anschließen, was hier auch im direkten Zuruf diskutiert wurde, nämlich an dem Einwand des Abtreibungsarguments.

Herr Kollege Noll, ich glaube, das muss man differenzierter betrachten. Wir müssen uns dabei sowohl juristisch wie ethisch wie moralisch fragen: Ist dieser Vergleich überhaupt erlaubt? Denn Abtreibungen – das hat ja die Diskussion zur Gesetzgebung gezeigt – geschehen aus einer individuellen Konfliktsituation heraus.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: PID doch auch!)

Deshalb ist diese Schlussfolgerung einfach nicht richtig, wenn wir sie sozusagen vorübertragen.

Das Zweite: Von den Vertretern der Proargumente – ich glaube, auch damit müssen wir uns befassen – wird ja immer gesagt: Die Einführung einer neuen Technik ebnet den Weg für andere, abzulehnende Techniken. Dabei kommen die Befürworter zu dem Argument: Das ist wie beim Hammer. Mit dem kann man einen Nagel in die Wand schlagen, aber man kann damit auch jemandem den Kopf einschlagen. Übersetzt auf unser Thema muss das aber heißen: Das Schiefe-Ebene-Argument ist richtig, aber es gibt Grenzen, und die Grenzen müssen dort gezogen werden, wo eine Handlung ethisch und rechtlich nicht mehr vertretbar ist. Darum geht es bei unserem Thema. Das muss auch der

(Dr. Reinhart)

Gradmesser sein, an dem wir uns orientieren. Deshalb glaube ich, dass weder das Argument mit dem analogen Bezug auf die Abtreibungsdebatte noch das Schiefe-Ebene-Argument hier greifen darf. Insoweit, Herr Kretschmann, sind wir uns einig.

Ich möchte an dieser Stelle an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erinnern. Er hat hier völlig zu Recht die Verfassungslage zitiert. Die Verfassungslage mit den Artikeln 1 und 2 des Grundgesetzes ist sehr wohl historisch gewachsen für uns und auch für unsere Gesetzgebung in der Normenhierarchie, denn daran müssen unsere Gesetze und Gesetzesänderungen gemessen werden. Dabei steht für uns die Würde des Menschen an oberster Stelle. Das ist auch die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen, nämlich dahin gehend, dass wir sagen müssen: Das Recht auf Leben und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen sind keine hehren Ziele, sondern sie sind die Verteidigungslinie, die der Staat zu halten hat. Es ist genau die Aufgabe der Parlamente, darauf zu achten. Daran muss sich auch die Diskussion für die Gesetzgebung orientieren. Ansonsten würden wir die Grenzen völlig vermischen. Das wollte ich zur Verfassungslage hier anführen; denn ich glaube, dies ist klar.

Dann kommt ein weiteres Argument. Ich finde, der Wissenschaftsminister hat das Problem der Grenzziehungsdebatte sehr qualifiziert angesprochen. Was würden unsere behinderten Menschen in Baden-Württemberg dazu sagen, wenn wir diese Diskussion und die PID ebenfalls in der jetzt von Forschern in Kiel diskutierten Form zuließen? In Baden-Württemberg ist jeder Zehnte behindert. Eine Million Menschen im Land sind von einer Behinderung betroffen; davon sind rund 70 % schwerbehindert. Eine Auslese darf es hierbei nicht geben. Deshalb darf auch der menschliche Embryo meiner Meinung nach nicht zur Biomasse degradiert werden. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir uns deshalb in den nächsten Monaten und Jahren ernsthaft mit diesen Themen auseinander setzen, weil sie für gesetzgeberische Schnellschüsse nicht tauglich sind. Wir müssen sehen: Auch in den Kirchen – ich habe vorhin mit Vertretern der Kirchen gesprochen, die heute hier anwesend sind – ist jetzt eine intensive Diskussion in Gang gekommen. Wir sollten das bedenken, denn hier sind religiöse Fragen betroffen, hier sind ethische Fragen betroffen, hier sind Verfassungsfragen betroffen.

Die Union hat sich bereits in manchen Punkten zu klaren Grenzziehungen bekannt. Eine davon ist, dass wir die Fortschritte bei der Erforschung des therapeutischen Potenzials auch adulter Stammzellen begrüßen; denn momentan fokussieren wir uns geradezu auf die Frage der embryonalen Stammzellen und lassen die anderen Möglichkeiten der Forschung völlig außer Acht.

In der Pause hat mir Professor Beyreuther gesagt, im Grunde genommen, wenn wir uns das vor Augen halten, gehe es bei der Frage der PID sicherlich darum, dass keine industrielle Zellproduktion möglich wird. Es gibt 40 000 Versuche pro Jahr. Davon sind 8 000 Versuche bei der In-vitro-Fertilisation erfolgreich. Nun haben wir ganze 150 Fälle – so sagt er mir –, die überhaupt im Hinblick auf Erbkrankheiten belastet sind.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

– Völlig richtig, Herr Noll. – Die Frage ist, ob wir da überhaupt eine Gesetzgebung brauchen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die brauchen wir!)

Das heißt, wir fokussieren uns viel zu sehr auf diese Frage, anstatt uns, nachdem es sich dort auch um reine Spekulation handelt, verstärkt auf die Frage zu konzentrieren: Was ist im Rahmen der Verfassungslage möglich? Was ist gerade bei der Forschung mit adulten Stammzellen möglich? Wo überschreiten wir die Grenzen nicht? Denn dann werden wir diesseits des Rubikons bleiben. Das halte ich auch für eine wichtige ethische Herausforderung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Ich finde, das ist eine gute Debatte, weil wir uns alle miteinander davor bewahrt haben, uns gegenseitig irgendwelche politischen Vorwürfe zu machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein bisschen doch!)

Gleichwohl habe ich nicht überall diese von mir eingeforderte Offenheit gegenüber anderen Argumentationen spüren können, auch nicht bei Ihnen, Herr Minister. Ich werte Ihre Ausführungen insoweit als persönliche Ausführungen, weil ich auch von Ihnen annehme, dass Sie in dieser politischen Debatte, die wir führen, möglicherweise noch zu anderen Auffassungen kommen. Für mich erkläre ich das jedenfalls.

Ich erkläre das insbesondere zur Diskussion darüber, ob wir bei der PID zulassen dürfen, dass man behindertes Leben von vornherein ausschalten kann. Da bin ich noch nicht ganz fertig mit meiner Überlegung. Denn das ist die ganz kritische Frage, obwohl ich wiederhole, dass in den Ländern, in denen dies bereits möglich ist, nicht feststellbar ist, dass die gesellschaftliche Akzeptanz von Behinderten irgendwie schlechter geworden wäre. Aber darüber muss man nachdenken.

Keine Antwort – von niemandem – habe ich zu der Frage gehört, die ich aufgeworfen habe: Was geschieht mit den so genannten – ich nenne das auch in Anführungsstrichen – „überzähligen“ Embryonen, die keine Einpflanzung in einen mütterlichen Organismus erfahren? Das ist nämlich die Kernfrage danach, ob wir es künftig auch sonst zulassen, dass befruchtete Eizellen nicht in mütterliche Organismen eingefügt werden. Was passiert dann mit denen? Gegenwärtig werden sie, weil es sie schon gibt – das ist eine Folge der In-vitro-Fertilisation –, in den Klinikmüll geworfen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Das ist ein eklatanter Widerspruch zu dem, was Sie sagten, Herr Kretschmann,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Richtig!)

wonach auch diese befruchteten Eizellen von Anfang an der Menschenwürde unterlägen. Das stimmt ja auch. Aber

(Birgit Kipfer)

was machen wir denn tatsächlich, faktisch mit der Situation, die wir vorfinden?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Total vermeiden!)

Ich meine, dass es bei diesem Themenfeld immer eine individuelle Konfliktsituation der Frau gibt. Dies gilt zumindest unter den Voraussetzungen, die die Deutsche Ärztekammer in ihrem Entwurf niedergelegt hat, wonach dies nur unter ganz eng begrenzten Bedingungen bei offensichtlich prädisponierter erblicher Veranlagung unter sehr strengen ethischen Gesichtspunkten und nach einer verpflichtenden Beratung, die auch das Leben ohne Kinder thematisiert, eine mögliche Antwort sein kann. Vor allem legt sie offen, dass das immer ein Konflikt der Frau ist; denn sie wird gefragt: Was trage ich aus, oder was muss ich nicht austragen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es, ja!)

Dazu gibt es auch noch keine umfassende Antwort.

Zur Forschung möchte ich noch folgendes Argument anfügen – das läuft unter dem Stichwort „Doppelmoral“ –: Was machen wir, wenn die Forschungen in anderen Ländern zu Ergebnissen gekommen sind, die wir gerne bei uns nutzen wollen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

wenn solche Forschungen bei uns aber verboten sind? Das ist in der Tat eine Frage, die sich jeder selber stellen muss. Ich halte es für erlaubt, vor diesem Hintergrund zu fragen, ob wir solche Forschungen dann nicht besser bei uns zulassen sollten, genauso wie wir die PID zulassen sollten, weil sich diese Forschungen dann in unserem Rechtsrahmen vollzögen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Gerade auf die Fragen, die Frau Kipfer gerade wiederholt hat, habe auch ich keine wirkliche Antwort gehört – auch nicht von Ihnen, Herr Kretschmann. Ich möchte deshalb versuchen, die Probleme an praktischen Fällen deutlich zu machen.

Ich habe gesagt: Ich respektiere die Haltung, dass Sie sagen, der menschliche Zellkern sei unantastbar. Die In-vitro-Fertilisation war der Dammbbruch, da überhaupt herumzumanipulieren. Übrigens gab es beim ersten Retortenbaby – daran sollte man sich einmal erinnern – 1978 einen Aufschrei, einen gesamtgesellschaftlichen Aufschrei, auch der Kirchen und, und, und. Inzwischen ist die In-vitro-Fertilisation überhaupt kein Thema mehr. Daraus folgen natürlich weitere Probleme. Deswegen glaube ich, um das Fazit zur PID vorwegzunehmen: Wir sollten das letztlich anhand eines Gesetzes über die gesamte Reproduktionsmedizin diskutieren, denn es gibt viele Grauzonen. Ich erinnere mich an Diskussionen im Sozialausschuss des Landtags von Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Petitionen!)

bei denen sehr nachdenklich über die Frage gesprochen wurde: Gibt es wirklich ein Recht auf ein Kind und damit auch ein Recht auf In-vitro-Fertilisation und auch noch das Recht, dass das von der Sozialversicherung bezahlt wird? Damals habe ich ganz andere Koalitionen als im Moment erlebt.

Aber noch einmal: Man sollte sich das einmal anhand eines praktischen Falls überlegen. Darauf kann mir, Herr Wissenschaftsminister, bisher niemand eine Antwort geben. Denken Sie einmal an ein Ehepaar, das unfruchtbar ist und deswegen die In-vitro-Fertilisation möchte. Das ist übrigens der springende Punkt, ob die In-vitro-Fertilisation künftig nicht allein wegen der Unfruchtbarkeit praktiziert wird, sondern auch um vorher testen zu können. Das ist nämlich der nächste Schritt. Ursprünglich war die In-vitro-Fertilisation eine Therapie für Paare, die auf dem üblichen Weg, durch die biologische Zeugung kein Kind bekommen konnten. Denen sollte eine Chance gegeben werden. Das wird inzwischen ethisch allgemein begrüßt.

Wenn ich zulasse, dass ein in vitro gezeugter Embryo implantiert wird – reden wir jetzt überhaupt nicht davon, ob mit oder ohne PID –, und hinterher bei der Pränataldiagnostik, die dann in aller Regel folgt, festgestellt wird, dass dieses Kind möglicherweise missgebildet zur Welt kommen wird, hat nach unserer derzeitigen Rechtslage die Frau, wenn sie den Konflikt nicht aushalten kann – übrigens sind Mann und Frau beteiligt, das muss ich immer wieder sagen –, das Recht, diesen Embryo straffrei abzutreiben, und zwar noch in einem sehr späten Stadium.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Es heißt: rechtswidrig, aber straffrei!)

Wir sollten hier nicht wieder Debatten über Abtreibung hochkochen. Aber ich sage noch einmal: Wenn ich diesen ethischen Rigorismus hier in diesem kleinen Spezialgebiet – Sie haben es ja selber gesagt – PID anwende und sehe, dass in unserer Gesellschaft 30 000-mal, egal, wie man dazu steht, tatsächlich nach Pränataldiagnostik aufgrund des zu erwartenden Konflikts zu erwartendes behindertes Leben abgetrieben wird, dann kann mir niemand sagen, darüber dürfe es überhaupt keine Diskussion geben.

Vorhin ist Westerwelle angesprochen worden. Ich meine, ich habe klar gemacht, dass ich nicht für Schnellschüsse plädiere, sondern in der Tat der Meinung bin, dass wir das sehr, sehr gründlich diskutieren müssen. Aber wenn man schon Namen nennt, sollte man auch sagen, dass ein Herr Clement von der SPD nicht nur diskutiert,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Heutige FAZ!)

sondern schon manches in die Wege geleitet hat. Die unterschiedlichen Meinungen gehen quer durch alle Fraktionen. Ich finde es richtig, dass man sich da nicht nach einem Fraktionszwang oder nach was auch immer richtet, sondern dass jeder mit dem Wissen, das er hat, an das Problem herangeht. Da haben wir, behaupte ich, alle, die wir hier sitzen, ein Stück weit zu wenig Wissen. Denn dass wir, wie der Wissenschaftsminister gesagt hat, massenhaft Embryos allein zum Zweck der Stammzellenforschung werden pro-

(Dr. Noll)

duzieren müssen, ist mir neu gewesen. Meine Kenntnis der Dinge ist, dass ich nur sehr wenige Embryos brauche, um viele dieser Zelllinien, die gerade importiert werden, zu entwickeln.

Die Produktion eines Embryos für Zwecke der Forschung – das ist der entscheidende Punkt – lehne ich generell ab. Aber – das ist das Thema, das Frau Kipfer angesprochen hat – was passiert mit denen, die zum Zwecke der Befruchtung gezeugt worden sind, aber niemals die Chance haben werden, weil sie sich nie werden einnisten können, und zwar bei den Stammzellen zu einem Zeitpunkt, an dem sie nicht mehr totipotent sind, also aus ihnen kein ganzer Mensch mehr entstehen könnte, auch wenn noch vielfache Organe möglich sind?

Abschließend: Ich bin der Meinung, da gibt es wirklich noch sehr viel Diskussionsbedarf. Man kann nicht von vornherein sagen: Das gibt es bei uns nie; das Thema der Aktuellen Debatte bezog sich ja auf Baden-Württemberg. Wir müssen sehen, was in anderen Bundesländern und in benachbarten Ländern passiert, aber, Herr Kretschmann, nicht nach dem Motto: Was man anderswo machen kann, können wir auch machen. Wir dürfen auch nicht überheblich sagen: Nur wir wissen, was ethisch richtig ist. Wir müssen auch sehen, was die Nachbarn um uns herum machen und welche Auswirkungen es möglicherweise gibt. Auch das Thema PID-Tourismus usw. spielt eine Rolle.

Es gibt – das muss man einfach sagen – auch wirtschaftliche Auswirkungen. Ich finde es nicht verwerflich, zu sagen, dass die Bio- und die Gentechnologie als Schlüsseltechnologien dieses Jahrhunderts große wirtschaftliche Potenziale gerade für Baden-Württemberg bieten. Es wäre gerade die falsche Schlussfolgerung, zu sagen: Weil wirtschaftliche Potenziale vorhanden sind, wollen wir das auf gar keinen Fall haben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das hat auch keiner gesagt!)

Eine letzte Bemerkung zum Thema Behinderte. Für mich ist es das entscheidende und schwierigste Thema, dass heute schon – ich habe es bei der Pränataldiagnostik mehrfach erwähnt – Selektion stattfindet, und zwar hoffentlich immer mit der ordentlichen Beratung, die ja vorgeschrieben ist. Was passiert, wenn wir an dieser einen Stelle zusätzliche Möglichkeiten zulassen?

Da war für mich – man soll das möglichst konkret machen – eine Zahl wichtig: Mehr als 95 % der Menschen mit Behinderungen, die unter uns leben, sind von diesem Thema überhaupt nicht berührt. Das heißt, weniger als 5 % der Behinderungen sind genetisch so festgelegt, dass man sie mit PID erfassen könnte, und bei 95 % der Menschen mit Behinderungen könnte man gar nicht sagen: Du wärst nicht entstanden, wenn es die PID gegeben hätte.

Deshalb lautet für mich jetzt zum Schluss das Fazit: Ich halte es für gefährlich, das Thema „Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen“ an einem dieser Themen aufzuhängen, weil man unter Umständen wie bei der Abtreibung und bei der Pränataldiagnostik, die ja jetzt möglich sind, zu

dem gemeinsamen Beschluss, ob er ethisch von jedem mitgetragen wird oder nicht, kommt, dass die PID in Ausnahmefällen möglich sein sollte. Dann nämlich wäre die Akzeptanz der Behinderten vollends dahin.

Ich glaube, wir Politikerinnen und Politiker haben in der Gesellschaft wesentlich andere Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass in der Diskussion klar wird, dass es keine Pflicht zum perfekten, schönen und intelligenten Menschen gibt, dass wir durchaus wissen – da sollten wir uns nichts vormachen –, dass es immer Behinderungen geben wird, völlig unabhängig davon, was wir in diesem kleinen Spezialgebiet machen, dass es immer große biologische Unterschiede geben wird und dass wir nicht allein Produkt unseres Genoms sind.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Staatsrat Dr. Beyreuther.

**Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz Dr. Beyreuther:** Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete beiderlei Geschlechts, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit)

Frau Abg. Kipfer, dies ist eine gute Debatte. Ich denke, dies ist ein sehr wichtiger und sehr guter Satz zu einer sehr, sehr schwierigen Problematik, die Sie sicherlich noch lange beschäftigen wird. Schwere Zeiten werden uns bevorstehen, diese schweren Fragen zu diskutieren. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand in der Zukunft bei den Fragen, die wir hier andiskutiert haben.

Ministerpräsident Teufel hat am 20. Juni dieses Jahres in diesem Hause von diesem Pult aus die Feststellung gewagt:

Dass wir die verbrauchende Embryonenforschung ablehnen, bedeutet nicht, dass wir das Recht auf Therapie nicht anerkennen. Im Gegenteil: Das Land wird seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Zelltherapie verstärken.

Ministerpräsident Teufel fuhr in seiner Regierungserklärung fort:

Wir werden Forschungsvorhaben, die ethisch unbedenklich sind und das gleiche Ziel haben, nämlich Organersatz durch Zelltherapie, nachdrücklich fördern.

Minister Frankenberg hat dies nachdrücklich betont und hier seine Unterstützung dieser Zelltherapie verkündet.

Ich möchte ein Fenster in die Zukunft öffnen und Ihnen damit Ihre Entscheidung – die Entscheidung liegt bei den Politikerinnen und Politikern dieses Landes –, die diese Forschung betrifft, erleichtern.

Ausgangspunkt der Überlegungen von Ministerpräsident Teufel – wir haben es gerade von Herrn Abg. Dr. Noll gehört – ist die Tatsache, dass wir hier im Lande Baden-

(Staatsrat Dr. Beyreuther)

Württemberg folgende Situation haben: Jeder Zehnte hat eine Behinderung, viele von ihnen sind alt; eine Million Menschen haben eine Behinderung, viele durch chronische Krankheiten. Auch meine Mutter ist darunter. 40 000 Menschen in diesem Lande sind seit der Geburt gehandicapt, haben eine angeborene Behinderung.

Alle diese Menschen haben ein Recht auf Therapie, und deswegen hat Ministerpräsident Teufel gesagt: Wir wollen unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Zelltherapie verstärken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Denn da liegen die Hoffnungen.

Dieses Recht auf Therapie bedeutet Forschung in die richtige Richtung. Wie sieht nach meiner Meinung als beteiligter, betroffener Wissenschaftler diese richtige Richtung aus?

Wenn Sie mit Wissenschaftskollegen darüber sprechen, wie sie sich eigentlich die zukünftige Zelltherapie vorstellen, dann werden Sie erfahren, dass einige auf Embryonen zurückgreifen wollen. Mir schaudert eigentlich vor diesem Gedanken. Ich habe als Embryo angefangen, Sie alle haben als Embryo angefangen. Die Wissenschaftler wollen Körperzellen reprogrammieren, umprogrammieren, eine Hautzelle zu einer Zelle machen, die Herz-, Leber-, Nieren-, Blut-, Darm-, Blasen- und auch Gehirnzelle werden kann. Wenn wir Alzheimererkrankungen erfolgreich therapieren wollen – das ist mein Forschungsgebiet –, brauchen wir auch Gehirnzellen. Denn wenn wir einen Patienten, der an Alzheimer erkrankt ist, heilen, hat er ein leeres Gehirn, und dann müssen wir ihm die Zellen wieder geben, damit er die Kontakte ausüben kann, die er braucht, um wieder mit uns sprechen zu können.

Das Reprogrammieren von Körperzellen, eine Hautzelle zu einer Zelle zu machen, die eine Herzzelle werden kann, ist die große Herausforderung. Und diese große Herausforderung glauben einige meiner Kollegen mit embryonalen Stammzellen bewältigen zu können. Das ist sicherlich ein Ausgangspunkt. Ich glaube, dass es auch andere Wege gibt, und diese anderen Wege gehen von Tierexperimenten aus, mit denen man herausfinden kann, wie aus einer tierischen Hautzelle eine Herzzelle wird. Diese Forschungen sind auf gutem Wege.

Wir haben aber auch unter den 800 000 Geburten im Jahr in Deutschland bei 792 000 natürlichen Geburten eine Nabelschnur. Wir haben auch bei 8 000 in vitro erzeugten Kindern eine Nabelschnur. Wir haben 800 000 Nabelschnuren, in denen fetale Stammzellen sind, die auch eine große Potenz haben, zur Herz-, zur Nieren-, zur Darmzelle zu werden. Dies ist für mich die Forschung.

Ich darf noch einmal sagen: Mir schaudert vor dem Gedanken, am Ursprung des Lebens herumzudoktern.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des  
Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich darf die Sorge von Frau Abg. Kipfer und Herrn Abg. Dr. Noll aufgreifen: Was machen wir denn mit diesen überzähligen Embryonen oder Eizellen? Sie wissen, eine In-vitro-Fertilisation ist ein drastischer Eingriff in die Frau. Sie wird mit Hormonen behandelt. Dabei entstehen fünf bis zehn Eier; wir nennen das Superovulation. Diese Eier müssen aus dem Follikelkörper durch eine Operation herausgeholt werden. Bei den 40 000 In-vitro-Fertilisationen im Jahr in Deutschland gibt es also zwischen 200 000 und 400 000 Eier. Wenn diese Eier mit dem Samen verschmolzen werden, entsteht der Embryo. Das war mal mein Beginn, und das war Ihr Beginn. Was machen wir mit diesen überzähligen Embryonen? Sie haben keine Mutter, sie werden sterben. Gestorbene Menschen werden beerdigt, überzählige Embryonen werden beerdigt. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Nun ein Wort zur PID. Ich möchte keine Wertung treffen. Mir ist ganz klar, dass es etwa 150 Familien in Deutschland gibt, bei denen ein Elternteil eine schwere Erbkrankheit hat und darunter leidet. Dieser Elternteil mit Kinderwunsch will Kinder haben, die dieses Problem nicht haben. Wie wir bei diesen wenigen Familien eine Lösung finden, weiß ich nicht.

Aber es gibt einen großen Unterschied zwischen PID und Abtreibung. Bei der PID selektionieren wir eines von fünf oder zehn Lebewesen. Bei der Abtreibung machen wir keine Selektion. Da gibt es nur die Ja- oder Nein-Entscheidung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja, doch!)

Es gibt den Tod, aber es gibt nicht neunfach den Tod, und Sie haben keine willkürliche Entscheidung.

Das Problem, vor dem wir stehen, ist, dass wir alle erbkrank sind. Das hat das Genomprojekt gezeigt. Wir haben alle eine Veranlagung, die eine oder andere chronische Krankheit zu bekommen, und wir bekommen sie auch: Herz-/Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, Alzheimer – Sie kennen die Krankheiten. Was wollen wir selektionieren? Das Problem der PID ist, dass sie eine Selektion darstellt.

Ich habe mich mit dieser Frage, über die ich heute mit Ihnen spreche, seit dem 1. Februar befasst, als mich Ministerpräsident Teufel darauf hinwies, dass es eine meiner Aufgaben sein werde, ihn ethisch zu begleiten. Ich habe mich umgehört: Was für ein Interesse könnte mein Nachbar, mein Gesprächspartner haben, zu selektionieren? Ich habe gefragt: „Wolltet ihr Söhne haben, wenn ihr die Wahl hättet, wenn ihr selektionieren könntet?“ Die meisten haben gesagt: Nein. Wissen Sie, was die gesagt haben? „Wir wollen Töchter haben, denn wenn wir alt werden, können die uns besser pflegen.“ Ich denke, wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass das Selektion ist.

Selektion ist ein gefährlicher Weg, der, wenn er in Erwägung gezogen wird, scharf kontrolliert werden muss und nur in ganz, ganz wenigen Fällen angewendet werden darf. Ob er im Leib der Mutter angewendet wird oder vorher, mag dahingestellt sein. Das ist die Entscheidung der Politiker.

(Staatsrat Dr. Beyreuther)

Ich möchte mit einem Zitat Einsteins schließen:

Wissenschaft ohne Religion ist lahm, Religion ohne Wissenschaft ist blind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu den Anträgen der Landesregierung vom 18. und 26. Juni 2001 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/12, 13/29, 13/30**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Meine Damen und Herren, wird zu diesem neu in die Tagesordnung aufgenommenen Punkt eine Aussprache gewünscht? Falls eine Aussprache gewünscht wird, schlage ich Ihnen eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vor. –

(Abg. Fischer SPD: Nein!)

Sie stimmen zu.

(Abg. Bebbler SPD: Wir wünschen doch keine Aussprache! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Es will niemand eine Aussprache!)

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Nein, keine Aussprache!)

– Keine Aussprache.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/30. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist mehrheitlich zugestimmt.

Herr Abg. Bebbler, Sie erhalten das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

**Abg. Bebbler SPD:** Ich möchte für meine Fraktion eine Erklärung zur Abstimmung geben.

Wir haben mit Nein gestimmt, weil die Ausnahmegenehmigung rückwirkend zum 13. Juni 2001 erteilt wird. Das halten wir für verfassungswidrig. Deshalb hatten wir uns auch schon im Ausschuss dagegen ausgesprochen.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Beteiligung von Regierungsmitgliedern in wirtschaftlichen Unternehmen. Das sollte zur Klarstellung gesagt sein.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Kretschmann, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Ich möchte dasselbe erklären. Wir hätten den Wünschen auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zugestimmt, wenn keine rückwirkende Zustimmung gewünscht gewesen wäre. Meiner Ansicht nach wäre eine solche rückwirkende Zustimmung überhaupt nicht erforderlich gewesen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Denn klar ist: Wenn wir einem Mitglied der Regierung die Zustimmung versagt hätten, wäre ein in der Zwischenzeit erfolgter Beschluss rechtswidrig gewesen. Da wir aber die Zustimmung erteilt haben oder die Absicht hatten, dies zu tun, wäre dies überhaupt nicht der Fall gewesen und hätte ausgereicht. Leider mussten wir durch die Sturheit der Regierungsfractionen schließlich dagegen stimmen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Mack.

**Abg. Mack CDU:** Ich möchte darauf hinweisen, dass der erste Antrag der Landesregierung am 18. Juni eingereicht wurde.

(Abg. Birzele SPD: Ist das eine Erklärung zur Abstimmung oder ein Redebeitrag?)

Das älteste Mitglied des Ständigen Ausschusses hat den Ausschuss damals aber nicht einberufen, so wie es die Geschäftsordnung eigentlich vorsieht. Wenn dies geschehen wäre, Herr Birzele, hätte man diesem Antrag bereits am 20. Juni im Parlament zustimmen können, sodass ein Fingerzeigeantrag nicht mehr notwendig gewesen wäre.

(Abg. Birzele SPD: Was war das jetzt? – Abg. Drexler SPD: War das eine Erklärung zur Abstimmung?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlaments**

Meine Damen und Herren, bei der Bestellung der Ausschüsse und der Wahl der Ausschussmitglieder sind einige stellvertretende Mitglieder nicht gewählt worden. Die Fraktion der CDU hat inzwischen eine ergänzende Vorschlagsliste vorgelegt (*Anlage 1*). Sie liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Ich darf ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass Sie die in der Vorschlagsliste aufgeführten Damen und Herren Abgeordneten zu stellvertretenden Mitgliedern des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlaments wählen.

Punkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Wahl der Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG**

Meine Damen und Herren, nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundge-

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

setzes unterrichtet das Innenministerium in Abständen von höchstens sechs Monaten ein Gremium, das aus fünf vom Landtag bestimmten Abgeordneten besteht, über die Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes, soweit sie von ihm zu verantworten ist.

Nach d'Hondt steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für drei und der SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder des Gremiums zu. Dazu sollen neun Stellvertreter gewählt werden. Eine gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD liegt Ihnen auf Ihren Tischen vor (*Anlage 2*). – Sie stimmen dem Wahlvorschlag zu.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG**

Meine Damen und Herren, in § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 des Grundgesetzes wird bestimmt, dass das Innenministerium unverzüglich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen unterrichtet. Die Kommission besteht nach § 2 Abs. 4 aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und zwei Beisitzern. Sie wird für die Dauer einer Wahlperiode bestellt.

Nach d'Hondt steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder und der SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht für ein Mitglied zu. Auch hierzu liegt auf Ihren Tischen ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (*Anlage 3*). – Ich darf feststellen, dass Sie dem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmen. Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information**

Meine Damen und Herren, nach § 17 Abs. 3 des Landesstatistikgesetzes wird die Landesregierung vom Landesausschuss für Information beraten. Dem Landesausschuss für Information gehören je fünf Vertreter des Landtags und der Landesregierung an. Die fünf Mitglieder des Landtags verteilen sich nach d'Hondt wie folgt auf die Fraktionen: CDU-Fraktion drei Mitglieder, SPD-Fraktion zwei Mitglieder.

Es ist interfraktionell abgesprochen, dass die im Landesausschuss nicht vertretenen Fraktionen jeweils ein beratendes Mitglied in den Landesausschuss entsenden.

Auch für diese Wahl liegt auf Ihren Tischen ein interfraktioneller Vorschlag (*Anlage 4*). – Ich darf auch hier ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass die dort genannten Damen und Herren in den Landesausschuss für Information gewählt sind. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 9 erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat**

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE zur Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat vor (*Anlage 5*). – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, dass das Haus die in der Vorschlagsliste aufgeführten Abgeordneten zu Mitgliedern des Oberrheinrats gewählt hat.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

(Minister Dr. Schäuble: Super!)

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 18. Juli 2001, um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugehen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Schluss: 16:02 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

**Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums,  
des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse  
und des Notparlaments**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

### Präsidium

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Dr. Birk  
Alfred Haas  
Heinz  
Herrmann  
Pfisterer  
Scheuermann  
Wacker  
Wieser

**Wahlprüfungsausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Heinz  
Oettinger  
Dr. Scheffold  
Wacker

## **Ständiger Ausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Dr. Birk  
Fleischer  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Hoffmann  
Kiefl  
Klenk  
Dr. Klunzinger  
Kurz  
Ursula Lazarus  
Oettinger  
Pfisterer  
Reichardt  
Röhm  
Rüeck  
Schebesta  
Dr. Scheffold  
Scheuermann  
Schuhmacher  
Seimetz  
Dr. Monika Stolz  
Traub  
Wacker  
Wieser  
Winckler

## **Finanzausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Blenke  
Dr. Carmina Brenner  
Elke Brunner  
Fleischer  
Dr. Inge Gräßle  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Heinz  
Hillebrand  
Hoffmann  
Kiefl  
Klenk  
Dr. Klunzinger  
Kübler  
Dr. Lasotta  
Mack  
Oettinger  
Pauli  
Röhm  
Rüeck  
Schebesta  
Scheuermann  
Seimetz  
Dr. Monika Stolz  
Traub  
Wacker  
Wieser  
Zimmermann

## **Wirtschaftsausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Blenke  
Dr. Inge Gräßle  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Heinz  
Hillebrand  
Klenk  
Kurz  
Dr. Lasotta  
Ursula Lazarus  
Oettinger  
Pauli  
Reichardt  
Dr. Reinhart  
Rüeck  
Schebesta  
Scheuermann  
Schneider  
Dr. Schüle  
Seimetz  
Dr. Steim  
Traub  
Wacker  
Wieser  
Zimmermann

**Innenausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Dr. Birk  
Dr. Carmina Brenner  
Döpfer  
Fleischer  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Herrmann  
Hoffmann  
Klenk  
Ursula Lazarus  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pfisterer  
Reichardt  
Röhm  
Rüeck  
Schebesta  
Dr. Scheffold  
Schuhmacher  
Seimetz  
Dr. Monika Stolz  
Traub  
Christa Vossschulte  
Wacker  
Wieser  
Winckler

**Ausschuss für Schule, Jugend und Sport**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Dr. Birk  
Blenke  
Döpfer  
Fleischer  
Dr. Inge Gräßle  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Herrmann  
Hillebrand  
Klenk  
Dr. Klunzinger  
Kübler  
Dr. Lasotta  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pauli  
Reichardt  
Rüeck  
Dr. Scheffold  
Scheuermann  
Dr. Schüle  
Schuhmacher  
Dr. Monika Stolz  
Wieser  
Winckler  
Zimmermann

**Ausschuss für Umwelt und Verkehr**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Dr. Birk  
Blenke  
Dr. Carmina Brenner  
Elke Brunnemer  
Döpfer  
Fleischer  
Dr. Inge Gräble  
Alfred Haas  
Heinz  
Hoffmann  
Kiefl  
Kübler  
Dr. Lasotta  
Ursula Lazarus  
Mack  
Oettinger  
Pauli  
Pfisterer  
Rüeck  
Schneider  
Dr. Schüle  
Schuhmacher  
Seimetz  
Dr. Monika Stolz  
Traub  
Wacker  
Wieser

## Sozialausschuss

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Dr. Birk  
Blenke  
Elke Brunnemer  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Hauk  
Heinz  
Herrmann  
Hillebrand  
Kübler  
Kurz  
Ursula Lazarus  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pauli  
Reichardt  
Röhm  
Schebesta  
Dr. Scheffold  
Scheuermann  
Schneider  
Seimetz  
Dr. Steim  
Dr. Monika Stolz  
Traub  
Christa Vosschulte  
Wacker

**Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Blenke  
Döpfer  
Fleischer  
Dr. Inge Gräßle  
Alfred Haas  
Heinz  
Hillebrand  
Klenk  
Dr. Lasotta  
Mack  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pauli  
Pfisterer  
Dr. Reinhart  
Röhm  
Schebesta  
Scheuermann  
Schneider  
Schuhmacher  
Seimetz  
Dr. Steim  
Dr. Monika Stolz  
Wacker  
Wieser  
Zimmermann

**Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Dr. Birk  
Blenke  
Elke Brunnemer  
Döpfer  
Dr. Inge Gräßle  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Alfred Haas  
Hauk  
Herrmann  
Hoffmann  
Klenk  
Kübler  
Mack  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pauli  
Röhm  
Rüeck  
Schebesta  
Dr. Scheffold  
Scheuermann  
Seimetz  
Dr. Steim  
Traub  
Christa Vosschulte  
Wieser  
Zimmermann

## **Petitionsausschuss**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Dr. Birk  
Dr. Carmina Brenner  
Fleischer  
Dr. Inge Gräßle  
Friedlinde Gurr-Hirsch  
Hauk  
Heinz  
Herrmann  
Hillebrand  
Hoffmann  
Kiefl  
Klenk  
Dr. Klunzinger  
Kübler  
Kurz  
Dr. Lasotta  
Ursula Lazarus  
Veronika Netzhammer  
Oettinger  
Pauli  
Pfisterer  
Dr. Reinhart  
Röhm  
Rüeck  
Scheuermann  
Schneider  
Dr. Schüle  
Schuhmacher  
Dr. Stein  
Dr. Monika Stolz  
Straub  
Traub  
Dr. Vetter  
Christa Vossschulte  
Wieser  
Winckler

**Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)**

CDU

---

stellvertretende Mitglieder:

Behringer  
Dr. Birk  
Alfred Haas  
Heinz  
Herrmann  
Pfisterer  
Scheuermann  
Wacker  
Wieser

28. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
<hr/>			
Mitglieder:			
Blenke Pauli	Braun	Theurer	Oelmayer
stellvertretende Mitglieder:			
Kübler Dr. Lasotta Dr. Reinhart Schneider Zimmermann	Bebber Birgit Kipfer Moser Ruth Weckenmann		

28. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

SPD

---

Mitglieder:

Hans-Michael Bender  
Matthias Kurbjuhn

Dr. Helmut Münch

stellvertretende Mitglieder:

Günter Fehringer  
Franz Longin

Dr. Frank Haenschke

28. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der FDP/DVP und  
der Fraktion GRÜNE

### Wahl der Vertreter des Landtags in den Landesausschuss für Information

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
Alfred Haas Dr. Lasotta Scheuermann	Fischer Rivoir	Hofer (beratend)	Dr. Witzel (beratend)

28. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion  
Ernst Pfister und Fraktion  
Dr. Dieter Salomon und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der FDP/DVP und  
der Fraktion GRÜNE

### Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
Fleischer Alfred Haas Ursula Lazarus Pauli Schebesta Dr. Schüle Straub Dr. Vetter	Dr. Caroli Fischer Kaufmann Regina Schmidt-Kühner Stickelberger Wintruff	Kleinmann	Dr. Salomon

28. 06. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion  
Ernst Pfister und Fraktion  
Dr. Dieter Salomon und Fraktion